1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 7 vom 18. Februar 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Hitler und seine großkapitalistischen Hintermänner:

Der Kampf der Monopolgruppen um Vorherrschaft
Seite 13



Rechtswidrig

Je näher, desto gefährlicher ist das Prinzip bundesdeutscher „Verteidigungspolitik". Und deswegen muß man das Ganze so weit als möglich fernhalten. Das Ganze ist dabei nicht irgendein Feind, sondern der Volkswille.

Das hat jetzt die bayerische CSU-Regierung nochmals deutlich unterstrichen: Die Gemeinden hätten kein Recht, sich zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.

Dies sei, so Straußens Innenminister, ein Eingriff in die Bundeshoheit. Hier könne durch ein allmähliches Zusammenwachsen solcher Bestrebungen die Grundlage dafür gelegt werden, den zuständigen Stellen (nämlich der Bundesregierung) die Entscheidungsgewalt aus der Hand zu nehmen.

Lehrstellen...

...versprach Helmut Kohl, wenn man ihn wählt. Und nicht zu knapp. Gleich 30000 Stück hätten ihm seine Freunde, die Unternehmer, in die Hand versprochen. Und da nach CDU-Mathematik nur 36000 Jugendliche ohne Lehrstelle sind, wäre das Problem gelöst. Gemeinsam schaffen wir's — so lautet die CDU-Parole.

Und gemeinsam mit dem Arbeitsamt, Stingl (CSU), kann er es schaffen, der Kanzler der Reichen. Denn Stingl will künftig gar nicht mehr rausrücken mit Zahlen über Jugendliche ohne Lehrstelle. Weil daraus nur „Panikmache" entstehen würde...

So wie sie es geschafft haben, daß über 150000 Jugendliche nicht mehr ohne Lehrstelle sind. Indem man diese Tatsache einfach verschweigt. Nur keine Panik!

Funkstille...

...herrscht nach wie vor zum Thema „Flick". Zwar: Die Kandidaten der Bonner Parteien sparen mit nichts, den Gegner anzumachen. Die Töne der Schwarzen weisen auch allüberall schon auf künftige Pläne hin. Rundumschläge gegen Presse und Andersdenkende sind bei ihnen an der Tagesordnung.

Aber: Kein Mensch — aus der Bonner Szene — verliert ein Wort über die Millionenbestechung des Hauses Flick. Weil die an alle Parteien gingen, eben auch an SPD-Rechte? Wo es doch offensichtlich ist, daß Strauß und der Lambsdorff-Flügel der FDP, vielleicht noch zusammen mit dem neuen Kanzler, am meisten abgekriegt haben?

Oder vielleicht deshalb, weil das alles, wieder einmal, das „Ansehen des Staates" schädigen kann? Nur, weil eben mal wieder ein Parlament für's Kapital eingekauft wurde...

„Alte Sozialwohnungen zu billig"

CDU plant neue Mieterhöhungen

BONN. — Die Pläne der CDU/CSU/FDP-Regierung zur Wohnungspolitik werden immer detaillierter deutlich. Nachdem zunächst — einmal mehr — vom zuständigen Minister Schneider (CSU) beteuert worden war, es gäbe keine konkreten weiteren Pläne für Mieterhöhungen, ist inzwischen das Gegenteil klar. Gerade für die älteren Sozialwohnungen, die die einzigen noch relativ billigen sind, sollen drastische Mieterhöhungen ermöglicht werden.

Und zum zweiten geht es — trotz verschiedener Schutzbehauptungen — in einer Weise, die so eindeutig ist, wie noch selten, einfach um eine völlig willkürliche Verteuerung gerade jener Sozialwohnungen, die für ärmere Kreise noch bezahlbar sind, ohne daß den Vermietern zusätzlich kommunales Geld in den Rachen geworfen wird.

Alles dies soll offensichtlich in einem neuen Wohnungsbaugesetz zusammengefaßt werden, daß für die Zeit kurz nach der Neuwahl wohl schon in Schneiders Schublade liegt.

Damit wird auch in diesem Bereich endgültig deutlich, was die „Wende" bedeutet. Eben nicht nur noch stärkere Mieterhöhungen als bei der SPD, sondern die faktische Beseitigung des Systems von Sozialwohnungen überhaupt, die „dem Markt" angepaßt werden sollen. Zum Schaden der Mieter. Zum Nutzen der großen Wohnungsbesitzer, der Konzerne und Versicherungsgesellschaften.

Was hatte die CDU in Folge des Hamburger Wahlkampfes nicht alles behauptet, die „Mietenlüge" der SPD im Mittelpunkt ihrer Verteidigungspropaganda. Nun stimmte es ja, daß die SPD/FDP-Regierung eine Politik gemacht hatte, die Mieterhöhungen erleichtern sollte. Aber die zum 1. Januar eingetretenen Veränderungen durch die neue Regierung waren noch krasser und umfaßten faktisch den gesamten „freien" Wohnungsbestand.

Und das läßt natürlich die Großbauherren nicht ruhig, denn da gibt es noch weit über vier Millionen Sozialwohnungen (also fast halb so viel wie „freie"), die von diesen neu geschaffenen Möglichkeiten der Mieterhöhung ausgenommen wären.

Nachdem die großen Versicherungen, (die von jeher die größten privaten Bauherren sind), schon erklärt haben, sie würden jetzt wieder mehr bauen, (weil sie nicht nur ihre neuen Wohnungen, sondern auch ihre alten teurer machen können, das wurde offiziell so gesagt), wollen jetzt natürlich auch die großen, meist „Gemeinnützigen" Baugesellschaften bzw. deren Bauvereine, (die meist zusammen mit Großkonzernen betrieben werden), ihren Teil abbekommen.

Besonders interessant ist diese Tatsache aus zwei Gründen: Einmal hatte Bauminister Schneider, (der sich — aus welchen Gründen wohl? — noch nie bereit gefunden hat, ein Wort gegen das kriminelle Baukartell zu verlieren), bisher stets behauptet, Sozialmieter blieben von seinen Maßnahmen unberührt. Deshalb wohl auch zunächst das „Dementi".

„In allen Stahlbetrieben Kampfmaßnahmen einleiten"

BREMEN. — Unter den Stahlarbeitern wird der Ruf nach gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen die Kahlschlag-Sanierungen immer lauter. In der vergangenen Woche forderten die IG-Metall-Vertrauensleute der Klöckner-Hütte in Bremen die Einleitung von Kampfmaßnahmen in allen Betrieben der Stahlindustrie durch die Gewerkschaft. Gerüchten zufolge ist für Freitag dieser Woche (18.2.) ein bundesweiter Warnstreik der Stahlwerker geplant.

In der vergangenen Woche befaßte sich die Vertrauensleutevollversammlung der Klöckner-Hütte mit dem von den sogenannten Stahlmoderatoren vorgelegten Konzept zur „Lösung der Stahlkrise". In einer einstimmig verabschiedeten Entschließung forderten die Kollegen den Vorstand der IG Metall auf, „das Moderatorenkonzept abzulehnen und in allen Betrieben der Stahlindustrie Kampfmaßnahmen einzuleiten".

Gleichzeitig schlossen die Klöckner-Kollegen sich der Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie an, die in den letzten Wochen bereits von IGM-Vertrauenskörpern bei Hoesch, Mannesmann, Krupp, Thyssen und Salzgitter aufgestellt worden war.

In der Entschließung der Klöckner-Kollegen heißt es ferner: „Ab sofort dürfen keine weiteren Subventionen mehr vergeben werden ohne Arbeitsplatzgarantie. Die Verwendung der Subventionen muß durch die Belegschaften kontrolliert werden. Wenn Arbeitsplätze in der Stahlindustrie abgebaut werden, müssen die Betriebe zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen verpflichtet werden."

Weiter fordern die Vertrauensleute, daß die Vertreter der IG Metall in allen der Mitbestimmung unterliegenden Gremien „auf die Ablehnung des Moderatorenkonzeptes verpflichtet werden". Das zielt u.a. auf das Verhalten der IGM-Vorstandsmitglieder Judith und Mayr. Sie hatten in ihrer Funktion als stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende bei Krupp und Thyssen dem Moderatorenkonzept in seinem Kernstück (Fusion Thyssen-Krupp) zugestimmt.

Die Klöckner-Kollegen wandten sich außerdem auch an die IGM-Ortsverwaltung in Bremen sowie an den DGB-Bremen mit der Forderung, „zu einem Warnstreik in allen Betrieben" aufzurufen.

Aus Kreisen von Gewerkschaftern in Stahlbetrieben verlautet, daß die IG Metall für Freitag dieser Woche die Durchführung eines bundesweiten Warnstreiks geplant hat. Allerdings war bis zu unserem Redaktionsschluß für diese Berichte keine offizielle Bestätigung zu erhalten. Ein solcher bundesweiter Warnstreik wäre ein begrüßenswerter Schritt in die Richtung, wie sie jetzt von den IGM-Vertrauensleuten der Klöckner-Hütte gewiesen wurde.

Das geht alle Antifaschisten an!

Türkische Arbeitervereine verboten

Mit dem Verbot der türkischen Organisation Revolutionäre Linke (Devrimci Sol) und mehrerer türkischer Arbeitervereine durch Innenminister und CSU-Rechtsaußen Zimmermann gibt die Bundesregierung den Auftakt zur verschärften Verfolgung aller fortschrittlichen Ausländerorganisationen, die mit ähnlicher Begründung verboten werden könnten. Und auch alle deutschen linken, antifaschistischen Organisationen — alle, die „gegen Bestandteile deutscher Politik agitieren" — stehen im Schußfeld.

Den Mitgliedern der jetzt vom Verbot betroffenen Organisationen droht die Ausweisung in die faschistische Türkei, wo die Henker der Junta auf sie warten. Das gilt es zuallererst zu verhindern, und die weiterreichenden Pläne der Regierung müssen durchkreuzt werden. Alle linken Kräfte in der Bundesrepublik sind aufgerufen, gemeinsam den Anfängen zu wehren.

Erste — kleinere — Demonstrationen gegen das Verbot wurden aus München, Westberlin und Wuppertal gemeldet. Weitere Aktionen müssen folgen.

Nähere Einzelheiten und eine Erklärung des Sekretariats der KPD auf Seite 2).

Krefeld, 26. und 27. Februar:

Wichtiges Datum für Antifaschisten

Kongreß „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg"

Am 26. Februar beginnt in Krefeld ein Kongreß, der die Aufmerksamkeit aller Antifaschisten und Kriegsgegner verdient.

An zwei Tagen wird in zahlreichen Arbeitsgruppen über die wichtigsten Bereiche des antifaschistischen und Friedenskampfes gesprochen und Grundlagen für den weiteren Kampf erarbeitet. Am Abend des 26. Februar findet eine Veranstaltung mit Kulturprogramm statt, es spielen die Gruppen Karumanta aus Lateinamerika, Comedia Mundi aus der Schweiz, Zeitzünder aus Köln. Außerdem tritt Melike Demirag auf. Zu den bekannten antifaschistischen Persönlichkeiten, die den Kongreß gestalten, gehört der Schriftsteller Heinrich Schirmbeck. — Ausführlicher Bericht auf Seite 6.



In einer Nacht- und Nebelaktion:

Türkische Arbeitervereine verboten!

Am 9. Februar verfügte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann das Verbot der türkischen Organisation „Revolutionäre Linke" (Devrimci Sol) und mehrerer türkischer Arbeitervereine in der gesamten Bundesrepublik. Zwischen fünf und sechs Uhr morgens besetzte die Polizei vorübergehend die Vereinsniederlassungen und Wohnungen von Vereinsmitgliedern in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Das Vereinsvermögen, verschiedene Unterlagen, Bücher usw. wurden beschlagnahmt. Mit diesem Verbot ist nicht nur eine linke türkische Organisation in einer Nacht- und Nebelaktion ausgeschaltet worden. Mit diesem Verbot hat Zimmermann auch dafür gesorgt, daß jeder, der Mitglied in einem der Arbeitervereine ist — oder dazu erklärt wird — ohne jedes gerichtliche Verfahren aus der Bundesrepublik ausgewiesen, in die Türkei abgeschoben werden kann.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß dieses Verbot nur wenige Tage nach dem Besuch des türkischen Außenministers Ilker Türmen in Bonn verfügt wurde. Immerhin kam es bei diesem Besuch auch zu einem Gespräch unter vier Augen zwischen dem türkischen Faschisten und Innenminister Zimmermann!

Auf dem rechten Auge blind!

In der Verbotsverfügung heißt es u. a., die Organisation gefährde durch ihre politische Betätigung die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung der Bundesrepublik. Gemeint sind damit vor allem zwei spektakuläre Aktionen, an denen Mitglieder der Arbeitervereine im letzten Jahr teilgenommen haben: Im April ketteten sie sich vor der türkischen Botschaft in Bonn an, um gegen das Folterregime in der Türkei zu protestieren. Im November besetzten sie das türkische Generalkonsulat in Köln. Bei beiden Aktionen kam übrigens niemand zu Schaden. Zwei solche Aktionen reichen also für das Bundesinnenministerium aus, um eine kleine linke Organisation wegen „Gefährdung der inneren Sicherheit und der öffentlichen Ordnung zu verbieten. Den faschistischen Organisationen wie etwa den türkischen „Grauen Wölfen" dagegen wird kein Haar gekrümmt, obwohl nachweislich zahlreiche politische Morde, zahllose Überfälle auf türkische Demokraten, Gewerkschafter usw. auf ihr Konto gehen. Aber was interessiert es Zimmermann, ob türkische Demokraten in der Bundesrepublik ihres Lebens sicher sein können?

Verbotsgrund: Opposition gegen „deutsche Politik"

Im Zusammenhang mit dem Verbot der türkischen Arbeitervereine erklärte das Bundesinnenministerium gegenüber der Presse: „Sicherheitsgefährdende Aktivitäten seien im wesentlichen von extremistischen Organisationen ausgegangen, deren Agitation sich zunehmend gegen Bestandteile deutscher Politik richte: gegen die Bundesrepublik als NATO-Partner der Türkei, gegen die deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe für Ankara sowie gegen die Ausländerpolitik." („Süddeutsche Zeitung" vom 10. 2. 83)

Das sind deutliche Worte. Wer für die Unterstützung des türkischen Faschistenregimes durch die Bundesregierung ist, der hat von Zimmermann und seinem Innenministerium nichts zu befürchten. Und wer dagegen ist? Der gefährdet „Bestandteile deutscher Politik". Der läuft Gefahr, ebenfalls ins Schußfeld von Zimmermanns Innenministerium zu geraten.

Dieses Verbot geht alle Linken an!

Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, das Verbot der „Revolutionären Linken" und ihrer Arbeitervereine ginge nur deren Anhänger etwas an. Mit diesem Verbot kommt Zimmermann zur Sache. Ausdrücklich wurde vom Bundesinneministerium betont, daß das Verbot ein Zeichen dafür setzen solle, daß die Bundesregierung dem „politischen Extremismus" entgegentreten wolle. Wer die guten Beziehungen von Zimmermann und seiner Partei zu rechtsextremen Organisationen kennt, der weiß, daß diese Äußerung auf gut deutsch nichts anderes heißt als: Dieses Verbot ist keine isolierte Aktion. Es ist ein Auftakt zur verschärften Verfolgung aller — ausländischen und deutschen — linken Organisationen. Deshalb muß diesem Verbot auch von allen linken Kräften in der Bundesrepublik entgegengetreten werden — ganz egal, wie sie zur Politik der „Revolutionären Linken" stehen. Denn es gilt, den Anfängen zu wehren!

Sekretariat der KPD

„Dev-Sol"-Verbot: Hetzkampagne in der Presse

Zimmermanns Zeichen wurde schon aufgenommen

Es war eine Nacht- und Nebelaktion, die Zimmermann zum Verbot von Dev Sol und den (der Einfachheit halber gleich dazugerechneten) Halk-Der-Arbeitervereinen organisierte. Dennoch: Es gibt dazu nicht nur eine Vorgeschichte, sondern auch bereits deutliche Nachwirkungen.

Zunächst einmal bleibt festzuhalten: Die beiden Aktionen, die jetzt vor allem als „Beweis für den Terrorismus" von „Dev Sol" angeführt werden und als eine der beiden Begründungen für das Verbot herhalten müssen, sind schon längere Zeit her.

Die Kölner Konsulatsbesetzung passierte im November, die andere Aktion, die immer wieder angeführt wird, ist ebenfalls schon länger her, die Bombenattrappe im Konsulat von Hannover.

Also: Erhebt sich zuerst die Frage, warum gerade jetzt?

Jetzt, kurz nachdem der Außenminister der türkischen Junta in Bonn, bei seinen Geldgebern, seine Aufwartungen machte.

Jetzt, da gerade in der Türkei Massenverhaftungen von „Dev-Sol"-Anhängern stattfanden.

Jetzt, da gegen mutmaßliche „Dev-Sol"-Mitglieder ein Massenprozeß stattfinden soll, bei dem ein Drittel aller Angeklagten mit der Todesstrafe bedroht werden soll.

Dies alles legt nahe, die Frage so zu beantworten, daß dies gerade jetzt passierte, weil es sich um eine gemeinsame, koordinierte Aktion der türkischen Militärdiktatur und der Bonner Regierung handelte.

Welche Absichten und Interessen stecken nun hinter diesem offensichtlichen gemeinsamen Vorgehen?

Von Seiten der faschistischen Junta des Generals Evren natürlich das Interesse, sowohl die „endgültige Zerschlagung" der gesamten Linken zumindest behaupten zu können, indem man eine Organisation nach der anderen für „vernichtet" erklärt oder wirklich vernichtet. Es ist das Interesse an der Friedhofsruhe in der Türkei, die sowohl für die Macht der Militärs, als auch für die Taktik der NATO und die ausländischen Investoren in der Türkei wichtig ist. Und da gehören ja beispielsweise die westdeutschen Kapitalisten zu den allerwichtigsten Eignern ausländischen, in der Türkei angelegten Kapitals.

Dazu gehört folgerichtig natürlich auch, die Opposition gegen die türkische Diktatur, die sich im Ausland formiert, zu zerschlagen, und dabei ist wiederum die Bundesrepublik mit ihrem hohen Anteil an Bevölkerung aus der Türkei besonders wichtig.

Zum anderen gibt es aber auch bereits in diesem Zusammenhang ein entsprechendes Interesse der Bonner Regierung. Es ist eben kein Zufall, daß gerade eine linke türkische Organisation verboten wurde, daß gerade türkische Arbeitervereine verboten wurden.

Die Pläne für eine „neue Ausländerpolitik" liegen doch vor, vertreten eben in allererster Linie von eben demselben Herrn Zimmermann, der jetzt für das Verbot verantwortlich ist. Und diese sogenannte neue Ausländerpolitik richtet sich eben in erster Linie gegen die Menschen aus der Türkei, die in der BRD leben und arbeiten. Wenn diese angedeutete Politik unter der Losung „Türken raus" (wie sie einst von der NPD erfunden wurde und offensichtlich heute von Bonn praktiziert werden soll) wirklich durchgesetzt werden soll, dann kann dies um so leichter geschehen, desto mehr die Betroffenen unorganisiert, eingeschüchtert und bedroht sind.

Und daß es sich eben nicht nur um eine linke türkische Organisation handelt, gegen die dieser Schlag zielt, das zeigt das sofort danach entstandene Echo in den Medine, in der Presse vor allem. Es wird dabei deutlich, daß man sich in Bonn offensichtlich darum bemüht hat, eine relativ kleine und vielleicht auch relativ „unbeliebte" Organisation an den Anfang zu setzen, um möglichst wenig Widerstand zu ernten.

Aber die anschließende Pressekampagne weist durchaus bereits in eine viel weitergehende Richtung. Nicht nur, daß da die Größe und der Einfluß von „Dev Sol" (wie immer bei solchen Verboten) plötzlich als riesig dargestellt wird: Das dient natürlich zur Untermauerung der Behauptung, es habe eine „große Gefahr" bestanden, man haben jetzt und schnell handeln müssen.

In einer ganzen Reihe von Berichten wird ständig auf die unübersichtliche „Verfilzung" der türkischen Linken hingewiesen, darauf, daß „Dev Sol" (zählt man zusammen) so ziemlich mit allen linken türkischen Organisationen zusammengehangen haben soll. In erster Linie werden dabei die Organisationen „Dev Yol" und „TKP" immer wieder genannt. In dieser Beziehung kann eine Feststellung wie die, daß „Dev Sol" in Hannover 3000 Anhänger haben soll, schon auch als direkte Bedrohung anderer Organisationen aufgefaßt werden. **Und es wurden ja auch, wie in Osnabrück, Wohnungen von Menschen durchsucht, die lediglich bestimmte Proteste unterschrieben.**

Einige Berichterstatter taten noch ihr übriges dazu und vermeldeten — entgegen den Mitteilungen des Bundesministeriums des Inneren — es seien bei den Hausdurchsuchungen in sieben Bundesländern auch Waffen gefunden worden. Die Mitteilung hatte aber nur von Literatur über „Guerillakampf" gesprochen, die man nun in wirklich zahlreichen und nicht nur linken Wohnungen in diesem Land finden kann. Mit dieser Aussage wird dann die Pressekampagne „Linksradikale planen gewalttätige Aktionen" gesteuert, wie sie insbesondere von der dieser Regierung so nahestehenden Springer-Presse geführt wird.

Diese Argumentation und der politische Teil der Begründung des Verbots, die Tätigkeit von „Dev Sol" habe „Bestandteile deutscher Politik" gefährdet, da wird auch der politische Weg eingeschlagen hin zu einem Vorgehen gegen alle Linken, auch die westdeutschen. Denn die Erklärung, daß jemand, der sich gegen Bestandteile deutscher Politik wende, verboten werden müsse, die riecht nicht nur sehr stark schon insgesamt nach CSU-Staat, sondern damit kann man — im Prinzip — schlichtweg alles verbieten, was einem nicht paßt. Von der Behauptung einer angeblich geplanten Gewaltanwendung der Betreffenden begleitet, ergibt dies die Möglichkeit zu Verboten im Eilverfahren.

Begleitet wird dies alles von einer Verstärkung der schont seit langem geführten Propaganda von den Auseinandersetzungen ausländischer Extremisten auf bundesdeutschem Boden, die unbedingt verhindert werden müßte.

Damit operiert auch der DGB in seiner Stellungnahme zu diesem Verbot, (gegen das kein Wörtchen gefunden wird), ebenso wie eine Reihe von liberalen Journalisten, beispielsweise auch in der „Frankfurter Rundschau".

Mit so einer Stellungnahme aber verfolgt man nicht nur die Politik nach dem Motto „Gegen jeden Extremismus", (die in der Praxis, in der Türkei, wie auch in der Bundesrepublik, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, noch stets allein gegen die Linke geführt wurde), über die man streiten muß, die man zurückweisen muß. Aber mehr noch, man geht dabei auch einfach über die auf der Hand liegenden Tatsachen hinweg, über zwei vor allem.

Erstens wird dabei so getan, als wären die Grauen Wölfe, deren Verbot man nun sozusagen als „Ergänzung" fordert, sozusagen eine radikale Gruppe unter anderen. Das stimmt, selbst wenn man alle verschiedenen politischen Gesichtspunkte einmal außen vor lassen würde, einfach nicht mit der Wirklichkeit überein. Es ist nicht nur so, daß der allergrößte Teil der Todesopfer in der Türkei allein auf Rechnung der MHP-Partei und ihrer Organisationen, zu denen die Grauen Wölfe als Terrortruppe gehören, geht. Es ist auch nachgewiesen, daß es diese Gruppierungen der Faschisten — zum Teil unter verschiedener Tarnung — waren, die in der BRD beispielsweise ganz massiv schon gegen gewerkschaftlich aktive Kollegen aus Türkei nicht nur Drohungen ausstießen, sondern auch Terror ausübten — auch hier floß Blut.

Und schließlich sollte man erwähnen, daß es Bülent Ecevit war, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei, der einst im Parlament von Ankara bewies, daß die MHP Dokumente gefälscht hatte, um ihre Verbrechen anderen, linken, Organisationen in die Schuhe zu schieben. Die „Auseinandersetzungen ausländischer Extremisten in der BRD" sahen denn auch konkret meist so saus, daß sich Demokraten und Revolutionäre gegen Überfälle der Grauen Wölfe und deren Kumpanen aus Konsulaten usw. wehren mußten.

Zweitens wird so getan, als gäbe es nicht auf der anderen Seite eine sehr lange und recht intensive Zusammenarbeit bundesdeutscher Stellen und Organisationen mit „ausländischen Extremisten" eben faschistischer Couleur. Und dabei sollte man nicht vergessen, daß es in erster Linie die Partei des feinen Herrn Innenministers Zimmermann war und ist, die dies betrieb und betreibt. Sei es mit chilenischen Offizieren, salvadorianischen Polizisten, italienischen Neofaschisten oder eben auch mit der MHP des Alparslan Türkes, dieses Ziehvaters der Grauen Wölfe, der Franz Josef Strauß unwidersprochen „seinen Freund" nennen durfte.

Aus all diesen Gründen muß die Forderung „Weg mit dem Verbot von Dev Sol und den Arbeitervereinen" zur Losung eines jeden werden, der Widerstand dagegen leisten will, daß hier Zustände à la Nürnberg, nicht nur für Ausländer, sondern auch für bundesdeutsche Oppositionelle, allmählich heranwachsen, daß eine Politik der Verbote, der willkürlichen Massenverhaftungen und der allseitigen, unbegrenzten Bespitzelung sich ausbreitet.

Aus der Verbotsbegründung

„(...) Weniger einschneidende Mittel reichen nicht aus. Ein gegen Mitglieder oder die Vereinigungen selbst gerichtetes Betätigungsverbot könnte der die Strafgesetze verletzenden und im übrigen extremistischen Tätigkeit der ‚Devrimici Sol (Revolutionäre Linke)' einschließlich ihrer Teilorganisation ‚Halk Der (Volksvereine)' nicht wirksam Einhalt gebieten. Die ‚Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)' tritt bereits konspirativ auf, so daß den Behörden in vielen Fällen der Nachweis einer organsierten Betätigung für diese Vereinigung Schwierigkeiten bereitet. Im übrigen ist nicht damit zu rechnen, daß die von der Berechtigung ihrer Gewalttaten überzeugten Mitglieder sich von ihrer politischen Betätigung im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes aufgrund eines Betätigungsverbots abhalten ließen.

Aus den gleichen Gründen fehlen den zuständigen Behörden in vielen Fällen beweiskräftige Voraussetzungen für eine Ausweisung. Erfahrungsgemäß vergeht auch ein längerer Zeitraum im Falle einer Ausweisung bis zur Abschiebung. Während dieser Zeit könnten die davon betroffenen Personen ihre bisherige illegale Tätigkeit im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes fortsetzen. Die organisierte extremistische Tätigkeit kann jedoch nicht länger geduldet werden.

Betätigungsverbote und Ausweisungen gegen Mitglieder kommen daher allenfalls als Begleitmaßnahmen zu dem Vereinsverbot in Betracht."

Anwälte:

„Angesichts dieser Begründung sehen wir uns als Verteidiger von neun Beschuldigten dieses Verfahrens veranlaßt, davor zu warnen, ausländerrechtliche Maßnahmen gegen unsere Mandanten zu ergreifen", heißt es in der Erklärung der Anwälte. Eine Abschiebung in die Türkei würde einer Verurteilung zum Tode gleichkommen. In mehreren hundert Fällen habe die Staatsanwaltschaft in der Türkei bereits Todesurteile gegen mutmaßliche Mitglieder von Devrimci Sol verhängt.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

KPD Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten zu den Bundestagswahlen 1983 **BWK**

Besucht die Veranstaltungen zur Bundestagswahl '83

Schleswig-Holstein (KPD)

KIEL:
Dienstag, 1. März, 20 Uhr,
Gerhart-Hauptmann-Schule, Ziegelstraße,
„Gemeinsame Wahlveranstaltung der KPD und des BWK"
Es spricht: Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Hamburg (KPD)

HAMBURG:
Samstag, 5. März, 15 Uhr
Emilie-Wüstenfeld-Schule, Bundesstraße 78, Hamburg 13,
„Für das revolutionäre Wahlbündnis — Wählt KPD"
Es spricht: Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Bremen (KPD)

BREMEN:
Mittwoch, 23. Februar, 19.30 Uhr
Gaststätte „Eder", Gottfried-Menken-Straße/Thedinghauser Str.
„Wohin führt die kapitalistische Krise und wo ist der Ausweg?"

BREMEN:
Freitag, 4. März, 20 Uhr,
„Roter Falter", Westerdeich 100, Woltmershausen
„Die Wende in Bonn — Eine Wende in Richtung Faschismus?"
Es spricht: Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Niedersachsen (BWK)

BRAUNSCHWEIG:
Mittwoch, 23. Februar, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Zum Kleeblatt", Kreuzstraße 84,
Es spricht: Genosse Ohse, Kandidat der Landesliste Niedersachsen

LÜNEBURG:
Freitag, 18. Februar, 20 Uhr,
Hotel Scheffler, Bardowickerstraße

CELLE:
Sonntag, 27. Februar, 13.30 Uhr,
In der „Schmiede", Auf dem Kampe 2

OSNABRÜCK:
Sonntag, 20. Februar, 10.30 Uhr,
„Balkankrug", Bremer Straße

HILDESHEIM:
Donnerstag, 24. Februar, 19.30 Uhr,
In der „Lupe", Leunisstraße
Es spricht: Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

HAMELN:
Samstag, 19. Februar, 18 Uhr,
Im Büro der alternativen Wählergemeinschaft, Neue Marktstraße 17,
Es spricht: Genossin Christiane Schneider, Kandidatin der Landesliste.

WILHELMSHAVEN:
Dienstag, 22. Februar, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Schaardreieck", Schaardreieck 4,
„Wohin führt die kapitalistische Krise — wo ist der Ausweg?"

HANNOVER:
Freitag, 4. März, 19.30 Uhr,
Im „Haus der Jugend", Maschstraße,
Es spricht Genosse Cravillon, Kandidat der Landesliste

WOLFSBURG:
Freitag, 25. Februar, 19.30 Uhr,
Im „Kulturzentrum", Hörsaal 8,
Es spricht Genosse Räcke, Kandidat der Landesliste

GÖTTINGEN:
Donnerstag, 24. Februar, 19.30 Uhr,
„Berliner Hof", Weender Landstraße,
Es spricht Genosse Räcke, Kandidat der Landesliste

NORTHEIM:
Sonntag, 20. Februar, 18 Uhr,
Im „Delphi"
Es spricht Genossin Schneider, Kandidatin der Landesliste

Nordrhein-Westfalen (KPD)

DÜSSELDORF:
Freitag, 18. Februar, 19 Uhr
„Haus Niederrhein", Bilker Allee/Kronenstraße
„Unsere Haltung zu den Wahlen"
Es sprechen: Kandidaten der Landesliste NRW und Helmut Weiss, Chefredakteur „Roter Morgen"
Auftritt: Kabarett „Zeitzünder" mit seinem Wahlprogramm

KÖLN:
Sonntag, 20. Februar, 15 bis 22 Uhr
Severinstorburg, Chlodwigplatz
„Die rote Severinstorburg", Wahlrummel mit Kinderfest, Basar, Informationen und Kandidatengesprächen; Auftritt Kabarett „Zeitzünder"
Es spricht: Horst Dieter Koch, Politbüro der KPD (18 Uhr)

AACHEN:
Dienstag, 22. Februar, 19.30 Uhr
Gaststätte „Reulen", Sandkaulstraße 109 bis 111
„Welche Ziele verfolgt das Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten mit seiner Kandidatur?"
Es spricht: Achim Brand, Kandidat auf der Landesliste NRW

DORTMUND:
Samstag, 5. März, 16 Uhr bis 22 Uhr
„Zum Zeppelin", Mallinckrodtstraße, Am Nordmarkt
„Die Wende in Bonn und die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten"
Es sprechen: Kandidaten der Landesliste NRW
Auftritte: Kabarett „Zeitzünder", „Bremer Stadtquerulanten", „Elbe 1", Gruppe „Gegenlicht"

BIELEFELD:
Freitag, 18. Februar, 19.30 Uhr
„Altes Gasthaus", Detmolder Straße 87
„Wir lassen uns nicht verkohlen"
Mit Redebeitrag, Diskussion und Auftritt der „Bremer Stadtquerulanten"

DUISBURG:
Freitag, 25. Februar, 20 Uhr
„Hamborner Ratskeller", Duisburger Straße 213, Hamborn
„Wahlveranstaltung der KPD und des BWK"

BOCHUM:
Sonntag, 20. Februar, 11 Uhr
Gaststätte „Olympia", Hattinger Straße 80
Frühschoppen: „Ist die Stimme für die KPD eine verlorene Stimme?"

Hessen

FRANKFURT:
Samstag, 5. März, 16 Uhr
Bürgertreff Bornheim, Saalburgallee
„Gegen die schwarze Reaktion"
Mit Redebeitrag, Diskussion und Auftritt der „Hobelbühne"

Baden-Württemberg (BWK)

STUTTGART:
Mittwoch, 23. Februar, 19.30 Uhr
„Eduard-Pfeiffer-Haus", Heusteigstraße 45
„Gemeinsam gegen die schwarze Reaktion — wählt BWK"

WINNENDEN:
Montag, 21. Februar, 19.30 Uhr
„Gasthaus Gambrinus", Kornbeckstraße
„Gemeinsame Wahlveranstaltung von BWK und KPD"
Es spricht: Bernhard Feuling (BWK), Kandidat der Landesliste Baden-Württemberg

Bayern (BWK)

SCHWEINFURT:
Mittwoch, 23. Februar, 19 Uhr
Naturfreundehaus-Galerie
„Wahlveranstaltung des BWK und der KPD"
Es sprechen zwei nordbayerische Kandidaten der Landesliste

WÜRZBURG:
Montag, 21. Februar, 19 Uhr
Autonomes Kulturzentrum Würzburg (AKW)
„Wahlbveranstaltung des BWK und der KPD"
Es sprechen zwei nordbayerische Kandidaten der Landesliste

BAMBERG:
Donnerstag, 24. Februar, 19 Uhr
„Gasthaus Geier", nähe Hauptbahnhof
„Wahlveranstaltung des BWK und der KPD"
Es sprechen zwei nordbayerische Kandidaten der Landesliste

Wahlkampfmunition



Plakate und Kleber des Wahlbündnisses revolutionärer Sozialisten



Drei Wahlinfos im A3-Format zur
- Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik
- zur Rechtspolitik und zum antifaschistischen Kampf
- und zur Friedenspolitik



Die gemeinsame Wahlplattform des BWK und der KPD, Flugblatt

Wahlflugblatt der KPD: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen"

Broschüre zu den Bemühungen, ein linkes Wahlbündnis zu schaffen

Alle Materialien verschickt der Verlag Roter Morgen, Postfach 300526 in 46 Dortmund 30. Bis auf die Broschüre zu den Verhandlungen über das Wahlbündnis (1,— DM) und den Kohl-Kleber (0,50 DM) sind alle Wahlwerbemittel kostenlos.

Betriebsbesetzung bei Heckel nach drei Monaten beendet

Von der IG Metall im Stich gelassen?

Nach genau drei Monaten haben die Beschäftigten der Drahtzieherei Heckel in Saarbrücken-Burbach ihre aufsehenerregende Besetzungsaktion beendet. Ein Ergebnis ihres Kampfes: Keiner wird entlassen. Bei Sicherung ihres bisherigen Einkommens auf fünf Jahre werden die Heckel-Beschäftigten in umliegende Betriebe des ARBED-Konzerns übernommen. Aber das eigentliche Kampfziel haben die Heckel-Kollegen wohl nicht erreicht. Am 31. März soll das Werk mit seinen rund 200 Arbeitsplätzen ersatzlos stillgelegt werden.

Um es gleich vorneweg zu sagen: Wir sind davon überzeugt, daß der Kampf der Heckel-Belegschaft nicht umsonst war. Die Kollegen haben mit ihrem bewundernswerten Einsatz und ihrer Standhaftigkeit ein Zeichen für andere Belegschaften gesetzt, die ebenfalls um ihre Arbeitsplätze kämpfen müssen. Und hätten die Heckel-Kollegen von der IG Metall volle Rückendeckung erhalten, dann wäre heute womöglich die Stillegung des Werkes zurückgenommen bzw. der Erhalt der 200 Arbeitsplätze gesichert.

Am 4. November 1982 faßten die Heckel-Kollegen auf einer Belegschaftsversammlung einstimmig den Beschluß, den Betrieb bei Aufrechterhaltung der Produktion zu besetzen. Seither blieben die 207 Kollegen bei Tag und Nacht im Werk. Sie hatten in Büroräumen und in der Gabelstaplergarage Notquartiere aufgeschlagen. Die Verpflegung kam werktags aus der Werkskantine, am Wochenende von Zuhause, von den Ehefrauen und Kindern.

Mit dieser Kampfmaßnahme reagierten die Kollegen auf den Beschluß des Aufsichtsrates der Techno-ARBED (dem „Mutterunternehmen“ der Georg Heckel GmbH), das Werk, das im von Arbeitslosigkeit bereits schwer gezeichneten Saarbrückener Stadtteil Burbach steht, im Zuge der Konzentration der Stahldrahtproduktion auf den Techno-ARBED-Standort Köln bis zum 31. März 1983 ersatzlos stillzulegen.

Dieser Aufsichtsratsbeschluß wurde übrigens einstimmig gefällt, also mit den Stimmen der „Arbeitnehmervertreter“. Damit brach der Aufsichtsrat eine Zusage, die er der Belegschaft im Juli 82 gegeben hatte: „Sollte es zu einer Drahtkonzentration außerhalb des Saarlandes kommen, wird ARBED die wegfallenden Arbeitsplätze durch Ersatzaktivitäten mit Schwerpunkt Burbach kompensieren.“ Diese Zusage hatten





Im Betriebsratsbüro bei Heckel

die Heckel-Betriebsräte damals mit einem Hungerstreik erreichen können.

Hoffnung auf Rückendeckung durch die IG Metall

Ebenso geschlossen, wie die Heckel-Kollegen im November mit der Besetzung des Betriebes begonnen hatten, faßten sie jetzt den Beschluß, ihren Kampf abzubrechen. Unmittelbarer Anlaß: Die saarländische CDU/FDP-Landesregierung hat Ende Januar grünes Licht für die Stillegung gegeben. Der tiefere Grund dürfte allerdings in der Tatsache zu suchen sein, daß die IG Metall die Heckel-Belegschaft faktisch im Stich gelassen hat.

Spontane Solidarität allein, wie sie sich in vielen Solidaritätserklärungen und Geldspenden ausgedrückt hat, reicht eben nicht aus. Auf sich allein gestellt, kann eine kleine Belegschaft einen so mächtigen Konzern, wie ARBED es ist, unter den gegebenen Bedingungen schwerlich in die Knie zwingen.

Zwar werden die Heckel-Arbeiter nicht auf die Straße gesetzt. Man bietet ihnen Arbeitsplätze in den umliegenden ARBED-Betrieben an. Ob dies auch ohne die Besetzung geschehen würde, ist wohl mehr als fraglich. Aber daß 200 Arbeitsplätze in Saarbrücken-Burbach ersatzlos verschwinden sollen, scheint eine beschlossene Sache zu sein. Und dies, nachdem ARBED von den ehemals 8000 Arbeitsplätzen auf der Burbacher Hütte inzwischen 6000 vernichtet hat. Liegt die Arbeitslosigkeit in Saarbrücken heute bereits bei mehr als 15%, so ist sie im Stadtteil Burbach noch weitaus höher.

Die Heckel-Arbeiter hatten erkannt, daß der Arbeitsplatzvernichtung endlich ein Riegel vorgeschoben werden muß. Sie waren daher nicht willens, sich mit einem Sozialplan abspeisen zu lassen. Sie nahmen den Kampf für ihre Arbeitsplätze auf. Dies, obwohl sie zunächst als kleine Belegschaft einem großen und mächtigen Konzern gegenüberstanden. Sicherlich hatten die Heckel-Kollegen die Hoffnung, daß sich dies im Verlauf ihrer Aktion ändern, daß die IG Metall sie nicht allein im Regen stehen lassen würde. Schließlich geht es ja nicht nur um Heckel. In der saarländischen Stahlindustrie droht die Vernichtung weiterer Tausender Arbeitsplätze durch die ARBED-Kapitalisten.

„Wir sind der Meinung, daß es in dieser Siutation unbedingt erforderlich ist, jetzt um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Das sind wir nicht nur uns, sondern auch unseren Kindern schuldig, die ja eine Zukunft hier an der Saar haben sollen!“ So heißt es in einem Flugblatt, das die Heckel-Belegschaft nach Beginn der Besetzung herausbrachte. Die Hoffnung der Heckel-Arbeiter, daß die Gewerkschaft ihnen volle Rückendeckung geben, daß sie ihren Kampf in die anderen Konzernbereiche hineintragen würde, erfüllte sich nicht.

Warum nicht gestreikt?

Zunächst drängt sich aber noch eine andere Frage auf. Bekanntlich haben die Heckel-Kollegen die Produktion in dem besetzten Werk aufrechterhalten. Sie haben auf das Mittel des Streiks verzichtet. Warum? Hätte ein Streik ihrem Kampf nicht eine größere Durchschlagskraft verliehen?

Möglicherweise waren die Kollegen der Meinung, in einer Situation, wie der ihrigen, sei mit einem Streik nichts zu erreichen, da die ARBED-Bosse das Werk doch ohnedies stillegen wollten.

Ob dies tatsächlich die Überlegung der Heckel-Arbeiter war, bzw. inwiefern sie eine Rolle gespielt hat, ist uns nicht bekannt. Wir würden eine solche Überlegung allerdings nicht für richtig halten. Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß der Streik als Kampfmittel gerade auch dann wirkungsvoll und unverzichtbar ist, wenn es beispielsweise um die Abwendung einer geplanten Stillegung geht (bzw. darum, die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen zu erzwingen).

Die Kapitalisten fürchten sich vor Streiks ja nicht allein (und in der Regel noch nicht einmal in erster Linie) wegen der unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen, die ihnen weh tun. Mehr noch ist der Streik für sie gefährlich, weil er die Kraft der Arbeiterklasse zeigt. Und dies bedeutet nicht einfach eine Bedrohung des Gewinnstrebens des einzelnen Unternehmers. Es beinhaltet vielmehr auch eine latente Bedrohung der Kapitalisten als herrschende Klasse. Insbesondere in Zeiten der sich verschärfenden Krise, wenn der Klassengegensatz zwischen Lohnabhängigen und Kapitalisten sich zuspitzt, gewinnt dieser Aspekt an Bedeutung.

Von daher sind wir der Meinung, daß eine Betriebsbesetzung **mit Streik** bei Heckel durchaus sinnvoll gewesen wäre. Sie hätte mit Sicherheit die Signalwirkung des Kampfes der Heckel-Belegschaft verstärkt.

Nicht nur das Problem der Heckel-Belegschaft

Eines aber dürfte klar sein: Ob mit oder ohne Streik — auf sich allein gestellt reichte der Kampf der 200 Heckel-Kollegen und ihrer Frauen kaum aus, um die ARBED-Bosse von ihren Rationalisierungsplänen abzubringen. Überhaupt verkennt man die Situation total, wenn man glaubt, daß es bei diesem Kampf nur um ein Problem der Heckel-Belegschaft gegangen ist.

In diesem Zusammenhang ist eine Feststellung interessant, die der Betriebsratsvorsitzende von Heckel, Günter Gard, auf einer Abschlußveranstaltung nach der Beendigung der Betriebsbesetzung machte: Es sei im Falle Heckel das erste Mal seit dem Beginn der „Neuordnung“ der saarländischen Stahlindustrie unter der Regie von ARBED passiert, daß eine „Belegschaft aufgestanden ist, um diese Arbeitsplätze zu erkämpfen“.

Die Frage steht doch praktisch so: Entweder die IG Metall akzeptiert die Strategie der Kahlschlagsanierungen, die das Finanzkapital als profitorientierte „Lösungsmöglichkeit“ für die Stahlkrise verfolgt; oder sie lehnt diese kapitalistische Strategie ab und nimmt den Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze auf. Es ist keine Frage: Die Strategie der Kahlschlagsanierungen kann unmöglich allein durch spontane Widerstandsaktionen einzelner Belegschaften oder gar Teilbelegschaften gestoppt werden.

Der Kampf bei Heckel begann in einer Situation, da die Stahlkonzerne mit einem neuen Arbeitsplatzvernichtungsfeldzug begannen. So kam es auch in anderen Stahlbetrieben zu spontanen Widerstandsaktionen der Belegschaften. Insbesondere bei Krupp-Rheinhausen in Duisburg. In dieser Situation hätte die Betriebsbesetzung bei Heckel zum Auftakt einer ganzen Reihe von Aktionen und Kämpfen, zum Auftakt einer branchenweiten Bewegung der Stahlarbeiter gegen die Kahlschlagsanierungen gemacht werden können. Es hätten nur entsprechende Schritte von der Gewerkschaftsorganisation unternommen werden müssen. Stattdessen wiegelten die zuständigen Spitzenfunktionäre der IG Metall jedoch bei jeder Gelegenheit ab.

Verständnis für Profitinteressen?

Die IGM-Führung lehnt eben die kapitalistische Arbeitsplatzvernichtungs-Strategie **nicht** ab. Sie lehnt vielmehr jeden konsequenten Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze ab. Das zeigt sich etwa an der Zustimmung der „Mitbestimmungsträger“ der IGM in den Aufsichtsräten zu den arbeiterfeindlichen Sanierungsplänen der Stahlbarone.

Das Mindeste, was die Heckel-Kollegen von der IG Metall hätten erwarten können, wäre gewesen, daß sie wenigstens die Belegschaft der Techno-ARBED in Köln über den Kampf der Kollegen in Burbach aufklärt und zur Solidarität aufruft. Vielleicht hätten sich schon durch eine solche Aktivität der IG Metall die Erfolgsaussichten für die Betriebsbesetzer wesentlich günstiger gestaltet.

Aber die IG Metall tat noch nicht einmal das! Es scheint vielmehr so, daß gewisse IGM-Funktionäre jeden Versuch, die Kölner ARBED-Belegschaft zu informieren, bewußt sabotiert haben. Jedenfalls mutet es sehr seltsam an, daß die IGM in Köln den Heckel-Frauen einen Raum, den sie zur Durchführung einer Informationsveranstaltung über die Betriebsbesetzung brauchten, verweigert hat.

Drei Monate Betriebsbesetzung, drei Monate Trennung der Belegschaftsmitglieder von ihren Familien, drei Monate des ununterbrochenen Kampfes, der Ungewißheit, des Hoffens und des Bangens — daß dies eine unerhörte Belastung für die Kollegen war, braucht wohl nicht besonders belegt zu werden. Hätten nicht die Ehefrauen der Heckel-Arbeiter ihre Männer aktiv unterstützt, hätten sie sich nicht zu einem Arbeitskreis zusammengeschlossen, sich nicht selbst am Kampf beteiligt, dann wäre das wohl gar nicht durchzustehen gewesen.

Wenn die Kollegen die Besetzung jetzt abbrechen mußten, ohne daß der Erhalt der Arbeitsplätze durchgesetzt und gesichert ist, so liegt der entscheidende Grund dafür in der Haltung der verantwortlichen Funktionsträger der IG Metall. Sie haben diesen Kampf nicht unterstützt. Sie haben eine konsequente gewerkschaftliche Unterstützung verhindert.

Aber trotz alledem war der Kampf der Heckel-Arbeiter nicht sinnlos. Besser eine Niederlag erleiden, als die Vernichtung von Arbeitsplätzen immer wieder kampflos hinzunehmen! Mit Recht sagte Betriebsratsvorsitzender Günter Gard auf der abschließenden Veranstaltung am letzten Samstag: „Wenn andere das nachmachen, war unser Kampf nicht umsonst“.

Aber es ist notwendig, aus den Erfahrungen dieser Betriebsbesetzung zu lernen. Eine der wichtigsten Lehren, die man daraus ziehen kann, ist unserer Meinung nach die, daß in unseren Gewerkschaften eine andere Linie durchgesetzt werden muß. Wir brauchen eine Gewerkschaft, die jeden Kampf der Arbeiter ohne Wenn und Aber konsequent unterstützt. Gewerkschaftsführer, die glauben, auf die Profitinteressen der Kapitalisten Rücksicht nehmen zu müssen, werden uns immer wieder in den Rücken fallen.

berichtet + + + kurz berichtet + + + kurz berichtet + + + kurz berichtet + + + kurz

Alcan-Hütte zunächst gerettet

LUDWIGSHAFEN. — Durch eine viertägige Blockade des Schaltraumes verhinderten Arbeiter der Alcan-Aluminium-Hütte in Ludwigshafen die Stillegung des Betriebes. Wegen angeblich zu hoher Strompreise wollte die Werksleitung am Montag letzter Woche die Hüttenöfen abschalten. Dies wäre das „Aus“ für die Hütte gewesen, denn derartige Öfen sind nach ihrem Erkalten nicht mehr zu gebrauchen. Die Arbeiter verhinderten durch ihre Blockade die Stromabschaltung. Am Freitag wurde dann bekannt, daß Bund und Land die von den Alcan-Kapitalisten geforderten jeweils 4 Millionen Mark „Überbrückungshilfe“, die zunächst verweigert worden waren, nun doch zahlen werden. Den Ausschlag für die Entscheidung gab eine direkte Invtervention von Bundeskanzler Kohl, der in Ludwigshafen Direktkandidat bei der Bundestagswahl ist. Die Alcan-Bosse drohten allerdings jetzt schon, daß sie Ende 1983 die Hütte endgültig schließen werden, falls ihnen bis dahin nicht eine günstigere Strompreisregelung angeboten wird.

IG Metall warnt vor Heimcomputern

FRANKFURT. — Die IG Metall befürchtet aufgrund neuer technischer Entwicklungen eine Tendenz zu „neuer Heimarbeit“. Es sei zu erwarten, daß beispielsweise Textverarbeitungsaufgaben verstärkt mit Heimcomputern durchgezogen würden. Die Beschäftigten müßten dann zu Hause „auf Abruf“ bereitstehen, während zugleich Vollarbeitsplätze vernichtet würden. IGM-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen äußerte die Befürchtung, daß als Folge dieser Entwicklung Hunderttausende von Arbeitsplätzen im Bereich der Industrieverwaltung und im Dienstleistungssektor vernichtet werden.

Apura-Betriebsrat zum zweiten Mal erfolgreich gegen Rausschmiß

MAINZ. — Hermann Fuchsberger, Betriebsratsmitglied in der Hygienepapier-Fabrik Apura in Mainz-Kostheim, klagte zum zweiten Mal erfolgreich beim Arbeitsgericht gegen seinen Rausschmiß durch die Geschäftsleitung. Über den ersten Rausschmiß des kämpferischen Kollegen wegen angeblichen „Geheimnisverrats“ im August vergangenen Jahres hatten wir im „Roten Morgen“ ausführlich berichtet. Per Gericht erzwang Hermann Fuchsberger damals seine Wiedereinstellung. Nach sechs Tagen erhielt er jedoch erneut unter fadenscheinigen Vorwänden eine fristlose Kündigung und wieder gab die unternehmerhörige Betriebsratsmehrheit ihre Zustimmung. Auch diesmal gewährte der DGB Wiesbaden dem Kollegen Rechtshilfe, obwohl die zuständigen IG-Chemie-Stellen seinen Rausschmiß schändlicherweise billigten. Das jetzige Urteil, das die Unwirksamkeit auch der zweiten Entlassung feststellt, gilt als Novum. Bislang seien alle Zweitkündigungen von den Gerichten bestätigt worden, sagte DGB-Rechtssekretär Senß. Die IG-Chemie-Verwaltungsstelle Wiesbaden will Hermann Fuchsberger jetzt wegen angeblicher Mitgliedschaft in der *Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg* aus der Gewerkschaft ausschließen.

Kampf der Nona-Frauen hatte Erfolg

Am Freitag, dem 29. Januar, war den Frauen der Nona Kleider GmbH in Dortmund und der Puella GmbH in Kamen von der jeweiligen Betriebsleitung mitgeteilt worden, daß am Montag Konkurs angemeldet werde. „Zur Bank brauchen Sie gar nicht zu gehen", hieß es, „für die Löhne ist sowieso kein Geld da."

Die Frauen bei Nona kämpften um ihre Arbeitsplätze. Eine ganze Woche lang blockierten sie Tag und Nacht die Betriebstore, um zu verhindern, daß Maschinen abtransportiert und so die Konkursmasse geschmälert wurde. Ihr Einsatz hatte Erfolg. Inzwischen scheinen die Arbeitsplätze — zumindest für eine gewisse Zeit — gesichert zu sein.

Am 14.2., einem Montag abend, versammelten sich die Nona-Frauen in der Gaststätte Heuler in Dortmund-Eving, um vorläufig Bilanz zu ziehen. Eingeladen zu dieser Versammlung waren alle, die den Nona-Frauen ihre Solidarität erwiesen hatten, also auch die KPD.

Zu Beginn der Versammlung wurde ein Video-Film über eine Feier zum zehnjährigen Firmenjubiläum im Mai '82 gezeigt. Warum? „Mit dieser Feier", so erläuterte Amalie Gurski, die 58jährige stellvertretende Betriebsratsvorsitzende anschließend, „fing alles an". Gregor May, Inhaber der Textil-Firmengruppe Mai, zu der auch Nona gehört, fand dort salbungsvolle Worte: Er hänge an seinen Betrieben wie an seinen eigenen Kindern; alle — die Arbeiterinnen und er — seien eine große Familie und säßen alle in einem Boot usw. usf. Und er versprach: Innerhalb der nächsten zwei Jahre brauche bei Nona niemand um seinen Arbeitsplatz zu fürchten.

Dann wurden Überstunden gekloppt — im August bis zu 70. Jeden Samstag wurde gearbeitet. Die Betriebsrätin Amalie Gurski dazu auf der Versammlung: „Wir vom Betriebsrat hielten die Leute bei der Stange, wenn sie schimpften. Denn es hieß ja, daß nur so die Arbeitsplätze zu sichern seien."

Und der Betriebsrat tat noch etwas Schlimmeres. Er stimmte einem Lohnverzicht zu — der Herabstufung der Kolleginnen von Lohngruppe 5 in Lohngruppe 4. „Wir machten das, weil die Geschäftsleitung andernfalls mit der Stillegung des Betriebs drohte." Was dieser Lohnverzicht bedeutete, kann man sich vorstellen, wenn man weiß, daß der durchschnittliche Stundenlohn bei Nona (es wird Akkord gearbeitet) bei 8,94 DM liegt. Und das bei einer Arbeitsleistung, die in den letzten drei, vier Jahren von 3,2 Kleidern pro Näherin auf 7 Kleider gesteigert wurde!

Bis Ende Oktober wurde das letzte aus den 72 Frauen (davon ca. 20 Auszubildende) herausgeholt. Völlig aus heiterem Himmel wurde Mitgliedern des Betriebsrats dann am 3. November mitgeteilt, daß „vorsorglich" Antrag auf Massenentlassung beim Arbeitsamt Dortmund gestellt sei. Geschäftsführer Schmidt: Geld und Aufträge seien zwar genug vorhanden, es habe sich aber ein Billiglohnland gefunden, wo das Kleid für 20 Pfennig billiger produziert werden könne...

Dis Frauen beschließen, um ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Amalie Gurski auf der Versammlung: „Wir konnten einfach nicht einsehen, daß ein Unternehmer immer höhere Gewinne erzielen soll, während es den Arbeitern immer schlechter geht." Eine andere Kollegin dazu: „Den Arbeitern wird gesagt, sie sollen ihren Urlaub in Deutschland verbringen, damit das Geld im Land bleibt. Aber die Unternehmer gehen ins Ausland, weil sie dort noch mehr Gewinn machen können!"

Inzwischen kam auch heraus, wohin die Produktion des Dortmunder und des Kamener Werkes verlagert werden soll: in die Türkei (!) und nach Rumänien.

Auf einer Belegschaftsversammlung am 11.11.82 gab Amalie Gurski einen zusammenfassenden Bericht über die Ereignisse für die Belegschaft. Die Geschäftsleitung stellt deswegen Antrag auf fristlose Entlassung beim Arbeitsgericht und belegt die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende mit Hausverbot. Aber 48 Stunden später ist die Betriebsrätin wieder im Betrieb. Der Betriebsrat und die Belegschaft stehen hinter ihr. Sie werden jetzt auch außerhalb des Betriebes aktiv: Mit einem Informationsstand und einer Unterschriftensammlung in der Stadt, mit Vorsprachen bei der Stadt usw.

Sie erreichen unter anderem, daß die Bezirksvertretung Eving eine Resolution verabschiedet, in der das Arbeitsamt aufgefordert wird, den Antrag auf Massenentlassungen nicht zu genehmigen.

Bis Freitag, den 29. Januar, wird bei Nona gearbeitet. Dann, um 14.30 Uhr, wird die Belegschaft zusammengerufen: Sie könnten jetzt nach Hause gehen, am Montag werde Konkurs angemeldet. Sie bräuchten auch nicht zur Bank zu gehen, um dort ihren Lohn für Januar zu holen. Es sei nämlich kein Geld mehr da. Als die Kolleginnen sich vom ersten Schock erholt haben, ist die Empörung groß. Nur drei Tage vorher war noch einigen Kolleginnen, die sich bei der Arbeit unterhalten hatten, Sprechverbot erteilt worden! Und jetzt stellte sich heraus, daß alle für die Arbeit, die sie im Januar geleistet hatten, keinen Pfennig mehr bekommen sollten!

In der Nacht von Freitag auf Samstag läßt Gregor May aus der Kamener Firma Puella die Maschinen und die fertigen Textilien abholen. Die Evinger Frauen bekommen das mit und gehen sofort bei Nona nachsehen. Es stellt sich heraus, daß der Betriebsleiter und noch zwei Leute in der Firma sind. Kleinere Maschinenteile stehen vor der Tür — offensichtlich bereit zum Abtransport. Innerhalb kürzester Zeit sind 30 Kolleginnen — zum Teil mit Ehemännern — mit ihren Autos zur Stelle, um einen illegalen Abtransport der Wertgegenstände zu verhindern. Und die Nona-Frauen halten diese Blockade trotz der Winterkälte eine ganze Woche lang durch, Tag und Nacht. Alle beteiligen sich, auch die Lehrlinge und selbst Schwerbehinderte.

Inzwischen ist klar, daß der Kampf der Frauen Erfolg hatte. Durch Vermittlungen der Stadt Dortmund zwischen der May-Gruppe einerseits (Geschäftsführer Schmidt: Ich bin bereit, meine Belegschaft zu verschenken!), einem anderen Textilunternehmer und dem Konkursverwalter andererseits, ist zunächst einmal sichergestellt, daß der Betrieb weiterproduziert — als 31. Werk des Wattenscheider Textilunternehmers Steilmann.

Wie immer, wenn eine Sache erfolgreich endet, gibt es auch im Fall Nona genug Leute, die bereit sind, die Verantwortung für den Erfolg zu übernehmen: Allen voran die Stadt, die örtliche SPD und die Funktionäre der IG Textil. Für alle, die die Ereignisse um Nona in Dortmund und Puella in Kamen einigermaßen verfolgt haben, ist aber völlig klar, wo die maßgebliche Verantwortung für den Erfolg zu suchen ist: In der Kampfbereitschaft der Frauen von Nona.



Aus verschiedenen Ländern Westeuropas waren die Stahlarbeiter nach Brüssel gekommen.

„Nur vereint sind wir Arbeiter stark"

BRÜSSEL. — Am Freitag letzter Woche demonstrierten rund 6000 Stahlarbeiter aus verschiedenen Ländern Westeuropas gegen Arbeitsplatzvernichtung. Allein aus Dortmund waren fast 1000 Kollegen gekommen.

Zu der Demonstration hatte der „Europäische Gewerkschaftsbund" (EGB) im Rahmen einer Kampagne gegen die steigende Arbeitslosigkeit in Westeuropa aufgerufen. Die Aktion war von den Gewerkschaftsführern unter sozialpartnerschaftliche Parolen gestellt worden. Seitens der teilnehmenden Stahlarbeiter aber wurden kämpferische Parolen und konkrete Forderungen in den Vordergrund gerückt.

So hieß es auf den mitgeführten Transparenten: „Gegen weitere Arbeitsplatzvernichtung in der Stahlindustrie"; „Recht auf Arbeit — für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich"; „Solidarität der Stahlarbeiter in der EG" und immer wieder in verschiedenen Sprachen: „Nur vereint sind wir Arbeiter stark".

In verschiedenen Sprachen wurden auch internationale Arbeiterlieder gesungen, so auch die „Internationale".

Beteiligt waren an der Aktion Stahlarbeiter aus Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich und Spanien.

Die bundesdeutschen Kollegen stellten einen beträchtlichen Teil der Demonstranten. Allein aus Dortmund waren 21 vollbesetzte Busse mit fast 1000 Kollegen gekommen. Aber auch aus Duisburg, Bochum, Siegen, Hagen, Essen, Gelsenkirchen, Bremen und dem Saarland kamen die Stahlwerker.

Süddeutsche Metaller gegen Reallohnabbau

Mit vielfältigen Aktionen Kampfbereitschaft stärken

STUTTGART. — Die Metaller in Baden-Württemberg wollen mit vielfältigen Aktionen die Mobilisierung in den Betrieben zur Lohnrunde sichern. Auf einer Funktionärskonferenz der Stuttgarter IGM am letzten Donnerstag (10. Februar) wurden entsprechende Maßnahmen und Aktionsformen durchgesprochen.

Die baden-württembergischen Metaller haben bereits in den letzten Wochen von sich reden gemacht. Demonstrationen an den Verhandlungsorten, Besetzung der Verhandlungsräume durch die Arbeiter, machten den Unternehmern klar, daß es den Kollegen Ernst damit ist, wenn sie sagen, daß sie in diesem Jahr keine erneute Reallohnsenkung mehr hinnehmen wollen.

Nach den Aktionen in Fellbach und Balingen (siehe letzter RM) demonstrierten nun am letzten Donnerstag auch in Freiburg Metallarbeiter anläßlich der zweiten Verhandlungsrunde gegen das provokatorische Unternehmerangebot. Auch hier besetzten die Kollegen den Verhandlungsraum, und machten mit Spruchbändern und Sprechchören ihren Standpunkt deutlich. Die Unternehmer fühlten sich durch dieses Auftreten der Arbeiter provoziert und brachen die Verhandlungen ab. Sie hatten sich ohnedies geweigert, die Forderung der IG Metall, 6,5 Prozent, mindestens aber 115 Mark, zur Verhandlungsgrundlage zu machen.

Auf der Funktionärskonferenz der IG Metall Stuttgart bezeichnete der erste Bevollmächtigte Ernst Eisenmann die Haltung der Unternehmer mit ihren 2,2 Prozent plus drei Monaten Lohnpause, die sie anbieten, als „brutalen Klassenkampf". Eisenmann: „Wenn es ihnen gelingt, uns noch einmal unter die Reallohngrenze zu drücken, dann weiß ich nicht, woher Mobilität und Kraft für die nächste Runde, für die Arbeitszeitverkürzung kommen sollen".

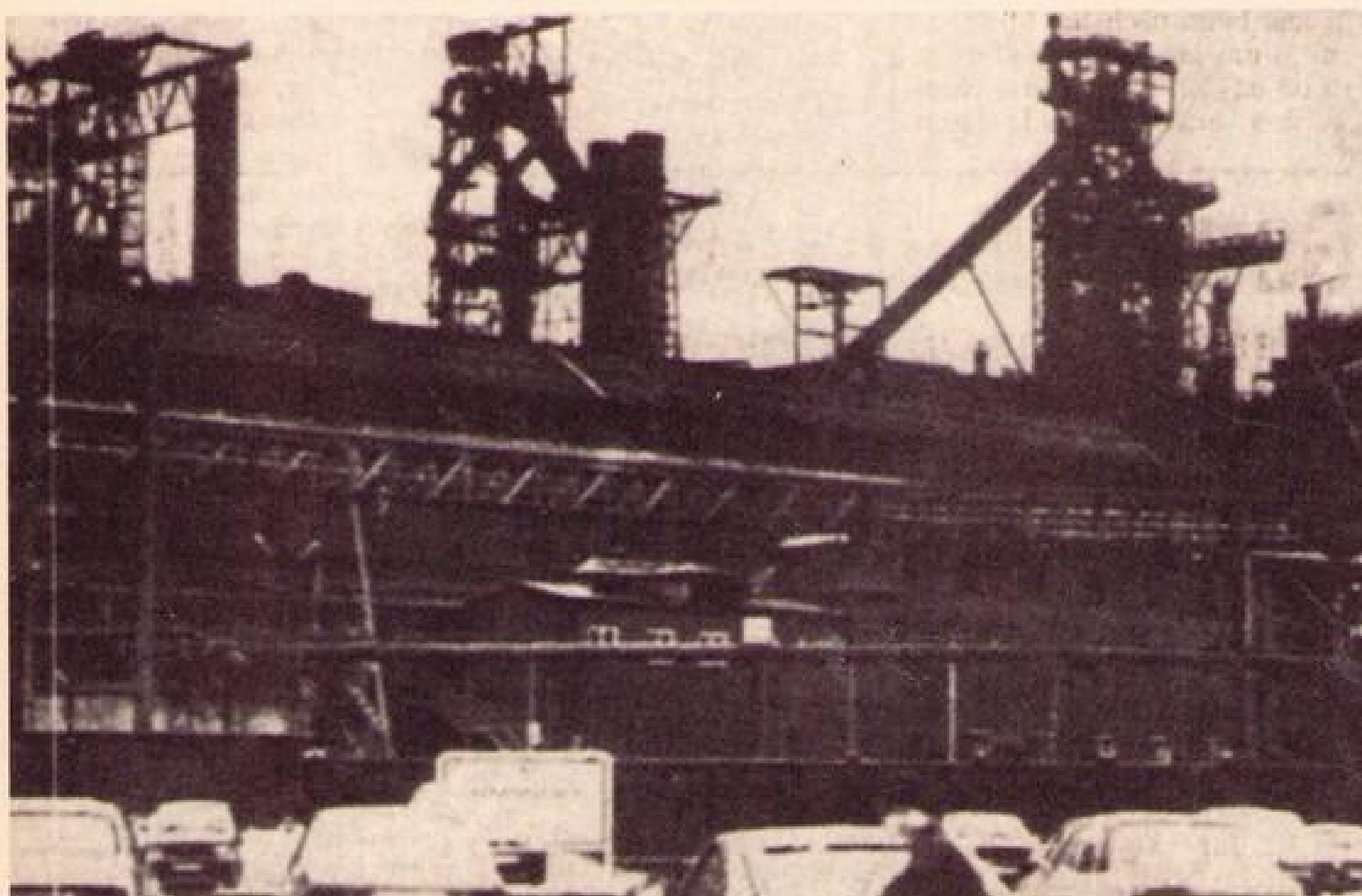
Auf der Versammlung wurde darauf orientiert, mit vielfältigen Aktionen auch jetzt schon die Belegschaften aktiv in die Tarifrunde einzubeziehen. Der IGM-Bevollmächtigte sagte dazu: „Friedenspflicht ist nicht zu verwechseln mit Friedhofsruhe". Die verantwortlichen Funktionsträger der IGM in anderen Tarifbezirken allerdings scheinen dieser Verwechselung zu unterliegen. Denn außerhalb Baden-Württembergs ging von den höheren Gremien der IGM bis dato nichts an Aktionen und Mobilisierung aus.

Die Stuttgarter Kollegen wollen nicht nur anläßlich der Verhandlungsrunden aktiv werden. Vielfältige Aktivitäten sollen in den kommenden Wochen die Mobilisierung und die Kampfbereitschaft in den Betrieben stärken. So planen die Vertrauensleute bei Bosch Schwieberdingen Informationsstände, an denen auch die Ehepartner der Kolleginnen und Kollegen mitwirken sollen. Ferner sollen Transparente mit den Forderungen der IG Metall längs der Bundesstraße 10 angebracht werden.

In den Betrieben werden zur Zeit Unterschriften gegen das provokatorische Unternehmer-Angebot gesammelt. Betriebsräte bereiten Briefe an die Geschäftsleitungen vor, in denen z.B. über die Auswirkungen dieses Angebotes für einen Facharbeiter der Arbeitswertgruppe 6 festgestellt wird:

„Unterstellt man, daß dieser Facharbeiter zwei Kinder hat und in der Lohnsteuerklasse III eingestuft ist, so ergäbe sich eine Nettolohnerhöhung um lediglich ca. 18 Mark".

Weiter heißt es in solchen Briefen: „Es ist für uns nämlich undenkbar, daß die Arbeitnehmer dieses Betriebes für die in den letzten Jahren und insbesondere im vergangenen Jahr geleistete harte Arbeit mit einem derartigen Almosen abgespeist werden sollen".



Die August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Ruhrort. In einem dieser Hochöfen starben am vergangenen Freitag sechs Arbeiter.

Schwerer Arbeitsunfall bei Thyssen

Sechs Arbeiter kamen ums Leben

DUISBURG. — Bei einem schrecklichen Arbeitsunfall sind auf der August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Ruhrort sechs Arbeiter getötet worden. Die Kollegen hatten in einem zur Generalüberholung vorübergehend stillgelegten Hochofen zu tun. Auf noch ungeklärte Weise drang Gichtgas in den Hochofen ein. Es gibt für das Unglück aber kaum eine andere Erklärung als die Vernachlässigung von Sicherheitsvorkehrungen.

Das Unglück geschah am letzten Freitag. Acht Arbeiter waren im Hochofen VII der Hütte damit beschäftigt, die Gerüste, die für die nun weitgehend abgeschlossene Generalüberholung errichtet worden waren, wieder abzubauen. Als die Kollegen merkten, daß geruchloses Gichtgas eindrang und die atembare Luft immer weniger wurde, versuchten sie über Leitern nach oben aus dem Hochofen herauszukommen.

Zwei überlebende Kollegen berichteten, daß die schnellsten Kletterer jedoch in noch dichtere Gasschichten geraten und den Nachkommenden dann tot entgegengefallen seien. Es muß eine entsetzliche Situation gewesen sein.

Die tödlich verunglückten Kollegen waren 18, 19, 20, 24, 48 und 52 Jahre alt.

Es besteht die Möglichkeit, daß die Tatsache von zwei parallel laufenden Arbeitsgängen zu dem Unglück geführt hat. Während im Hochofen noch gearbeitet wurde, ließ die Werksleitung schon die zum Ofen führenden Gasleitungen wieder gängig machen, um den Ofen möglichst schnell wieder betriebsbereit zu machen. Dabei wurde in 1000 Metern Entfernung ein zum Ofen führendes Rohr mit Stickstoff gefüllt. Jetzt wird überprüft, ob giftiges Gichtgas, das möglicherweise in dem Rohr steckte, durch den Stickstoff in den Hochofen gedrückt wurde. Die Werksleitung behauptet, die Verbindung dieses Rohres zum Hochofen sei dreifach gesichert gewesen.

Auf zum Kongreß!



Der Krefelder Kongreß „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" steht vor der Tür. Am 26. Februar ist es soweit. Es lohnt sich, dabeizusein. Wir rufen deshalb nochmals die Leser des „Roten Morgen" auf, nach Möglichkeit an diesem Kongreß teilzunehmen.

Im Programm hat es einige Ergänzungen und auch kleinere Änderungen gegeben. Darum hier der aktuelle Stand:

Veranstaltung

Samstag, den 26. Februar, von 17.30 Uhr bis 22.00 Uhr im Saal 1 des Seidenweberhauses in Krefeld.

Redebeiträge zu den Themen:

• **Wie kam der Hitler-Faschismus an die Macht?**
Redner: Harry Dubinsty, Bad Homburg, ehem. KZ-Häftling, Mitglied der VVN, Vorsitzender der *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

• **Der wachsenden Ausländerfeindlichkeit begegnen!**
Rednerin: voraussichtlich Rosi Wolf-Almanasreh, Frankfurt, Vorsitzende der IAF.

• **Für den Frieden kämpfen.**
Redner: Heinrich Schirmbeck, Darmstadt, Schriftsteller.

• **Der Vormarsch der Reaktion und die Gefahr des Faschismus**
Redner: Ulrich Leicht, Dortmund, Redakteur *„Volksecho"*

Im Kulturprogramm:
Comedia Mundi • Karumanta • Zeitzünder • Melike Demirag

Im Vor- und Beiprogramm ab 14 Uhr: „Die Nestbeschmutzer", (Freiburg), **Werner Edwards**, (Liedermacher), Detlef Langer mit dem **Film „Recherchen über den Tag X"**, Ausstellungen, Bücher- und Informationsstände.

Eintrittskarten: DM 10,—, erhältlich beim Koordinationsbüro und an der Abendkasse.



Heinrich Schirmbeck, Schriftsteller aus Darmstadt. Mitglied im PEN-Club und in zahlreichen Künstlerakademien. Manchem „Roten-Morgen"-Leser bekannt durch seine positive Stellungnahme zum Friedensplan der KPD.

Arbeitsforen

1) Thema: **Ausländer — Juden von morgen?** Gefahren der wachsenden Ausländerfeindlichkeit. Wege und Mittel, sie zu bekämpfen. **Einbürgerung ausländischer Mitbürger** (Integration, Wahlrecht, Niederlassungsrecht).

2) Thema: **Asylrecht,** Gefährdung des Rechts auf Asyl, Probleme der Asylbewerber. Leiter des Forums: Nicolas Busch, Publizist aus Basel, Leiter der internationalen Delegation, die im November 1982 Lager für Asylbewerber in Bayern besuchte.

3) Thema: **Nachrüstung und dann — wie weiter im Friedenskampf?** Leiter des Forums: Dipl. Phys. Rainer Zimny, Münster, Verfasser der Broschüre „Frieden sichern durch Neutralität und NATO-Austritt", und ein weiterer Referent: **Außenpolitik in der Kontinuität des Dritten Reiches?**

4) Thema: **Antifaschistische Lokalforschung,** Antifaschistische Stadtspiele — Arbeit mit Jugendlichen. Leiter des Forums: Dipl. Soz. Päd. Uli Mühlberger-Kugelmann, Hannover. Veröffentlichung zum Thema im „Sozialmagazin", Beltz-Verlag.

5) Thema: **Verbot der NPD, Verbot faschistischer Organisationen,** Bekämpfung neonazistischer Organisationen und ausländerfeindlicher Organisationen z.B. „Ausländer-Stopp-Listen" bei Wahlen. Leiter des Forums: Manuel Humburg, prakt. Arzt, Hamburg sowie ein Referent, der die verfassungsrechtlichen Probleme dieser Frage behandelt.

6) Thema: **Wie kam es zum Faschismus 33 — Lehren für heute — Wie ist ein neues 33 zu verhindern?** Leiter des Forums: Harry Dubinsky, Bad Homburg, ehemaliger KZ-Häftling, Vorsitzender der *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

7) Thema: **Abbau demokratischer Rechte.** Schwerpunkte: Aufbau des Polizeistaates, Justiz. Leiter des Forums: Ulrich Leicht, Redakteur *„Volksecho"*, Dortmund, Referent: Martin Wenning, Hamburg.

8) Thema: **Gewerkschaften und antifaschistischer Kampf.** Leiter des Forums: Wolfgang Eggers, HBV-Funktionär, Lüneburg.

Die Arbeitsforen beginnen am Samstag, 26. Februar um 10.00 Uhr, dauern bis ca. 15.00 Uhr und werden am Sonntag, den 27. Februar ebenfalls von 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr fortgesetzt. Am Ende steht ein gemeinsames Schlußplenum aller Arbeitsforen-Teilnehmer.

Organisatorische Hinweise

Anlaufpunkt für Teilnehmer der Arbeitsforen: Deutsch-Türkischer Arbeiterverein, Südstraße 80, 4150 Krefeld, Tel.: (02151) 774540 (Achtung! Von uns erst ab Freitag, den 25.2. um 12.00 Uhr besetzt.

Anmeldungen beim Koordinationsbüro:

Ellen Thielen, Mariahilfstraße 31, 5100 Aachen, Tel.: (0241) 36362

Im Kulturprogramm:

Karumanta

Musiker aus Lateinamerika

1973 beginnt das Exil. Eine Idee entsteht aus einem Bedürfnis. Bedürfnis, die Wurzeln eines Exils, das sich als dauerhaft ankündigt, lebendig zu erhalten und die Notwendigkeit, den Kampf und die Hoffnung der lateinamerikanischen Völker mit jemandem zu teilen.

Sieben Musiker, die Waffen in der Hand — Gitarren und Lieder — die zutiefst alle jene treffen, die mit ihnen den Weg zur Freiheit gehen wollen."

Karumanta hat mehrere Tourneen in ganz Frankreich und anderen europäischen Ländern gemacht. Zu ihren „Referenzen" zählen Konzerte und Theateraufführungen für die UNESCO, im Petit Forum des Halles, am Volksfest der „Humanité" (Zeitung der KPF), am Festival du Son im Palais de Congrès (Paris) u.a.

Karumanta hat mehrere Schallplatten aufgenommen.





Comedia Mundi

4 Franzosen, 4 Österreicher, 2 Schweizer und ein Deutscher spielen, singen, warnen, helfen.

Comedia Mundi ist seit 1974 mit antifaschistischen Liedern, kabarettistischen Theaterstücken auf Tourneen in europäischen, vor allem deutschsprachigen Ländern. Hunderte von Vorstellungen, Teilnahme an den Wiener Festwochen usw. Comedia Mundi hat fünf Langspielplatten aufgenommen.

Melike Demirag

Filmschauspielerin und Liedermacherin aus der Türkei.

Melike wurde bei uns bekannt durch ihre Hauptrolle in dem Film „Die Herde" von Yilmaz Güney. Sie singt Lieder gegen die Terrorherrschaft der Junta in der Türkei. Sie kämpft wie zahlreiche fortschrittliche Künstler aus der Türkei für die Freiheit ihres Volkes und gegen Ausländerfeindlichkeit hier bei uns. Ihre engagierte Haltung brachte ihr die Ausbürgerung aus der Türkei ein.

Vielen Freundes des „Roten Morgen" ist Melike Demirag durch ihren Auftritt auf dem RM-Pressefest im letzten Jahr in allerbester Erinnerung.

Zeitzünder

Kabarett-Truppe aus dem Rheinland.

Politisches Kabarett zu aktuellen, brandheißen Themen — Frieden, Arbeitslosigkeit, Ausländerfeindlichkeit.

Auftritte bei Gewerkschaftsveranstaltungen, bei Friedensfesten, auf der Straße.

Leserbericht von der Belagerung

In Mainz dabei

Liebe Genossen!
Anbei noch einige Notizen zu den Aktionen am vergangenen Wochenende in Mainz-Gonsenheim im Zusammenhang mit der symbolischen Belagerung von Nazi-Müller (als zusätzliche Aspekte, bzw. Richtigstellung zu verschiedenen Presseberichten).

• Die Gesamtzahl der Menschen, die sich an der Belagerung beteiligten, ist nicht genau zu schätzen, da tagsüber ein ständiges Kommen und Gehen war. Während der Veranstaltungen blieben immer so ca. 300 Leute für längere Zeit. (Nachts 40 bis 50 Antifaschisten).

• Die Eröffnungsdiskussion am Samstag nachmittag wurde eingeleitet durch Stellungnahmen zum Thema Ausländerfeindlichkeit von zwei IGM-Betriebsräten und einem türkischen Kollegen.

Während dieser Veranstaltung machten sich die Faschisten das erste Mal akustisch bemerkbar. Mit „Helau"-Rufen, Fußball-Tröten und einer Fastnachtssitzung vom Kassettenrecorder versuchten sie, die Kundgebung zu stören. Obwohl den Faschisten die Benutzung von Lautsprechern untersagt war, griff die Polizei nicht ein.

• Am Samstag ging diese „Taktik" der Faschisten weiter. „Helau"-Rufe, Konfetti, Luftschlangen, zwei große Fastnachtsfahnen an den Fahnenmasten paßten aber trotzdem nicht so ganz zu den vermummten Gestalten in Tarnanzügen, mit Gasmasken, Stahlhelmen und Knüppeln. Auch trotz der großen Tafel, die neben der Toreinfahrt angebracht war und auf der sie die symbolische Belagerund als vorgezogene Fastnacht der „Mainzer Roten Zelle" lächerlich machen wollten, erreichten sie bei der Mainzer Bevölkerung das Gegenteil. In fast allen Gesichtern spiegelte sich Entsetzen, Empörung und Abscheu gegen diese grölende faschistische Meute. (...)

• Anzahl der Faschisten: ca. 60 bis 100 Mann. Alle in Tarnanzügen, schwarzen Uniformen, mit Militärmützen bzw. Stahlhelmen (zum Teil mit SS-Runen). Nicht maskiert waren die bekannten Gesichter der Faschisten-Szene (Ursel und Curt Müller, Kühnen aus Hamburg, Marx aus Frankfurt), die sich zum Teil auch für Fotos in Pose stellten.

Die Faschisten filmten und fotografierten (z.T. mit großem Tele) die ganzen Tage über, auch bei Nacht.

Nicht etwa beim Betreten des Müller-Geländes am Freitag, sondern erst Sonntag abend überprüfte die Polizei 30 Faschisten und stellte Schlagwaffen sicher.

• Die Polizei war mit einem Großaufgebot vorhanden. Aber nicht etwa, um den Faschisten

Fortsetzung auf Seite 7



Fortsetzung von Seite 6

das Handwerk zu legen. Als „neutrale Schiedsrichter“ versuchte sie sich darzustellen. (...)

• Michael Kühnen wurde trotz mehrfacher Aufforderung nicht rausgeholt und verhaftet. Er ist auf Bewährung freigelassen. Eine der Bewährungsauflagen: Kein Kontakt mit Nazi-Müller. Nach der Sonnenwendfeier im Dezember 1982 war er jetzt das zweite Mal bei Müller.

Ein „Stern“-Reporter, der Bilder von Kühnen zum Staatsanwalt in Mainz gebracht hatte und Kühnens Verhaftung wegen Bruchs der Auflagen verlangte, erhielt zur Antwort, das sei eine Ermessensfrage.

• Der Überfall der Nazis auf die Belagerer wurde von zwei nichtmaskierten Nazis am Sonntag gegen 17 Uhr, kurz nach einem Wolkenbruch, verübt. Mit einer einen Meter langen Axt, die sie zur Tarnung in zwei Plastiktüten gewickelt hatten, zerschlugen sie das Hauptstromkabel direkt neben der Bühne. Sie wurden zwar sofort entdeckt, konnten aber entkommen. Nach zwei Stunden war der Schaden zwar repariert, aber ihr Ziel, den Auftritt einer türkischen Folkloregruppe zu verhindern, hatten sie erreicht.

• Die Bevölkerung äußerte sich durchweg zustimmend zu unserer Aktion. Offene Parteinahme für Müller gab es ganze zwei Mal. Dagegen wurde sehr oft massive Kritik an der Polizei und den Politikern laut. Etwa so: „Wieviel Polizei müssen die denn noch zusammenziehen, um die paar Faschisten da drüben endgültig abzuräumen. — Oder wollen die vielleicht gar nichts gegen die Müller-Bande tun?“ (Sehr gut nahmen dazu auch zwei Mainzer in Leserbriefen an die „Allgemeine Zeitung, Mainzer Anzeiger“, Stellung.)

• Genauso entlarvend ist ja auch die Äußerung des Innenministers Böckmann, der am Samstag vor Ort war und nichts weiter zu bemerken wußte, als: „Ganz schön abenteuerlich, das hier“.

• An der Abschlußkundgebung am 31.1. in der Mainzer Innenstadt nahmen nochmals [illegible]00 Menschen teil. Der Vorsitzende der IGM-Ortsverwaltung Bad Kreuznach, Kurt Vittinghoff, hielt eine sehr gute antifaschistische Rede, in der er besonders die wichtige Aufgabe der Gewerkschaften im Kampf gegen den Faschismus hervorhob.

• Negativ zur Teilnahme verschiedener Organisationen muß noch folgendes bemerkt werden:

Die SPD beteiligte sich aus „prinzipiellen Erwägungen“ nicht.

VVN und DKP waren gegen die Aktion, da sie eine Provokation der Faschisten darstelle und man unter Umständen nur Märtyrer produziere.

Trotzdem nahmen Einzelmitglieder der genannten Organisationen an der gesamten Belagerung teil.

• An der gesamten Aktion beteiligte sich ebenfalls der 72jährige Leo Heinemann aus Hannover, ehemaliger Widerstandskämpfer, KPD-Funktionär und KZ-Häftling.

• So, das war's!

Nachtrag

Das Gedicht „50 Jahr nach dreiunddreißig“, das im letzten RM abgedruckt war, wurde uns von einem Mitglied des Bremer antifaschistischen Kabaretts Bremer Stadtquerulanten zugeschickt. — Vielen Dank!

Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Die Linke Liste tritt an



Mitglieder des Vorstands und Kandidaten aus Kiel und Lübeck auf der Pressekonferenz am 11. Februar. Von links: Stefan Wischnewski-Wohnsen (Kiel), Alfred Westphal (Neumünster), Karl-Ludwig Johannsen (Kiel), Törk Hansen (Lübeck).

Am 13. März, also nur eine Woche nach dem vorgesehenen Termin für die Bundestagswahlen, wird in Schleswig-Holstein schon wieder gewählt: Landtagswahlen. Dabei wird die „Parteienlandschaft“ bereichert durch einen bemerkenswerten Zusammenschluß verschiedener Linkskräfte des Landes: durch die Linke Liste Schleswig-Holstein.

Wie diese Liste zustandekam, wie und mit welchen Forderungen sie in den Wahlkampf eingreift, welche über den Wahltermin hinausgehenden Zielsetzungen sie hat — das, so meinen wir, ist für die Linken nicht nur im nördlichsten Bundesland, sondern im gesamten Bundesgebiet von Interesse. Geht es doch überall darum, die Formierung der politischen Kräfte links von der SPD zu fördern, wie es sich die Genossen aus Schleswig-Holstein zum Ziel gesetzt und womit sie begonnen haben.

Deshalb soll die Linke Liste Schleswig-Holstein in dieser und der folgenden Nummer des „Roten Morgen“ vorgestellt werden. Ein Redakteur sprach mit Kandidaten und Vorstandsmitgliedern auf einer Pressekonferenz in Kiel.

Nicht als Wahlverein ist diese Linke Liste gedacht: „Sie sollte vielmehr zum Forum linker Politik wachsen, die die Bedingungen für so wichtige Kämpfe wie um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich verbessert oder etwa auch die Basis gegen die Kriegs- und Aufrüstungspolitik in der Gewerkschaftsbewegung verbessert.“ Das erklärt der Vorstand in einem offenen Brief. Einen Anfang machen, ein Signal setzen wollen die Genossen mit ihrer Kandidatur.

Und sie haben einen Anfang gemacht. Wenn heute die Linke Liste antreten kann — auch, wenn sie nur in drei Städten mit Kandidaten vertreten ist (Lübeck, Kiel, Neumünster) —, so ist dem ein ganzes Stück Arbeit vorangegangen, die von Mitgliedern verschiedener politischer Organisationen und Unorganisierten geleistet wurde. Gemeinsam wurde auch das Programm erarbeitet, auf der letzten der drei Wahlkonferenzen. In Arbeitsgruppen. Da waren nicht nur „Spezialisten“ am Werk. So werden alle mit einbezogen. Das ist der richtige Weg, aber — er kostet Zeit. Auch die spielt eine Rolle, und das will ernst genommen werden, wenn man mit einem linken Bündnis an Wahlen teilnehmen will. Immerhin dauerten die Vorarbeiten für die Liste von September bis Januar, und die Zeit für den eigentlichen Wahlkampf ist kurz genug.

Einen Eindruck von den Vorbereitungen vermittelten uns die Genossen in Kiel. Törk Hansen: „Tatsache ist: Die Wahlkonferenzen sind besser gelaufen, als die Initiatoren sich das zu Anfang überhaupt gedacht haben. Es ist ja einfach, das muß man auch sehen, ein Fortschritt, wenn heute Genossen aus verschiedenen Organisationen und eben auch andere gemensam antreten. Es ist ja typisch, daß heute eine ganze Reihe fortschrittlicher, linker Kräfte nicht in Parteien organisiert sind, sondern in der Regel dann, wenn es um Programme, um Wahlauseinandersetzungen geht, außen vor stehen, oder vor dem Problem stehen, sich für den einen oder anderen zu erklären. In Bezug auf diese Kräfte ist der Zulauf sicher nicht so riesig, daß man sagen kann, es ist bereits gelungen, etwa das, was an gewerkschaftsoppositionellen Kräften da ist, auch hier programmatisch einzubinden. Aber: Man kann alleine mal das Beispiel der Demokratischen Sozialisten hier in Schleswig-Holstein nehmen. Die ganze Diskussion um die Linke Liste ist letztendlich auch eine Diskussion um die Position der DS gewesen, die schwanken zwischen der Position „kritischer Unterstützung der Grünen“ und der, irgendwie eigenständig Arbeiterpolitik zu entwickeln. Und da ist es so, daß sowohl einzelne Genossen direkt in der Linken Liste mitmachen, wie auch, daß wir ständig in der Diskussion sind — und das ist ein Teil des Wahlkampfes, daß wir diese Diskussion mit ihnen um die Notwendigkeit des eigenen politischen Programms linker Kräfte führen. Günstig ist sicherlich in Schleswig-Holstein für diesen Gedanken die rasche, klare Entwicklung der Grünen. Denn es ist sicher so, daß ohne die Fusion der Grünen Partei mit der Grünen Liste Schleswig-Holstein (GLSH) die Bedingungen für ein eigenes Auftreten einer linken Liste schwierig gewesen wären. (Die GLSH ist eine deutlich reaktionär-ökologische Vereinigung —RM).

Aber so stellte sich auch die Diskussion mit der Alternativen Liste in Neumünster beispielsweise ganz anders, eben die Frage: was ist eigentlich linke Politik, wie können wir den Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und solche Sachen auch in einem gemeinsamen politischen Programm überhaupt vertreten, wenn man sich an die Rockzipfel der Grünen anhängt. Diese Diskussion, die bei der Alternativen Liste gelaufen ist, ist im Grunde genommen genauso bei den DS gelaufen. Sie ist nicht entschieden und sie wird auch innerhalb dieses Wahlkampfes nicht entschieden werden. Wir haben aber gesagt: Wir haben acht Wochen um ein Programm diskutiert, ich meine, auf einem ziemlich erfreulichen Niveau, und das nicht nur, um dann zu sagen: Programmdiskussion ist schon mal ganz gut, und nun laß man die anderen machen, sondern dann ist es für mich zum Beispiel ein Fortschritt, wenn ich letztesmal bei der Bundestagswahl für die *Volksfront* kandidiert habe und heute weiß, ich kandidiere zusammen mit Genossen aus anderen Organisationen für die gemeinsame Sache einer linken Arbeiterpolitik.“

Dazu sei noch bemerkt: In Neumünster unterstützt ein Ratsherr der Alternativen Liste aktiv den Aufbau der Linken Liste. Alfred Westphal. Ein Mann,der sich schon früher besonders in Kiel einen Namen machte — im Septemberstreik 1969 auf HDW, wo er damals arbeitete. Die Alternative Liste entstand aus der Auseinandersetzung zur letzten Kommunalwahl und hat auch klassenkämpferische Kräfte eingebunden.

In Lübeck stützt sich die Linke Liste auf Mitglieder und Unterstützer der Wählergemeinschaft gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau, die zur letzten Kommunalwahl antrat — es ging vor allem um die Schließung der Metallhütte (der RM berichtete) —; diese hatten sich damals bereits vorgenommen, auch nach der Wahl weiter für einen linken Zusammenschluß zu arbeiten.

Neben Mitgliedern der Initiativen und den Unorganisierten arbeiten vor allem Genossen der KPD, der Demokratischen Sozialisten und der MLPD heute in der Linken Liste mit. Die DKP dagegen hat sich inzwischen abgesetzt — ohne Kritik an der Politik der Liste zu äußern. In ihrem offenen Brief bedauert der Listenvorstand dieses Vorgehen der DKP, der „vielleicht der Kreis der Beteiligten nicht ausreichte. Wir wollen ein gemeinsames Handeln der Linken und werden nicht warten, bis es uns in den Schoß fällt — es könnte wieder einmal zu spät sein.“

**Kontakt zur Linken Liste:
Karl-Ludwig Johannsen
Norddeutsche Straße 25
2300 Kiel 14**

Grundsätze
der Linken Liste Schleswig-Holstein

Die Linke Liste Schleswig-Holstein versteht sich als ein Zusammenschluß linker Kräfte auf antikapitalistischer und antifaschistischer Grundlage.

Sie geht — im Gegensatz zu den verbreiteten sozialpartnerschaftlichen Positionen — vom grundlegenden Widerspruch zwischen den Lohnabhängigen und dem Kapital aus. Ihr Ziel ist es, den Gedanken der selbständigen und organisierten Einflußnahme von Arbeitern und anderen Werktätigen auf die Politik zu wecken und zu verankern.

Die Linke Liste will dazu beitragen, daß gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitnehmer der entschiedene Widerstand organisiert wird. Sie unterstützt daher alle Bemühungen, vor allem in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die der Stärkung dieses Widerstandes dienen. Sie unterstützt die Bewegungen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau, gegen den Abbau der demokratischen Rechte, gegen die Kriegs- und Aufrüstungspolitik und gegen die Vernichtung unserer Umwelt. Sie tritt dafür ein, daß in diesen Bewegungen die Spaltung der arbeitenden Menschen in Ausländer und Deutsche, in Arbeitslose und Arbeitende, in Jung und Alt, in Mann und Frau überwunden wird, weil diese Spaltung die Kampfkraft der Bewegung schwächt.

Die Linke Liste hält ein gemeinsames Handeln der politischen Linken in diesen Bewegungen für dringend notwendig und für einen wichtigen Schritt zur Herstellung der Einheit gegen die Reaktion. Eine Beteiligung der Linken Liste an parlamentarischen Wahlen ist daher kein Selbstzweck, sondern soll vor allem der Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung dienen.

Sie versteht sich als Bündnis, nicht als gemeinsames ideologisches Dach der Linken. Deshalb können in ihr auch Organisierte und Parteilose verschiedener ideologischer Richtungen vertreten sein.

Wenn die Linke Liste dazu beitragen kann, daß ihre Ziele wirksamer verfolgt werden können, ist sie immer dazu bereit, ihre eigene Organisation aufzulösen zugunsten umfassenderer Zusammenschlüsse.

Die Forderungen aus dem Programm der Linken Liste

1. Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung und Senkung der Reallöhne

- Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze
- Verbot von Massenentlassungen
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Senkung des Rentenalters, 60 Jahre für Männer, 55 Jahre für Frauen
- 6 Wochen Urlaub für alle
- Offenlegung öffentlicher Subventionen und Bürgschaften
- Subventionen nur bei Arbeitsplatzgarantie mit Kontrollrecht durch die Betriebsräte
- Gegen die Senkung der Reallöhne
- Hände weg von der Tarifautonomie

2. Für die Rechte der Arbeitslosen

- Arbeitslosengeld für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit
- Ausweitung der Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen
- Schaffung von Berufsausbildungsplätzen für alle Jugendlichen
- Volle Erhaltung und Ausweitung der gesetzlichen Beschäftigungspflicht von Schwerbehinderten und drastische Erhöhung des Arbeitgeberanteils an der Arbeitslosenversicherung

3. Gegen Rotstiftpolitik und Sozialabbau —Die Reichen sollen die Krise bezahlen

- Drastische Besteuerung von Gewinnen von Konzernen und Banken
- Faktisches Wegsteuern von Jahreseinzeleinkommen über 120000 DM
- Eintreibung aller Steuerschulden von Großverdienern
- Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
- Voller Erhalt der BaföG-Leistungen
- Rücknahme der neuen Mietrechtsbestimmungen wie Staffelmiete usw.
- Rücknahme aller „Selbstbeteiligungsmaßnahmen“ im Krankenversicherungssystem
- Ausbau der sozialen Leistungen Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Bereich

(wird fortgesetzt)

Nazis überfallen Ausländerwohnheim

Eine Meldung über einen brutalen Nazi-Überfall erreichte uns kurz vor Redaktionsschluß. Wir entnehmen die folgende Meldung der UZ:

Kaiserslautern. — Gewaltsam drangen in der Nacht vom 12. auf den 13. Feburar ca. 20 junge Neonazis in ein Wohnhaus ein, in dem türkische Familien leben, darunter auch Türken, die mit deutschen Frauen verheiratet sind. Unter den Rufen „Heil Hitler“ und „Kanacken raus“, mit Knüppeln, Flaschen, Steinen und einer Pistole bewaffnet, schlugen sie die Bewohner des Hauses zusammen. Eine deutsche Frau wurde mit den Worten „Kanackenhure“ auf den Boden geworfen und mehrfach mit Fußtritten traktiert. Dabei erlitt sie schwere Prellungen und einen Nasenbeinbruch. Einem türkischen Arbeiter wurde der Arm gebrochen und einem anderen erhebliche Platzwunden am Kopf zugefügt.

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Le

Warum steigen die Fernwärmekosten in Steilshoop?

Volkskorrespondenz aus Hamburg-Steilshoop

Das waren noch Zeiten, als wir in den Jahren 1974/75 für Fernwärme noch 0,80 Mark pro Quadratmeter im Monat zahlen mußten. Gerade in den letzten zwei Jahren sind die Kosten für Fernwärme drastisch gestiegen. Heute liegen die Kosten bei 1,70 Mark pro Quadratmeter im Monat.

Untersucht man einmal die Gründe, die zu dieser Verteuerung geführt haben und die uns sicherlich auch in Zukunft weitere Kostenerhöhungen bringen, wenn von uns nichts dagegen unternommen wird, so gerät man in einen kaum zu durchdringenden Dschungel von Zahlen, Formeln und Verträgen. Immerhin läßt sich aber doch etwas Licht in den Dschungel bringen.

Zum 1.1.1981 haben die Hamburger Elektritzitätswerke (HEW), welche auch die Fernwärmelieferer sind, die Kosten für die Fernwärme-Grundgebühr von 6600,— auf 9100,— Mark für einen Kubikmeter Heißwasser pro Stunde erhöht. Da die Grundgebühr rund 70 Prozent der Gesamtkosten, der eigentliche Verbrauch nur rund 30 Prozent der Gesamtkosten ausmachen, ist schon ein Grund für die Verteuerung gefunden. Allerdings bleibt es das Geheimnis der HEW, ob diese Verteuerung um 38 Prozent wirklich aus Kostengründen notwendig war.

Ein weiterer Grund findet sich in den sogenannten Preisgleitklauseln der Fernwärmelieferungsverträge der HEW. Hierdurch ändern sich die Kosten pro Kilowattstunde (kWh) automatisch mit den Preisen für Kohle, Erdgas, Öl und dem Gehalt der HEW-Mitarbieter. In den letzten Jahren nun ist der Energieverbrauch bei der HEW rückläufig (Fernwärmeverbrauch minus 3 Prozent), so daß die Brennstoffkosten bei der HEW sich nur um ca. 5 Prozent erhöhten, obwohl der Kohlepreis z. B. um 14 Prozent anstieg. Die Einnahmen der HEW aus der Fernwärme lagen aber bereits 1981 um 22,2 Prozent über dem Vorjahr. Sicher wurde die jährliche Dividende der Aktionäre (die Stadt Hamburg besitzt etwa 72 Prozent der Aktien) von 46000000 Mark zu großen Teilen aus Gewinnen der Fernwärmekunden in Steilshoop mitfinanziert. Man kann also sehen, daß die Preisgleitklauseln nicht die tatsächlichen Kostenänderungen berücksichtigen, sondern nur zur weiteren Gewinnerhaltung der Aktionäre wichtig sind, gerade, wenn der gesamte Energieverbrauch und damit der Umsatz sinkt.

Neben dem Grundpreis hat die HEW auch den Arbeitspreis erhöht. So kostete die Kilowattstunde bis 1980 2,34 Pf und 1981 2,85 Pf. Das ist eine Erhöhung von 21 Prozent. Mittlerweile hat sich der Arbeitspreis durch die Preisgleitklauseln weiter erhöht. Wie kann man nun dieser Kostenexplosion wirksam begegnen und eine Senkung der Fernwärmekosten herbeiführen?

1. Aufklärung

Eine normale Etagenwohnung mit durchschnittlich 70 qm benötigt pro Quadratmeter rund 70 Watt Heizleistung. Für das zur Verfügungstellen der dazu benötigten Heißwassermenge von 32 l/h bei einer Außentemperatur von -14 Grad Celsius verlangt die HEW eine Grundgebühr von 426 Mark im Jahr für die 70 qm große Wohnung. Diese Rechnung stimmt etwa mit dem Wärmehöchstleistungswert der HEW am kältesten Tag 1981 überein. Da lag er bei 984 Megawatt für die 198000 zu versorgenden Wohnungen.

Allerdings müssen alle Mieter, die mit HEW-Fernwärme heizen, unverständlicherweise mehr Grundgebühr bezahlen, als die oben berechneten 426 Mark für 70 qm Wohnfläche. Fast alle Vermieter in Hamburg haben in einem Formularmietvertrag der HEW den größten Heizleistungsbedarf des jeweiligen Wohnrings mit der HEW vereinbart. Das bedeutet, daß im Durchschnitt ein Wert von 134 Watt pro Quadratmeter vereinbart ist. Dies ist aber ein Wert, der für ein schlecht isoliertes altes Einfamilienhaus gilt, um den Heizungsbedarf zu berechnen. In Steilshoop bedeutet das, daß sämtliche Wohnungen auch bei einer Temperatur von -40 Grad Celsius noch auf 20 Grad zu erwärmen sind.

Da der angenommene Wert um 91 Prozent zu hoch angesetzt ist, müssen alle Mieter im Durchschnitt statt 426 Mark 814 Mark Grundgebühr bezahlen. Vereinbart hat die HEW mit den Vermietern also als Anschlußwert, der ja zu großen Teilen die Grundgebühr bestimmt, die etwa 70 Prozent der Gesamtkosten darstellen, 1977 Megawatt. Im selben Geschäftsbericht ist aber zu finden, daß sämtliche Heizkraftwerke der HEW zusammen höchstens 1390 Megawatt liefern.

Da die HEW mit den Vermietern einen Anschlußwert abgeschlossen hat, der 993 Megawatt höher liegt als der tatsächlich benötigte, kassieren sie neben dem Betrug, daß sie die vereinbarte Menge gar nicht liefern können, über die Grundgebühr dafür 86300000 Mark (86,3 Millionen) im Jahr mehr als nötig wäre.

Für den einzelnen Mieter bedeutet das, daß bei einer Verringerung der Höchstheizleistung pro Wohnring von derzeit ca. 20 Kubikmeter pro Stunde auf einen wirklich benötigten Wert von ca. 12 bis 13 Kubikmeter pro Stunde die Grundgebühr pro Wohnring sich um rund 100000 Mark im Jahr verringern würde, was bei ca. 250 Wohnungen im Ring 400 Mark für jede Familie bedeuten würde.

In jedem Block sollte also eine Mieterversammlung durchgeführt werden, in der Forderungen nach Verringerung der Heizhöchstleistung an den Vermieter gerichtet werden.

2. Sparen

Ohne Zweifel ist der durchschnittliche Wärmeverbrauch in Steilshoop zu hoch. In anderen Wohnungen, in denen der Verbrauch gemessen wird, liegt der Verbrauch um etwa die Hälfte niedriger. Doch stellen nicht die Mieter durch Drehen am Heizkörperventil diesen Mißstand ab. Hier sind auch wieder die Vermieter gefordert.

Nur wenn ein Bündel von technischen Maßnahmen, zum Beispiel Einbau von Feinregulier- oder Thermostatventilen, verwirklicht ist, sind auch Möglichkeiten zur individuellen Heizkostenersparnis gegeben. Der in einigen Wohnringen vorgenommene Einbau von sogenannten Heizkostenverteilern, welche den Verbrauch an jedem Heizkörper messen, ist pure Augenwischerei, die die gesamten Heizkosten nur erhöht und den persönlichen Verbrauch nicht steuern kann. (Darüber werde ich jedoch die Leser des „Roten Morgen" ein anderes Mal genauer informieren.)

3. Forderung des Kostenprinzips bei der Abrechnung

Da die HEW nicht die echten Brennstoffkosten und die echten sonstigen Betriebs- und Unterhaltungskosten ansetzt, sondern von den Mietern nimmt, was sie ohne Demonstration vor ihrer Verwaltung in der City Nord kriegen kann, müssen Aktionsformen entwickelt werden, mit denen man die Forderung nach einer Abrechaung, in der nur die tatsächlichen Kosten enthalten sind, durchsetzen kann.

4. Forderung der Kommunalisierung der HEW

Warum muß die HEW 46000000 Mark Dividende ausschütten? Das sind 6,5 Prozent der Wertschöpfung. Eine kommunalisierte HEW würde ohne Gewinn auf reiner Kostenbasis unter öffentlicher Kontrolle durch die Bürgerschaft arbeiten müssen, wie es auch in vielen Städten schon (oder noch?) geschieht.

Das Problem, diese Forderungen durchzusetzen, besteht vor allem darin, daß es für den oben geschilderten Betrug mit den 86300000 Mark wahrscheinlich keine juristische Handhabe gibt, und insbesondere, daß viele Menschen bei einer so komplizierten Materie gleich kapitulieren und so kein massiver Protest zustande kommt.

Dennoch klärt die Mieterinitiative weiter auf. Ebenso stellen wir z.Zt. die Überlegungen an, 1. Forderungen zu diesem Thema über die GAL in die Bürgerschaft einzubringen, sowie 2. durch den „Spiegel" das Probelm einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Wir bitten auch alle Leser des „Roten Morgen", die schon Erfahrungen auf diesem Gebiet besitzen, sich über den „Roten Morgen" an uns zu wenden, so daß die Erfahrungen gemeinsam zu nutzen sind.

Der Klassenjustiz noch einmal ein Schnippchen geschlagen

Volkskorrespondenz aus Freiburg i. Br.

Am Montag, den 31.1.1983, fast auf den Tag genau 50 Jahre nach der faschistischen Machtübertragung auf Hitler, fand vor dem Landgericht Freiburg der Berufungsprozeß gegen drei Volksfront-Mitglieder statt, die im September 1980 während des Bundestagswahlkampfes u.a. auch das später verbotene „Polizeiplakat", welches sich gegen ein neues '33 wandte, indem es u.a. vor einem Polizei- und Überwachungsstaat warnte, aufstellten. Das Amtsgericht Emmendingen hatte sie in erster Instanz wegen Verunglimpfung des Staates zu jeweils 30 Tagessätzen = 2700 Mark verurteilt.

Vor der 10. Strafkammer des Landgerichts nun legte einer der Anwälte vor etwa 50 Zuschauern dar, daß bereits vor Eröffnung des Hauptverfahrens, also schon, bevor der erste Prozeß stattfand, die ganze Angelegenheit verjährt war. Richter und Staatsanwalt traten die Schweißperlen auf die Stirn, und nachdem der Prozeß für einige Stunden vertagt war, mußte selbst der Staatsanwalt, der nach seinen eigenen Worten eigentlich nur dazu erschienen war, ein höheres Strafmaß durchzusetzen, die Einstellung des Verfahrens beantragen. Auch mußten Staatsanwalt und Richter zugeben, daß eine Verurteilung durchaus nicht sicher gewesen sei, so daß auch sämtliche Kosten des Verfahrens sowie die Auslagen der Angeklagten jetzt zu Lasten der Staatskasse fallen.

Bemerkenswert an diesem Prozeß ist besonders, daß trotz eines solchen Verfahrenshindernisses Staatsanwaltschaft und Justiz dreist einen Prozeß durchführen und auch die Volksfrontler verurteilen, wohl in der Hoffnung, daß keiner der Angeklagten dieses Verfahrenshindernis bemerkt (was ja auch beinahe gelungen wäre). Und das alles, um die Volksfront, die in den Augen der Herrschenden wohl eine reale Gefahr für ihre Machtinteressen darstellt, zu kriminalisieren und so zu zerschlagen. In diesem Fall ist es nun noch einmal gelungen, der Klassenjustiz ein Schnippchen zu schlagen. Man darf sich jedoch keinen Illusionen hingeben, daß so etwas noch wieder zur Regel werden kann, solange in diesem Staat das herrschende System das System der Bourgeoisie ist. Schon seit jeher ist es so, daß in dem Maße, in dem sich die wirtschaftliche Krise verschärft, auch die politische Justiz zunimmt, um die Opposition zu kriminalisieren und so zu bekämpfen. Doch zeigt dieser Prozeß auch, daß die Herrschenden in unserem Land dieses Metier noch nicht ganz perfekt beherrschen und daher Wachsamkeit unsererseits durch aus noch kleine Erfolge bescheren kann.

Volkszählung — Volksaushorchung!

Die für dieses Frühjahr vorgesehene Volkszählung soll dem Staat dazu dienen, einen lückenlosen Überblick über die Gesellschaft, über jeden einzelnen Bürger zu bekommen. Der „gläserne Mensch“ soll in Westdeutschland, ein Jahr vor 1984, zur Tatsache werden.

Einzelheiten über das Volkszählungsprojekt erläutert eine Hamburger Bürgerinitiative in einem Flugblatt, das wir im folgenden leicht gekürzt abdrucken.



So harmlos läuft es leider nicht!

Die geplante Volkszählung dient den Interessen der Kapitalisten und der Faschisierung des Staates

Ende April ist es wieder soweit: das Volk soll gezählt werden. Es gibt Worte, die klingeln angenehm im Ohr; das Wort Volkszählung klingt harmlos. Soll doch das Volk gezählt werden, jeder Schaftshirte zählt seine Herde. Doch die Zeiten haben sich verändert, längst will „Vater Staat“ nicht mehr nur die Zahl seiner Mitbürger erfassen, mit Hilfe moderner Computertechnologie soll jeder Bürger in seinem Lebenszusammenhang total erfaßt und verdatet werden. Wenn es Ende April also an deiner Haustür klingelt, wird man sehr viel von dir wissen wollen. Der neugierige Mensch an der Tür ist einer der insgesamt 600000 Volkszähler, bewaffnet mit Computerbögen und einem weichen Bleistift, wird er „bloß“ ein paar Striche von dir verlangen, denn den Fragebogen darfst du selbst ausfüllen. Die Fragen sind dafür um so umfassender. So will der Staat zum Beispiel von dir wissen, mit wem du zusammen wohnst und ob du von deinen Mitbewohnern, Freund, Ehe- mann oder -frau wirtschaftlich abhängig bist. Wo arbeitest du, was machst du dort und wielange brauchst du zur Arbeit?

Hast du nicht auch einen Nebenverdienst? Wohnst du in einer Familie oder in einer Wohngemeinschaft oder als einfacher Untermieter? Wie ist deine Telefonnummer? Mit wievielen Leuten arbeitest du eigentlich im Betrieb zusammen? Wie sieht deine soziale Herkunft und die deiner Kollegen aus? Hast du eigentlich Abitur oder deine Kollegen?, — und wie ist es bei deinen Mitbewohnern?, — haben sie nur den Hauptschulabschluß?, — wie funktioniert dann eigentlich das Zusammenleben? Wie viele Räume hat deine Wohnung, — wie werden sie benutzt, wie werden sie beheizt? Pinkelst du im Freien oder hast du ein Klo? Duscht du dich?
Was, — Entschuldigung, wie und womit kochst du? In der Nische, im Schrank oder auf dem Herd? Bist du eigentlich Eigentümer der Wohnung, in der du wohnst? Wie hoch ist die Miete? Welcher Religionsgemeinschaft gehörst du an? Bist du Deutscher oder etwa Türke? Beschreibe den Beruf, den du ausübst!

Stichwortartig!

Wohnst du in einem Heim? Als Angestellter oder etwa als Insasse? Werden eigentlich alle Zimmer von dir wirklich genutzt? Wo stellst du abends deinen PKW ab? Hast du eine Ferienwohnung auf dem Lande? Lebst du auf Kosten anderer?

Die Sammelwut ist grenzenlos. Die oben genannten Fragen sind nicht frei erfunden, sie alle sind im Fragebogen enthalten, nur wurden sie in amtliche Sprache verkleidet und nicht so direkt gestellt.

Falls dir bei der Beantwortung dieser Fragen der Bleistift aus der Hand fallen sollte oder du sogar in Versuchung kommst, den „Zähler“ vor die Tür zu setzen, wird er dich sicherlich höflich über Folgendes informieren: Wer bei der „Volkszählung“ '83 seiner Auskunftspflicht nicht nachkommt, begeht eine Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldstrafe zwischen 5,— DM und 10000,— teutsche Mark geahndet werden kann. Sollte auch das nichts helfen, kann Erzwingungshaft angeordnet werden. Der Staat hat offenbar ein großes Interesse, an diese Daten heranzukommen — und das nicht ohne Grund. Weshalb, wird gleich am Anfang der Begründung zum „Volkszählungsgesetz“ recht unverblümt zugegeben. Die Zählung bzw. die Aushorchung der ganzen Nation bildet die *„unentbehrliche Grundlage für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entscheidungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Auch die Parteien, Tarifpartner, die Wirtschafts- und die Berufsverbände und sonstige wichtige Gruppen des öffentlichen Lebens sind, um Fehlplanungen und Fehlinvestitionen erheblichen Ausmaßes zu vermeiden, auf die Zählergebnisse angewiesen.“*

Das „Statistische Landesamt“ soll offenbar zu einem Supermarkt werden, wo Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt, die Deutsche Bundespost, private Firmen, die Ausländerpolizei, kurz alle, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, sich nach Lust und Laune bedienen können. Ziel der Aushorchung ist es: *„Ein vielfältiges Strukturbild der Bevölkerung bis hinein in tiefe regionale Gliederungen zu gewinnen.“* Die „Masse Mensch BRD“ soll „analysiert“, „fortgeschrieben“, „aufbereitet“, „vorausgeschätzt“, „in allgemeine Kategorien gegliedert“, „sozio-ökonomisch betrachtet werden“. Wenn Politiker, Wirtschaftsbosse und Technokraten unsere Zukunft planen, wissen wir aus Erfahrung, was das bedeutet. Mit der jetzt anstehenden Ausfragung haben sie die Möglichkeit, per Computer, in Sekundenschnelle, auf die umfassendsten und aktuellsten Daten zurückzugreifen, die bislang, so zentral gespeichert, bei einer einzigen Behörde nie gab, — nicht einmal beim Bundeskriminalamt (BKA).



Die wohnungsstatistischen Fragen

Künftig wird es Spekulanten und großen Wohnungsbaugesellschaften mit Hilfe der Daten des „Statistischen Landesamtes“ noch leichter gemacht, die Mieten zu erhöhen. Sie lassen sich die Daten der Straße / der Stadtteile geben, wo sie unter anderem Häuser besitzen. Detailliert erfahren sie nun z. B., daß in Nachbarhäusern, die ihnen nicht gehören, bei gleicher Miete, im Gegensatz zu ihren Wohnungen, keine Vollbäder installiert sind. Klar —, für sie steht fest: Die Miete muß erhöht werden. Bevor sie nun jedoch generell die Mieten erhöhen, fordern sie die Strukturdaten ihrer sämtlichen Mieter an. Wo ist der geringste Widerstand zu erwarten? Beim gutverdienenden Beamten? Beim einfachen Arbeiter? Oder beim immer noch etwas zweifelhaften Studenten? Vielleicht bei der achtzigjährigen Oma mit hohem Rentenanspruch? Einige Wohnungen werden besonders günstig erscheinen und hier wird dann zuerst erhöht. Über die „Vergleichsmiete“ wird später die Erhöhung in den anderen Wohnungen durchgesetzt. — Denn auch jedes Gericht wird dankbar für die genauen Angaben ganz im Sinne des Eigentümers entscheiden. Wie heißt es so sinnig in der Begründung zum „Volkszählungsgesetz“: *„Die Mietangaben liefern Angaben für die Beurteilung der Mietenbelastung.“* — Nett gesagt.

Wer wird als nächster ausgewiesen?

„Die Frage nach der Staatsangehörigkeit dient der Erhebung der Zahl der deutschen oder nichtdeutschen Staatsangehörigen“, heißt es lapidar in der Begründung. Und weiter: *„Die Frage nach ausländischen Arbeitskräften soll* (...) *wichtige Strukturmerkmale zur Ausländerbeschäftigung liefern, die auf anderem Wege nicht zu erhalten sind.“* Die verkleisternde Amtssprache erwähnt dabei nicht, was dies im konkreten Fall für viele Ausländer bedeuten kann. Einmal erfaßt, läßt ihr neuer Datenschatten sie so leicht nicht mehr los. Die ständige Bedrohung ausgewiesen zu werden, läßt sich dann im Zweifelsfall sehr viel schneller durchsetzen, von der ständigen Kontrolle ganz zu schweigen.

Verkabelung

Auch die Deutsche Bundespost will von der Aushorchung profitieren. Die Frage *„nach Telefonanschlüssen und Sprechstellen (bei Firmen) soll als Unterlage für Entwicklungs- und Ausbauplanung der Fernmeldenetze dienen, insbesondere bezüglich neuer Techniken...“* Hier hat Postminister Schwarz-Schilling offenbar schon kräftig mitgedacht. Mit der totalen Verkabelung wird jedoch auch die totale Kontrolle möglich. Und der, der sich nicht verkabeln läßt, wird schon verdächtig.

„Staatsschützende“ Kontrolle

Weiter heißt es in der Begründung: *„Einzelangaben* (...) *dürfen an die fachlich zuständigen obersten Landes- und Bundesbehörden übermittelt werden, soweit sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben erforderlich sind.“* Über ihre Zuständigkeit dürfen die Behörden dabei selbst entscheiden. Neben dem Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst werden auch das BKA und die Landeskriminalämter (LKA) uneingeschränkten Zugang zu den Daten haben. So sicher wie das Amen in der Kirche, wird es dabei nicht bei Einzelangaben bleiben. „Flächendeckend“ werden Daten von bestimmten Personengruppen und Bevölkerungsschichten beim BKA gespeichert werden. Auf einen Schlag stehen ihnen die Daten sämtlicher Wohnungen in der Bundesrepublik zur Verfügung (Mitbewohner, Mietstatus, Quadratmeterzahl, Ferienwohnung, Erst- und Zweitwohnung, Ausbildung, wirtschaftliche Abhängigkeiten, PKW-Abstellplatz) usw.).

Der ehemalige Chef des BKA's, Herold, charakterisierte seine Aufgaben so: *„Ich sehe die Hauptaufgabe des BKA's darin, das in riesige Mengen angehäufte Tatsachenmaterial zu allen abseitigen, abweichenden Verhaltensweisen forschend zu durchdringen...“* Dem Büttel von BKA und VS eröffnen sich fast unerschöpfliche Möglichkeiten für die Kontrolle und Bespitzelung einer ganzen Nation. Die Rasterfahndung gewinnt zunehmend an Qualität (...)

Nicht nur an Terroristenhatz sind die Beamten interessiert. Computer-Programme, die detaillierte Angaben über „Sozialstrukturen, Protest- u. Widerstandspotentiale“ ganzer Stadtteile und Regionen liefern, werden ihnen als Grundlage für die Planung ihrer Zukunft dienen: Wo muß das nächste Polizeirevier gebaut werden? Wo müssen zivile und uniformierte Streifen verstärkt werden? Welche Punkte müssen mit Video-Kameras „abgedeckt“ werden? Auf welche Häuser muß der KOB besonders achten? Und mit der zunehmenden Wirtschaftskrise immer bedeutsamer: von welchen Stadtteilen und Bezirken gehen im Krisenfall Gefahren aus? Wie kann man ihnen schon heute am besten begegnen? Wie muß man auf die Stadtplanung und Sanierung einwirken, um die Bevölkerung jederzeit unter Kontrolle zu halten?

Datensch (m)utz

Würde das „Datenschutzgesetz“ von den Gesetzemachern wirklich ernst genommen, gäbe es zwei, ganz klar voneinander getrennte „Zählungen“. Die Namensangabe wäre nur so von den anderen Angaben strikt zu trennen gewesen. Bei der „Volkszählung“ aber seht der Name neben allen anderen Angaben auf einem Fragebogen! Einmal erfaßt, wird eine Zuordnung immer wieder möglich sein — sei es auf dem Wege der „außerordentlichen Amtshilfe“ oder durch immer neue Gesetze. Weshalb also zwackt der Staat uns diese Daten samt Namen unter Strafandrohung ab? Für Planungszwecke würden anonyme Daten ausreichen. Es muß noch andere Gründe geben...

Die Meldeämter haben das „Recht“, ihre Daten mit denen der Volkszählung abzugleichen. Das BKA hat das „Recht“ seine Daten mit denen der Meldeämter zu vergleichen.

Schlau gemacht!

Doch auch auf anderen Wegen wird eine spätere Namenszuordnung möglich sein. Auf dem Fragebogen wird unter anderem die Angabe der Telefonnummer verlangt, die jedoch nicht der Geheimhaltung unterliegt. Folglich wurde auch eine Weitergabe im „Volkszählungsgesetz“ nicht untersagt. Über jedes Telefonbuch ist es nun später möglich, der Telefonnummer wieder den entsprechenden Namen zuzuordnen. Das Ganze erforderte letztlich nur ein wenig mehr Eigenarbeit vom betreffenden „Kunden“. Anonyme Daten???

Regional- und Wirtschaftsplanung per Computer

Ein großer Konzern sucht den günstigsten Standort für eine geplante Produktionsanlage am Rande einer Großstadt. Per Computer erhält er die Strukturdaten sämtlicher potentieller Arbeitskräfte von allen in Frage kommenden Stadtteilen. Er erfährt z. B., in welchen Stadtteilen die Arbeitslosenquote besonders hoch und das Lohnniveau besonders niedrig ist. Über das Versprechen neue Arbeitsplätze zu schaffen, kann er nun davon ausgehen, daß bei geplanten, notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, wie Autobahnzubringer, Gleisanschluß usw., von der Bevölkerung dort kein Widerstand zu erwarten ist und daß die meisten sich eher, selbst bei niedrigem Lohn, über einen Arbeitsplatz freuen würden. Verschafft er sich über einen Trick auch noch die Namen seiner potentiellen zukünftigen Mitarbeiter, kann er diese direkt anschreiben und ihnen einen Arbeitsplatz in Aussicht stellen. Wie heißt es in der amtlichen Begründung zur „Volkszählung“: *„Die Frage nach dem überwiegenden Lebensunterhalt ermöglicht es* (...) *wirtschaftlich eigenständige Personen von wirtschaftlich abhängigen Personen zu trennen.“* Interessant ist dabei nicht der Mensch, sondern das vorhandene *„Arbeitskräftepotential“*, die Nummer, die Masse. Dabei ist für den Konzern jede Information, jeder Fakt, den er bekommen kann, interessant. Denn je genauer er sich vorher informiert, desto genauer kann er seinen Gewinn vorausberechnen. Und die Verknüpfungsmöglichkeiten der ausgehorchten Daten sind auch hier vielfältig! (...)

Und die Steuer?

Haben Sie nicht auch das Gefühl, daß ihnen zuviel Steuern abgezwackt werden, vor allem, wenn diese größtenteils in menschenvernichtende Rüstung gepumpt werden? Finanz- und Wirtschaftspolitiker wollen nun auch den letzten Steuergroschen aufspüren. Auf dem Haushaltsbogen wollen sie wissen, womit wir unseren *„überwiegenden Lebensunterhalt“* verdienen —, zur Auswahl stehen u. a. Berufstätigkeit, Arbeitslosengeld, Rente, Vermögen **und Nebentätigkeit.** Daß mit Nebentätigkeit nicht Hausfrauenarbeit gemeint ist, macht die Erläuterung deutlich. Der Groschen fällt: Als Hausfrau arbeitet Frau nicht auf Steuerkarte. Haben sie für ihre Nebentätigkeit eine Steuerkarte oder arbeiten Sie schwarz? Durch die Verknüpfung dieser Antwort und der simplen Anfrage beim Finanzamt dürfte es ein leichtes sein, festzustellen, ob sie im Vollbesitz aller nötigen Steuerkarten sind! (...)

Oder haben Sie etwa den sträflichen Vorzug in Anspruch genommen, Ihren Wagen nicht am Ort ihres Wohnsitzes anzumelden? Schluß, aus — vorbei!!! Demnächst kommen Meldeamt und Versicherungen Ihnen auf die Schliche! Die Fragen nach Hauptwohnsitz und hauptsächlich benutztem Verkehrsmittel machen es möglich (im Hamburger Zusatzbogen wird sogar direkt nach dem Besitz eines Autos gefragt). Dazu in der Begründung: *„... bietet die Volkszählung die Möglichkeit bei der Erfassung und Zuordnung der Personen mit mehreren Wohnungen* (...) *erstmals von einem melderechtlich und statistisch übereinstimmenden Begriff auszugehen.“*

Also im Klartext: Wohnst du wirklich dort, wo du gemeldet bist oder hast du dich nur in Berlin angemeldet, um dich vorm Bund bzw. Zivildienst zu „drükken“??? (...)

Im Interesse des Westens zur faschistischen Diktatur

Türkei — gestern und heute:



In der letzten Folge unserer kleinen Reihe über die Türkei haben wir kurz dargestellt, wie trotz der Reformen Kemal Atatürks das große Land wirtschaftlich abhängig und mit dem westlichen Imperialismus verflochten blieb.

Die heutige Stellung der Türkei, ihre totale Abhängigkeit vom westlichen Imperialismus ist aber vor allem durch die Nachkriegsgeschichte bestimmt.

Am zweiten Weltkrieg war die Türkei nicht direkt beteiligt. Aber noch 1941 wurde ein Freundschaftsvertrag mit dem nationalsozialistischen Deutschland und ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr geschlossen. Die Regierung Ismet Inonüs schloß sich allerdings kurz vor Kriegsende den siegreichen westlichen Alliierten an. Der noch bestehende Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion wurde gekündigt.

Damit begab sich die Türkei Schritt für Schritt in die Abhängigkeit des Westens, vor allem der USA, die mit großen „Hilfsangeboten" kam. Der Kommentator der New Yorker Herald Tribune, Walter Lippmann schrieb dazu am 1.4.1947: *„Wir haben die Türkei und Griechenland nicht als Hilfsobjekte gewählt, weil sie Hilfe brauchen oder weil sie Demokratien sind, sondern wir haben sie gewählt, weil sie das Tor zum Herzen der Sowjetunion und zum Schwarzen Meer eröffnen."*

1948 kamen auch Gelder aus dem „Marshall-Plan" der USA in die Türkei, obwohl diese Gelder aus den USA nur an Länder vergeben werden sollten, die durch die Schäden des zweiten Weltkriegs keine starke kapitalistische Wirtschaft mehr hatten. Mit den Geldern kamen aber vor allem auch Berater und Bedingungen. Die zivilen und militärischen „Berater" der USA hatten die Erfüllung der an die Gelder gebundenen Bedingungen zu überwachen. Das waren vor allem: Beseitigung sämtlicher Handelshindernisse, wie Zölle u.ä. Abkehr von staatlichen Planungen in der Wirtschaft und freie Hand für ausländisches Kapital in der Türkei. Zu diesem Zweck erließ das türkische Parlament schon 1947 ein „Gesetz zur Förderung des ausländischen Kapitals" und unterzeichnete ein Jahr später den „Vertrag über die ökonomische Zusammenarbeit" mit den USA.

Vor allem aber wurde die Türkei fest ins westliche Militärbündnissystem integriert. Ankara schloß mehrere Abkommen mit den USA, 1950 nahmen türkische Soldaten auf westlicher Seite am Korea-Krieg teil, im gleichen Jahr beantragte die Regierung Menderes die NATO-Mitgliedschaft, seit Februar 1952 ist die Türkei in der NATO. Die Türkei gehörte dem reaktionären Bagdad-Pakt an, einer imperialistischen Vereinigung gegen die jungen nationalistischen arabischen Staaten. Nachdem der Irak aus diesem Pakt ausschied, war die Türkei in der Nachfolgeorganisation, dem CENTO-Pakt. Die türkische Regierung unterstützte Israel, um vor allem Syrien gegen Nasser aufzubringen. Neben dieser Politik „im Auftrage" der USA wurde die Türkei in den Nachkriegsjahren immer mehr zu einer direkten US-amerikanischen Militärbastion. Über hundert amerikanische Militärstützpunkte, militärische Einrichtungen wie Radarstationen und Atomwaffenlager wurden eingerichtet. Damals standen 99% der türkischen Streitkräfte unter direktem Befehl des Pentagon in Washington. Später, 1966, bekamen die USA sogar ein vertraglich abgesichertes Interventionsrecht über die Türkei zugesichert.

Zusätzlich zu den US- und NATO-Kriegsausgaben in der Türkei wurde auch die türkische Armee selbst großzügig ausgebaut. Schon früh waren mehr als ein Drittel des Staatshaushaltes für das Militär verwendet worden. War es 1950 noch 30% der Staatsausgaben, waren es 1955 schon 35 Prozent mit im-

Militärisch ...

mer größeren Steigerungsraten. Innerhalb der NATO liegen die „Verteidigungsausgaben" der Türkei weit höher, wenn man sie auf das Volkseinkommen bezieht, als in der Bundesrepublik. Und gemessen an der Bevölkerungszahl unterhält die Türkei — 1970 650000 Soldaten — eine der größten Armeen innerhalb der NATO.

Neben der militärischen Einbindung in das westlich-imperialistische System ist die ökonomische Durchdringung der Türkei durch westliches Kapital ein wesentlicher Faktor der türkischen Nachkriegsgeschichte. Durch direkte Dollar-Investitionen und durch Bedingungen, die an die enorme Militärhilfe geknüpft waren, geriet die türkische Wirtschaft in totale Abhängigkeit.

Waren zu Atatürks und seines Nachfolgers Inonüs Zeiten noch wesentliche Teile der Wirtschaft, besonders die entstehende Industrie dem staatlichen Sektor zugehörig, so war eine der „Bedingungen" der USA für ihre Hilfe, das Abgehen von diesen Prinzipien. Ein erstes Gesetz zur Förderung ausländischen Kapitals in der Türkei (Gesetz Nr. 5821 vom August 1951), das die Regierung Menderes verabschiedete, reichte den ausländischen Kapitalisten noch nicht. Direkt von US-Beratern formuliert wurde ein Ergänzungsgesetz geschaffen, (Gesetz Nr. 6224), das sämtliche Beschränkungen für ausländisches Kapital in der Türkei aufhob. Der ehemalige Regierungschef Inonü verglich dieses Gesetz mit den Kapitulationen des Osmanischen Reiches vor den Großmächten. Aber danach flossen der Dollar und die DM ins Land.

1958 war die Türkei schon mit 1,2 Milliarden Dollar verschuldet, zur Hälfte an die westeuropäischen Staaten, zur anderen Hälfte an die Weltbank. Allein die USA hatten von 1948 bis 1955 601 Millionen Dollar als Kredite gewährt. 1955/56 erhielt die Türkei insgesamt 100 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe. Die türkische Wirtschaft kam aber nicht auf die Beine, denn nur ein kleiner Teil dieser Summen wurde für Investitionen in der Industrie ausgegeben. Zeitweise wurden von diesen Geldern lediglich 15 Prozent für Investitionen, aber bis fast 63% für Lieferantenkredite der Importe ausgegeben.

Und das wenige, das in der Türkei investiert wurde, kam im wesentlichen ausländischen Kapitalisten zugute. Zum einen wurden Millionenprofite aus diesen Bereichen transferiert, also ins Ausland überwiesen, zum anderen ist die gesamte Türkei stark importabhängig und westliche Unternehmen verdienen doppelt. Dazu kommt noch, daß im Interesse dieser Firmen verabschiedete Schutzzölle westlichen Firmen in der Türkei quasi Monopolstellungen verschafft haben.

Ein konkretes Beispiel, wie die westlichen „Hilfestellungen" aussehen, zeigt eine im Juni 1969 gewährte Finanzhilfe der BRD. Von insgesamt 175,3 Millionen Mark waren 32,3 Millionen Mark vorgesehen als Zahlungserleichterung bei der Abtragung türkischer Auslandsschulden. 80 Millionen Mark dienten der Finanzierung des Imports von Gütern aus der Bundesrepublik und 63 waren

...ökonomisch...

für „Entwicklungsprojekte" bestimmt, davon wiederum 15 Millionen für privatwirtschaftliche Projekte, der Rest, 48 Millionen waren für Projekte, die die Bundesregierung aussuchte. So ging der allergrößte Teil dieser Summe direkt wieder in westliche Kassen, in die der Banken, der westdeutschen Exportindustrie.

Aus der von westlichen Konzernen beherrschten Industrie der Türkei werden nach türkischen Untersuchungen jährlich bis zu 66 Prozent aller Gewinne außer Landes gebracht. Die enorme Ausbeutung und die Struktur der türkischen Wirtschaft führten in der gesamten Nachkriegszeit immer schneller zu Inflationsraten bis zu 100% jährlich, zu Massenarbeitslosigkeit, die auch die gewaltige Emigration von Arbeitern hervorrief und schuf breites Massenelend in der Türkei.

Die militärische und ökonomische Durchdringung der Türkei vom westlichen Imperialismus her bedingte natürlich auch im politischen Bereich Änderungen. Viele Gesetze und politische Ziele des Kemalismus widersprachen den Interessen der türkischen Bourgeoisie, die zur beherrschenden Kraft im Staat geworden war. Nach dem Krieg wurde als erste Revision des Kemalismus die Einflußnahme des Staates auf die Wirtschaft bekämpft. Die 1946 gegründete „Demokratische Partei" hatte als Hauptziel, *„ein freieres Wirtschaftssystem, in dem die Privatinitiative Träger der wirtschaftlichen Fortschritte sein sollte."* 1950 kam diese Partei unter dem Ministerpräsidenten Menderes an die Macht. In den folgenden Jahren entstand in der Türkei der Begriff der „glücklichen Minderheit", derjenigen, die auf Kosten der Mehrheit unerhört reich wurden. In den Jahren des Menderes-Regimes stiegen die Lebenshaltungskosten des Volkes um bis zu 74 Prozent. Unermeßlicher Reichtum, Macht, und Korruption auf der einen Seite und Verarmung der Bauern, Arbeiter und weiteren Teilen der Kleinbourgeoisie führten zu schweren Kämpfen. Ende der fünfziger Jahre hatte die Menderes-Regierung voll abgewirtschaftet. Obwohl es eine Vereinbarung zwischen den USA und der türkischen Regierung gab, nach der *„die USA in der Türkei eingreifen können, wenn ein Angriff gegen die türkische Regierung geführt wird"*, sahen die USA ruhig zu, als am 27. Mai 1960 Offiziere putschten und die Regierung absetzten.

Die USA wußten bereits, daß von den Offizieren keine Gefahr für ihre Interessen ausging. Treu zur NATO stehend, räumten sie in diesem reaktionären Putsch vor allem mit den völlig abgewirtschafteten korrupten Politikern auf, führten große Schauprozesse durch und urteilten die Prominenz des Menderes-Regimes ab. Andererseits sicherten sie sofort allen ausländischen Firmen zu, ihre Profite, ihre in der Türkei erwirtschafteten Vermögen weiterhin aus der Türkei herauszuholen, und banden die Türkei durch Verträge vor allem militärisch noch enger an die USA.

Innenpolitisch schufen die Offiziere eine neue Verfassung. Diese Verfassung vom 9.7.1961 lehnte sich eng an die Verfassung Italiens und derjenigen der

... und politisch unter der Knute der Imperialisten

Bundesrepublik Deutschland von 1949 an. Damit wurden eine Reihe demokratischer Rechte installiert und der Staat nach westlichen Vorbildern organisiert. Ganz wesentlich aber war, daß die Armee, Offiziere und Generale begannen, sich mit dem Finanzkapital zu verbinden, Teile des Kapitals kontrollierten und selber Kapitalisten wurden. Auch als sie sich nach den Wahlen von 1961 anscheinend aus der offiziellen Politik zurückzogen, wurden sie durch diese Verbindungen ein zunehmend bestimmender Faktor in der Politik der Türkei.

Für das Volk änderte sich wenig. Die „Reformen" der Generale dienten nur dem großen Geld. Aber die zunehmende Verelendung hatte auch Folgen. Die Unterentwicklung breiter Teile der Türkei, die Ruinierung der kleinen Bauern, die Arbeitslosigkeit führten zu wachsender Politisierung der Massen.

Streiks der Arbeiter, Landbesetzungen der Bauern und große Demonstrationen gerade der Studenten gegen die USA im Land bestimmten den Klassenkampf in der Türkei.

Die „Gerechtigkeitspartei" praktisch Nachfolgeorganisation der „Demokratischen Partei" setzte dagegen Polizei und Armeeterror und wachsende antikommunistische Hetze, förderte und duldete das Aufkommen offen faschistischer und reaktionär-islamischer Banden.

In den späten 60er Jahren nahm der Klassenkampf trotzdem eine ungeheuren Aufschwung. Die schon erwähnten Landbesetzungen, große Streiks und Fabrikbesetzungen, kämpferische Gewerkschaften, die sich gegen die „staatstragenden" Verbände gründeten, und der entschiedene und breite Widerstand gegen die US-Imperialisten im Land, fielen zusammen mit Erhöhungen der Lebenshaltungskosten um 80 Prozent. Der Klassenkampf in der Türkei gegen die Regierung in Ankara und deren proimperialistischen Helfershelfer nahm ein für die Bourgeoisie nicht mehr kontrollierbares Ausmaß an.

Die Befehlshaber der türkischen Armee richteten am 12.3.1971 ein Ultimatum an die Regierung, in der sie Maßnahmen forderte, die die Regierung schon wenige Stunden später ausführte. Mit dem Rücktritt Süleiman Demirels als Ministerpräsident wurde ein Militärregime aufgebaut, daß alle Züge einer faschistischen Diktatur enthielt. Erste Maßnahmen waren Verbote und Zerschlagung sämtlicher Organisationen der Arbeiterklasse. Gewerkschaftliche und revolutionäre, kommunistische Organisationen wurden unterdrückt und verfolgt, das herrschende Recht in der Türkei wurde das Kriegsrecht.

Zwar gelang es, in der Türkei Mitte der 70er Jahre noch einmal den faschistischen Charakter des Systems zu durchbrechen, einige demokratische Rechte zurückzuerobern und wichtige Bedingungen für eine starke Widerstandsbewegung zu schaffen. Aber wie schon vor 1971 formierte sich mit dem explosionsartigen Aufschwung der Klassenkämpfe in der Türkei gegen Ende der 70er Jahre die schwärzeste Reaktion, die gesamte Staatsmacht, Militär, Polizei und Agentenorganisationen gegen das Volk. Neben dem „offiziellen" Unterdrükkungsapparat wurde wieder der Terror faschistischer Banden, der „Grauen Wölfe" gefördert und brutal gegen das Volk losgelassen. Und wieder, wie 1971 übernahm die Armee am 12. September 1980 die Macht — im Interesse des Finanzkapitals, der USA und der ausländischen Profiteure an den Völkern der Türkei.

Nachbemerkung

Diese jüngere Entwicklung der Türkei haben wir im „Roten Morgen" laufend verfolgt — haben in den letzten Jahren mehrmals ausführlich über die Kämpfe und die Hintergründe berichtet. Die Reihe „Türkei gestern und heute" sollte einige Materialien zum Verständnis der so entstandenen Situation liefern. Dabei ist es klar, daß wir nur Streiflichter auf die Geschichte werfen konnten. Einen wichtigen Aspekt werden wir demnächst noch einmal ausführlich darstellen, die Nationalitätenfrage in der Türkei und ihre historische Entwicklung.



Über die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik informiert ein „Roter-Morgen"-Sonderdruck auch in türkischer Sprache.

Meldungen

Leopard-Panzer in Ankara

Mitte Januar wurden die ersten vier Leopard-Panzer aus der Bundesrepublik in Ankara an die Militärdiktatoren übergeben. Die Bundesregierung hat im Rahmen der NATO-Militärhilfe insgesamt 70 Panzer versprochen, die Rüstungsfirma Krauss-Maffai soll bis Ende dieses Jahres schon 50 geliefert haben.



Der westdeutsche Panzer Leopard 1

Als „reibungslos und erfolgreich" charakterisierte der türkische Verteidigungsminister die Rüstungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Türkei. Bei der Übergabezeremonie in der Militärakademie von Ankara pries auch der westdeutsche Botschafter Dirk Onken die Lieferung der Panzer als ein Zeichen „der guten Freundschaft und der Kameradschaft zwischen unseren beiden Ländern".

Europa-Parlamentarier kritisieren Genscher

Im vergangenen Jahr hat eine aus Vertretern Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Frankreichs und der Niederlande bestehende Kommission nach einem Besuch der Türkei schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte festgestellt und öffentlich bekanntgemacht. Seitdem blockieren die Vertreter der sozialistischen Fraktion im Europaparlament die Auszahlung gesperrter EG-Mittel in Höhe von rund 1,5 Milliarden Mark.

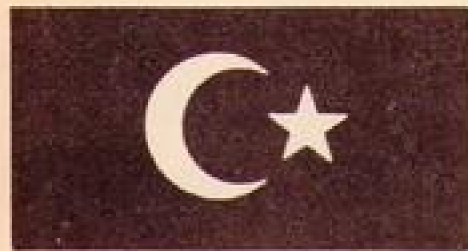
Jetzt protestierten die Vertreter dieser Fraktion dagegen, daß der westdeutsche Außenminister Genscher seinem Kollegen von der türkischen Militärregierung die Wiederaufnahme dieser Finanzhilfe versprochen hat. Die stärkste Fraktion im Europaparlament will ihre Haltung nicht ändern, bevor „nicht ernsthafte Schritte mit dem Ziel der Rückkehr zur Demokratie" in der Türkei erfolgt sind.

Militärs feuern Professoren

Die Militärdiktatoren von Ankara haben einen „Rat für höhere Bildung" eingerichtet, über den die Generäle die Universitäten kontrollieren. Dieser Rat hat weitgehende Machtbefugnisse über alle 27 Universitäten und Hochschulen des Landes. Hauptarbeit dieses Rates ist es zur Zeit, den Lehrkörper der Universitäten von Leuten zu säubern, die in Opposition zum Militärregime stehen. Anfang Februar wurde in Ankara eine Liste veröffentlicht, die elf Namen von Wissenschaftlern umfaßte, die aus ihren Ämtern entfernt wurden.

Trotz Kemal Atatürk — der Imperialismus siegte

Türkei — gestern und heute:



In der ersten Folge unserer kleinen Reihe über die Türkei haben wir kurz dargestellt, wie sich das Machtgefälle in Europa veränderte. Das eine zeitlang beherrschende Osmanische Reich zerfiel, während der Übergang zur maschinellen Produktionsweise, der entstehende Kapitalismus in Westeuropa diesen Ländern klare ökonomische und militärische Überlegenheit verschaffte.

Mit der Entfesselung neuer Produktivkräfte in Westeuropa, der Anhäufung von Reichtum durch die Ausplünderung der überseeischen, kolonialen Besitzungen und durch die gesellschaftliche Stagnation des Osmanischen Reiches war die Türkei in politische, ökonomische und militärische Abhängigkeit vom westlichen Imperialismus geraten.

Die Bewegung der „Jungtürken"

Mit dem militärischen und wirtschaftlichen Ausverkauf, den der Sultan betrieb, wuchs in der Türkei gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine erste starke Oppositionsbewegung heran. Diese „Jungtürkische" Bewegung, wie sie genannt wurde, bestand hauptsächlich aus prowestlichen Intellektuellen und Vertretern des Offiziercorps. Nicht mehr das alte islamische Weltreich war ihr Ziel, sie vertraten den „osmanischen Staatsgedanken", wollten eine „Erneuerung" der Türkei durch die Reform verschiedener Institutionen erreichen.

Als Anfang des Jahrhunderts der Sultan Abdul Hamid mit fremden Mächten über die Aufteilung der Türkei in verschiedene Interessensphären verhandelt hatte, zwangen die „Jungtürken" den Sultan zum Abdanken.

In der Folgezeit gab es einige Reformen in der Verwaltung und dem Heer, die sklavischen Bindungen an fremde Mächte, die von denen diktierten Außenhandelszölle aber tasteten die Jungtürken nicht an. Weiterhin waren Gewerkschaften und politische Organisationen der Arbeiter verboten, die ersten Streiks wurden mit Waffengewalt niedergeschlagen, und in der Nationalitätenpolitik versuchten die Jungtürken eine zwangsweise Assimilierung zu erreichen, insgesamt blieb die Bewegung eine chauvinistisch-großtürkische, reaktionäre Bewegung. Der erste Weltkrieg, an dem die Türkei an der Seite des deutsch-österreichischen Blocks teilnahm, bedeutete das Ende das Osmanischen Reiches. Auch das „Restreich", mit Besitztümern auf dem Balkan und in Arabien war dahin.

Die türkische Wirtschaft war zerstört, die Finanzen zerrüttet. 500000 Menschen verlor das türkische Volk im ersten Weltkrieg, 800000 waren schwer verletzt, Hungersnöte und Epedemien auf der einen Seite, Spekulationen und Teuerung auf der anderen Seite waren die Folgen.

Die Sowjetunion

Die Vertreter der alten Türkei unterschrieben am 30.10.1918 einen knechtenden Waffenstillstand, der England, Frankreich, Italien und die USA praktisch zu Herren des Landes machen sollte. **Aber die Welt war nicht mehr die alte.**

In Rußland hatte die Revolution gesiegt, und eines der ersten Dekrete des Rates der Volkskommissare der Russischen-Sozialistischen-Föderativen-Sowjet-Republiken (RSFSR) ging: „An alle werktätigen Muselmanen Rußlands und des Ostens". Darin hieß es, daß „die geheimen Abmachungen des gestürzten Zaren über die Eroberung von Konstantinopel, die von dem gestürzten Kerenskij bestätigt worden waren, jetzt zerrissen und null und nichtig geworden sind. Die russische Republik und ihre Regierung, der Rat der Volkskommissare sind gegen die Eroberung fremder Länder." (3.12.1917)



Kemal Atatürk

Während nach dem Krieg französische, britische, italienische und griechische Truppen Teile der Türkei besetzten, hatte die Haltung der Sowjetunion große Unterstützung im Volk, beflügelte den Befreiungskampf und förderte das Entstehen revolutionärer Gruppen. Als im August 1920 die letzte „alte Regierung der Türkei einen Teilungs- und Besetzungsvertrag unterzeichnete, hatte der nationale Befreiungskampf enorm zugenommen. Lenin schrieb dazu: „(...) jener Raub, zu dem die imperialistischen Regierungen die Türkei verurteilt hatten, rief einen Widerstand hervor, der die mächtigsten imperialistischen Staaten zwang, die Hände davon zu lassen." (1)

General Mustafa Kemal, er kam aus der Bewegung der Jungtürken, wurde der Führer der nationalbürgerlichen Opposition. Diese Bewegung, Kemalisten genannt, brachte die allgemein-nationalen Interessen zum Ausdruck, stand an der Spitze des Kampfes des türkischen Volkes gegen den Imperialismus.

Die ausländischen Besatzer wurden vertrieben, von einer „Gegenhauptstadt", Ankara wurde die Komperadorenbourgeoisie, die Marionetten des Imperialismus von der Kemalistischen Revolution besiegt. Mit dem Friedensvertrag von Lausanne vom Juli 1923 erlangte die Türkei ihre Selbständigkeit. Dennoch nahm die neue Regierung von Kemal Pascha weiterhin vertraglichen Verletzungen ihrer Souveränität, etwa in der Frage der Meerengen, hin und bestand nicht auf der vollständigen Liquidierung der Verschuldung ans Ausland. Dennoch war die Selbständigkeit ein großer Erfolg im Kampf gegen den Imperialismus.

Kemal Atatürk

Die nächsten Jahre waren die Zeit der großen Reformen. Mit der neuen Verfassung von 1924 wurden Kirche und Staat getrennt, die weltliche Macht der Kirche gebrochen, eine Schulreform, besonders die Einführung des lateinischen Alphabets waren große Leistungen Kemal Atatürks, wie er jetzt genannt wurde: Vater der Türken. In dieser Zeit hatte die Türkei auch ein, nicht zuletzt durch Verträge abgesichertes, gutes Verhältnis zur Sowjetunion.

Dennoch ging die bürgerliche Revolution in der Türkei den kapitalistischen Weg. Das lag zum einen an ihrer klaren Frontstellung gegen die Arbeiter und Bauern, zum anderen in ihrer später wieder ganz deutlichen Hinwendung zum westlichen Imperialismus.

So war in der Türkei Atatürks die im September 1920 aus mehreren Gruppen gegründete Kommunistische Partei nie legal — im Gegenteil, sie war wilden Verfolgungen ausgesetzt. Ihr Gründer und erster Übersetzer des Kommunistischen Manifestes, wichtiger Schriften Lenins und der schon erwähnten Deklaration an alle Moslems, der Genosse Mustafa Subhi wurde schon im Januar 1921 mit 15 Mitkämpfern in Trabzon verhaftet und ermordet.

Und die meisten sozialen Errungenschaften mußte sich das Volk schwer erkämpfen. Die Abschaffung des Aschar, des räuberischen Zehnten, einer Naturalsteuer, konnte die Landbevölkerung erst nach harten Kämpfen 1925 erreichen. Mächtige Streiks der Arbeiter erreichten 1926 die erstmalige Einführung eines wöchentlichen Ruhetages, die erste Arbeitsgesetzgebung mit dem gesetzlichen 8-Stunden-Tag in der Türkei trat erst 1937 in Kraft. Unter ungeheuren Opfern — ohne legale Gewerkschaften von den Arbeitern durchgesetzt.

Während zu Beginn der Herrschaft der kemalistischen Bourgeoisie der Aufbau einer starken nationalen Industrie — übrigens auch mit intensiver Unterstützung der sozialistischen Sowjetunion — im Vordergrund stand, ließ man sich, gerade als die Weltwirtschaftskrise auch die Türkei erfaßte, wieder verstärkt mit den Imperialisten ein. Die Macht der ausländischen Banken wurde nicht beschnitten, sondern sogar noch gefördert, die Bezahlung der Schulden ans Ausland wurde durch verstärkte Besteuerung der Massen geleistet, in der Nationalitätenpolitik folgte man nicht dem sowjetischen Beispiel, sondern verfolgte wieder großtürkische-nationalistische Ziele.

Als im November 1938 Kemal Atatürk starb, hatten sich die Widersprüche in der Türkei verschärft. Unter seinem ehemaligen Mitkämpfer Ismet Inönü gelangten erzreaktionäre Politiker wieder in einflußreiche Posten. Die Türkei lavierte in der Folgezeit zwischen dem französischen und englischen Imperialismus einerseits und den „Achsenmächten" Deutschland und Italien andererseits. Seit dem Machtantritt Hitlers in Deutschland waren die ökonomischen und militärischen Bindungen zwischen beiden Staaten wieder enger geworden.

Die Anerkennung der italienischen Besetzung Äthiopiens, die Unterstützung der Intervention Hitler-Deutschlands gegen die spanische Republik, die Anerkennung der Annexion der Tschechoslowakei, führten schließlich zum Nichtangriffs- und Freundschaftspakt zwischen Hitler-Deutschland und der Türkei.

So war der neue türkische Staat eine starke Stütze für die Eroberungspläne der Hitler-Truppen vor allem gegen die Sowjetunion geworden.



In Schutt und Asche legten Regierungstruppen die Stadt Berlin im Südosten El Salvadors. Für die miltärische Niederlage gegen die Befreiungskämpfer der FMLN rächten sich die Herrschenden an der Zivilbevölkerung.

Offensive in El Salvador

Erfolge für die FMLN

Die seit Wochen andauernde Offensive der Befreiungsbewegung FMLN in El Salvador bringt die reaktionären Regierungstruppen in große Schwierigkeiten, fast täglich wächst der Anteil der von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebiete.

Der größte Erfolg war die Anfang Februar geglückte Einnahme der Stadt Berlin durch die FMLN. Die im Südosten El Salvadors gelegene Stadt ist mit 30000 Einwohnern nach der Hauptstadt eine der größten des Landes. Nachdem die Befreiungsbewegung sie eingenommen hatte, reagierte die Regierung wie wild. Mit schweren Bombern legten Regierungstruppen die Stadt in Schutt und Asche. Die Guerillos allerdings zogen sich sofort zurück. Sie hatten schon bei der Einnahme der Stadt erklärt, es gehen ihnen nicht darum, die Stadt zu halten, sie wollten lediglich den Regierungstruppen soviele Verluste wie möglich beibringen.

Nachdem die Regierung die Zivilbevölkerung den Bombardements aussetzte, zogen die Kämpfer ab, um keine Zivilisten zu gefährden, und wie „Radio Venceremos" meldete, gingen hunderte, vor allem Jugendliche mit ihnen, um den weiteren Kampf zu unterstützen. Nach den Bombardierungen, die vielen Zivilisten das Leben kostete, mußten die USA drei „Militärberater" zurückziehen, die nachweislich direkt an Aktionen gegen die Befreiungsbewegung beteiligt waren, den Finger am Abzug hatten.

Die vorübergehende Einnahme der Stadt Berlin war aber kein Einzelfall. Da die Regierungstruppen immer wieder versuchen, mit Großeinsätzen die Guerilla zu vernichten und tausende Soldaten in die Berge und entlegenen Provinzen schicken, sind die Garnisonen der Regierungstruppen gerade dann leichte Beute für die FMLN. Anfang Februar wurde sogar die größte Kaserne des Landes, San Carlos in einem Außenbezirk der Hauptstadt, angegriffen.

Vor allem im schon fast ganz befreiten Chalatenango und Morazan, Hochburgen der FMLN, will das reaktionäre Militär immer wieder die Entscheidung suchen. Zuletzt wurden 6000 Elitesoldaten dorthin geschickt. Aber selbst die besten Truppen der Regierung, von US-Ausbildern trainiert und oft geführt, holen sich dort regelmäßig blutige Nasen, kehren meist mit hohen Verlusten zurück.

Nachdem es lange so aussah, als gäbe es in El Salvador ein militärisches Patt, beide Seiten kämen nicht weiter, so ist jetzt Bewegung in die Fronten gekommen. Ganz deutlich hat die FMLN an Schlagkraft gewonnen und ihre Fähigkeit, an vielen Stellen des Landes gleichzeitig zu operieren, hat zugenommen. Darüberhinaus hat die FMLN seit Beginn der Offensive umfangreiche Beute gemacht, die es schon allein ermöglicht, neue militärische Einheiten auszurüsten.

In der vergangenen Woche gab es auch die erste Reaktion aus Washington auf die Erfolge der Befreiungsbewegung in El Salvador. Im Rahmen von Ronald Reagans „Sicherheitshilfsprogramm" wurde die Militärhilfe für El Salvador erhöht.

Um die angeschlagenen Regierungstruppen zu stützen, sind, nachdem schon letztes Jahr 195 Millionen Dollar gezahlt wurden, jetzt schon 280 Millionen Dollar bewilligt worden.

Dennoch geht die Offensive weiter. Wenige Stunden nach der Ankündigung der FMLN, den Kampf auch in die Hauptstadt San Salvador zu tragen, gab es auch dort schwere Kämpfe. Das Transportsystem und die Stromversorgung des Staates ist immer wieder in Händen der Befreiungskämpfer.

Trotz der gewaltigen US-amerikanischen Hilfe ist die Regierung von El Salvador auf dem Rückzug.

Die drei Tornados zum Fall Juliane W.

Lieber Helmut Kohl!

Seit Wochen geistern Gerüchte durch die Presse, daß heiße Enthüllungen über Kanzler Kohls Privatleben erscheinen sollen. Der „Rheinische Merkur" befürchtete schon, solche Details würden alles andere als „Vertrauen" schaffen, und er verdächtigte den „Stern", eine Reportage über Kohls Beziehungen zu seiner ehemaligen Sekretärin und jetzigen Mitarbeiterin im Bundeskanzleramt zu veröffentlichen. Der „Stern" wiederum meinte, der „Rheinische Merkur" höre wohl die Flöhe husten.

Dem Gerüchtewesen ein Ende setzen wollen jetzt die Künstler der Gruppe Die drei Tornados, die sich mit einem offenen Brief an Helmut Kohl wandten, den wir, nach der „taz", jetzt auch veröffentlichen.

Sehr geehrter
Herr Bundeskanzler Dr. Kohl!

In dieser harten Phase des Wahlkampfes ist Ihre Zeit gewiß kostbar. Dennoch möchten wir Sie bitten, Ihre Aufmerksamkeit auf eine höchst unschöne Angelegenheit zu lenken, weil wir meinen, daß hier von Ihnen ein entschiedenes offenes Wort schnell Klarheit bringen wird.

Mehrfach sind — unter anderem aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen — Gerüchte an unsere Ohren gekommen, die Ihren privaten Lebenswandel in ein trübes Licht zu setzen versuchen. Diese Gerüchte behaupten unverfroren, Ihre ehemalige Sekretärin Frau Weber — die sie jetzt zur Rätin befördert haben — habe aus einem außerehelichen Verhältnis mit Ihnen ein Kind erwartet, das abgetrieben worden sei. In der Presse war die Rede davon, die Illustrierte „Stern" plane noch vor dem 6. März eine Veröffentlichung aus Ihrem Privatleben. Der „Stern" selbst hat Vermutungen zurückgewiesen und klargestellt, daß eine solche Veröffentlichung nicht erfolgen werde.

Dagegen hält sich wiederum hartnäckig die windige Behauptung, der „Stern" hätte von der Veröffentlichung nur abgesehen, weil ein in dieser Angelegenheit angeblich tätig gewordener Arzt in der Schweiz eine eidesstattliche Versicherung verweigert habe.

Wir finden es außerordentlich bedauernswert, wie hier interessierte Kreise versuchen, durch gezielte Diffamierungskampagnen die sachliche, faire politische Auseinandersetzung zu trüben.

Selbst wenn wir unsinnigerweise Ihnen ein solches Verhältnis zu Ihrer Sekretärin unterstellen würden, könnten wir dennoch den Grüchten keinen Glauben schenken, weil Ihre geistigen und moralischen Grundwerte, die wesentlich die Qualität Ihrer Politik mitbestimmen, eine Abtreibung völlig absurd erscheinen lassen. Eine soziale Indikation für einen Schwangerschaftsabbruch liegt hier nicht vor. Außerdem hötte ja Ihr(e) Sohn/Tochter die berechtigten Hoffnungen auf eine sichere Zukunft gehabt, wo Sie doch jedem Jugendlichen eine Lehrstelle versprochen haben. Schon aus diesem Grund: einem Abkömmling von Ihnen soll der Lebensweg abgeschnitten worden sein — durch Sie oder mit Ihrer Duldung? Eine abenteuerliche Unterstellung.

Ein Arzt, Ihre ehemalige Sekretärin und Sie sollen das entschieden haben, womöglich unter Ihrem Leitspruch: „Miteinander schaffen wir's!" — das ist es wohl, was dunkle politische Kräfte bewirken wollen. Hier soll die Integrität Ihrer positiven geistigen Appelle auf unseriöse Weise zerstört werden.

Sie können versichert sein, daß wir diesen Mutmaßungen mit aller Entschiedenheit jederzeit öffentlich entgegentreten. Wir wissen: Ein deutliches Wort aus Ihrem Munde wird hier schnell Klarheit schaffen. Helfen Sie mit, die geistige Wende zum fairen politischen Dialog von solchen Windungen freizuhalten. Miteinander schaffen wir's!

Herzlichst
Die 3 Tornados

Neues zum § 218

Von einem unbekannten Verfasser erhielten wir einen Text, der endlich Klarheit in die Haltung der Bischöfe zum § 218 bringt.



Krankenscheine fordern Abschaffung der Bischöfe durch Abtreibung!

Abschaffung der Bischöfe durch Abtreibung auf Krankenschein!

Bischöfe fordern Heiligenschein!

Kranke Bischöfe fordern unbefleckte Empfängnis auf Krankenschein!

Krankenschein abgeschafft!

Bischöfe fordern freie Abtreibung!

Bischöfe fordern Krankenschein wegen Abschlaffung!

Schlaffe Bischöfe haben einen Schein!

Linke ließen Karneval nicht rechts liegen...

...wie unsere Bilder aus Köln und Leverkusen beweisen. Beim großen Kölner Rosenmontagszug marschierte der „Profi(t) Sportverein Rechte Wende" mit tollen Masken mit, die Kommunistische Jugend Deutschlands war schon am Sonntag in Leverkusen mit viel faulem Kohl auf die närrischen Straßen gegangen.









Falschmeldung von Rosenmontag



Keine Satire — Unternehmerhetze!

Den folgenden Text brauchte man gar nicht ernstzunehmen, wäre er nicht ernsthaft als Lehrmaterial an Berufsschulen verwendet worden. Als „infame Fabel" bezeichnete der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg diesen Text, der zur Textinterpretation während der Deutsch-Prüfung bei der Winter-Abschlußprüfung an kaufmännischen Berufsschulen vorgelegt worden ist. Dabei mußte herauskommen, so der DGB, daß Unternehmer „als produktiv und leistungsbewußt charakterisiert, Arbeitnehmer und Arbeitslose dagegen als parasitäre Elemente unserer Wirtschaft diffamiert werden. Im folgenden der Text:

Es war einmal ein Huhn, das auf Nahrungssuche auf dem Hühnerhof eine Handvoll Weizenkörner fand. „Laßt uns dieses Korn säen, liebe Freunde, und wir können in der nächsten Saison Brot bakken", gackerte das Huhn erfreut. „Wer hilft mir, diese Weizenkörner zu säen?" „Ich nicht", sagte die Kuh. „Ich auch nicht", sagte die Ente. „Auch ich nicht!" sagte das Schwein. „Noch ich", sagte die Gans. „Dann werde ich eben allein säen", sagte das Huhn.

Es säte den Weizen, der schöne, goldene Ähren trug. „Wer will mir bei der Ernte helfen?" fragte das Huhn. „Nicht ich", sagte die Kuh. „Ernten ist nicht meine Spezialität", sagte die Ente. „Ich bin kein Bauer", sagte das Schwein verächtlich. „Man würde mir meine Arbeitslosenunterstützung entziehen", sagte die Gans. „Dann werde ich eben allein ernten", sagte das Huhn.

Nach der Ernte begab es sich ans Brotbacken. „Wer möchte mir helfen?" fragte es. „Warum soll ich Überstunden machen?" sagte die Kuh. „Ich zahle schon genug Steuern!" sagte die Ente. „Meine kulturellen Beschäftigungen lassen mir keine Zeit, Bäcker zu spielen", sagte das Schwein. „Zählt nicht mit mir", sagte die Gans, „wir Arbeiter müssen solidarisch sein!" „Dann werde ich eben das Brot alleine backen", sagte das Huhn.

Aus dem Ofen kamen fünf schöne goldene Brote, die das Huhn stolz seinen Nachbarn zeigte. Alle wollten eines davon haben. „Jeder seinen Teil", sagten sie, „das ist gerecht."

Das Huhn fand sie gefräßig und antwortete: „Langsam, ich werde mein Brot schön alleine essen!" „Kapitalist!" muhte die Kuh. „Feind des Volkes!" pfiff die Ente. „Alle Bürger sind gleich!" grunzte das Schwein. Die Gans fing auch an zu schreien. Jeder malte schöne Schlagworte auf die Plakate und protestierte vor dem Parlament.

Ein Regierungsvertreter kam zum Bauernhof und fuhr das Huhn an. „Ich höre, daß Sie alles für sich alleine behalten? Ein guter Bürger teilt mit allen!" „Aber ich habe mein Brot ganz alleine verdient!" protestiert das Huhn. „Eben", antwortete der Mann von der Regierung, „das nennt man Demokratie und wirtschaftliche Freiheit: Jeder darf soviel verdienen, wie er will; aber das Gesetz verlangt, daß die Arbeiter mit den Arbeitslosen teilen."

Hier hört die Geschichte auf; jedoch nicht ganz: Die Kuh, das Schwein, die Ente und die Gans haben sich nachher oft gefrat, warum, zum Teufel, das Huhn nie mehr Brot backen wollte ...

Am Abend des 6. März ...



Rudolph

SONNTAG 6 MÄRZ

7	14
8	15
9	16

... oder wann soll diese Szene spielen, die die Macher des „Karicartoon"-Kalenders auf das Blatt zum Wahltag gelegt haben? Obwohl sie kaum bei der Drucklegung das große Ereignis voraussehen konnten, haben sie zu interessanten Überlegungen verholfen. Die genaue Interpretation dieses Bildes allerdings, wollen wir den Lesern überlassen.

Hitler und seine großkapitalistischen Hintermänner (Teil IV)

Der Kampf der Monopolgruppen um Vorherrschaft

In der letzten Folge unserer Serie über die Hintergründe der faschistischen Machtergreifung haben wir dargestellt, wie sich der bedeutendste Teil der deutschen Schwerindustrie bereits Ende der 20er Jahre auf Hitler als Interessenvertreter einigte und wie diese Gruppierungen des Monopolkapitals schon 1930 im Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) den Führungsanspruch stellte.

Wie aber verhielt es sich mit denjenigen Monopolgruppen, (Chemie, Elektroindustrie usw.), die zu dieser Zeit nicht auf Hitler setzten, sondern in dem Reichskanzler Brüning den Repräsentanten ihrer Interessen sahen? Waren sie antifaschistisch eingestellt? Und wo lagen überhaupt die wesentlichen Differenzen zwischen den schwerindustriellen Förderern Hitlers um Thyssen und Kirdorf einerseits und den anderen Monopolgruppen, die 1930 deutlich in der Mehrheit waren, andererseits?

Sprechen wir zunächst von den Gemeinsamkeiten: Das Monopolkapital insgesamt arbeitete während der 1929 einsetzenden tiefen zyklischen Krise aktiv darauf hin, die Ergebnisse des ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution zu revidieren. Dazu gehörten die Vorbereitungen für einen Revanchekrieg, über dessen grundsätzliche Richtung — nämlich nach Osten — man sich auch einig war. Dazu gehörte weiter die Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung (vor allem der KPD), die Liquidierung aller im Zuge der Novemberrevolution erkämpften Reformen (Betriebsrätesystem, Achtstundentag usw.) und auch die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und die Zerstörung der Weimarer Republik.

Von einem „antifaschistischen Flügel" innerhalb des Monopolkaptials kann also nicht die Rede sein — er ist ja auch niemals sichtbar geworden. Die Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppierungen ergaben sich denn auch nur aus dem Konkurrenzkampf um den beherrschenden Einfluß auf den Staatsapparat und aus taktischen Varianten bei der Durchsetzung der grundlegenden gemeinsamen Interessen.

„Abschaffung der Gewerkschaften"

Daß die Thyssen/Kirdorf-Gruppe dabei von Anfang an ein dezidiert faschistisches Programm verfolgte, kann im Ernst niemand bezweifeln. Unter den zahlreichen Belegen dafür soll hier nur die eidesstattliche Erklärung von Wilhelm Keppler vor dem Nürnberger Gericht vom 24.9.46 angeführt werden. Hitlers Wirtschaftsberater Keppler hatte 1932 einen „Freundeskreis" organisiert, der in der Folgezeit wöchentlich zusammentrat und als eine Schaltstelle für den Kampf der Thyssen/Kirdorf-Gruppe um Vorherrschaft fungierte. In seiner Erklärung berichtet Keppler über einen Auftritt Hitlers vor diesem Kreis:

„Soweit ich mich erinnere, waren alle Herren, die zu dieser Zeit Mitglieder des Freundeskreises waren, anwesend. Der Führer hielt eine kurze Rede und enthüllte darin unter anderem als Punkte seines Programms die Abschaffung der Gewerkschaften und die Abschaffung der Parteien mit Ausnahme der NSDAP. Keiner erhob irgendeinen Einwand. Diese Punkte des Programms des Führers fanden die vollste Übereinstimmung der Mitglieder des Freundeskreises, aber sie drückten ihre Besorgnis aus, daß es ihm nicht gelingen werde, diese hervorragenden Ideen in die Tat umzusetzen." Die Besorgnis der Herren war leider, wie man weiß, völlig überflüssig.

Dem Freundeskreis Keppler gehörten unter anderem an: Kurt von Schröder (Bankhaus Stein), Emil Meyer (Dresdner Bank), Fritz Reinhart (Commerzbank), Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Otto Steinbrinck (Flick), Ewald Hecker (Ilseder Hütte), August Rosterg (Wintershall), Emil Helfferich (Hapag) und Exreichsbankpräsident Schacht.

Im Gegensatz zu diesem Programm, das auf sofortige Vernichtung auch der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zielte, verfolgte die Gruppe um die Chemie- und Elektromonopole zunächst eine differenzierte Taktik. Sie hatte zwar, als sie ihren Mann, den Zentrumspolitiker Brüning, 1930 zum Reichskanzler machte, die SPD aus der Regierung gedrängt. Aber dennoch blieb diese Gruppe zunächst an einer Einbindung der Sozialdemokratie (und damit der Gewerkschaften) in die von ihr bestimmte Politik interessiert. Die SPD kam diesen Bestrebungen durchaus entgegen und tolerierte im Reichstag das Kabinett Brüning, einschließlich der reaktionären Notverordnungen.


Fritz Thyssen begrüßt Hitler (links) vor dem Industrie-Club in Düsseldorf.

„Rückversicherungsprämie gegen Straßenkampf"

Noch 1930 entwickelte Carl Duisberg, Boß des Chemie-Monopols IG Farben, Vorstellungen über die Wiederbelebung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft zwischen den Unternehmer-Verbänden und den Gewerkschaften und im gleichen Jahr verhandelten Robert Bosch und Hermann Bücher (AEG-Vorstand) mit den Gewerkschaftsführern Theodor Leipart und Fritz Tarnow über die Bildung eines gemeinsamen Forschungsinstituts, um die Wirtschaft „neu und hoffnungsvoll" zu gestalten — natürlich hoffnungsvoll für die Monopole.

Den Sinn einer solchen Taktik hat damals ein Journalist nach einem Gespräch mit einem Vertreter der Brüning-Regierung treffend so zusammengefaßt: „Diese sozialdemokratische Anlehnungsmauer müsse dauernd gestützt werden durch Zugeständnisse an die sozialdemokratischen Forderungen, die aber in Kauf genommen werden müßten als Rückversicherungsprämie gegen den Straßenkampf."

Solche Zugeständnisse aber wollte die Thyssen/Kirdorf-Gruppe von vornherein nicht gewähren, und wie die weitere Entwicklung gezeigt hat, dauerte es nicht lange, bis auch die Duisberg, Siemens, Bosch und Co. bereit waren, die „sozialdemokratische Anlehnungsmauer" umzustoßen.

Ein weiterer taktischer Widerspruch zwischen den beiden hier beschriebenen Gruppen des Finanzkapitals tat sich in der Außenpolitik auf. Die hinter Brüning stehende Gruppe setzte sich für einen Ausgleich mit Frankreich und Britannien ein. Wesentliche Streitpunkte — die Frage der deutschen Kriegs-Reparationen und die Rüstungsfragen — sollten auf dem Wege einer „Verständigung" geregelt werden. So stand die Brüning-Regierung beispielsweise in zähen Verhandlungen um die Genehmigung für eine Aufstockung der Reichswehr, deren Stärke die Siegermächte des ersten Weltkriegs auf 100000 Mann festgelegt hatten. Die Verhandlungsbereitschaft der Chemie/Elektro-Gruppe entsprach durchaus nicht ihrer besonderen Friedfertigkeit. Ausschlaggebend waren vielmehr beispielsweise die Exportinteressen dieser Gruppe, die zu Rücksichtnahmen auf ausländische Interessen zwangen, aber auch strategische Überlegungen, die darauf hinausliefen, sich durch eine Verständigung mit Frankreich den Rücken für eine Aggression gegen Osten freizuhalten.

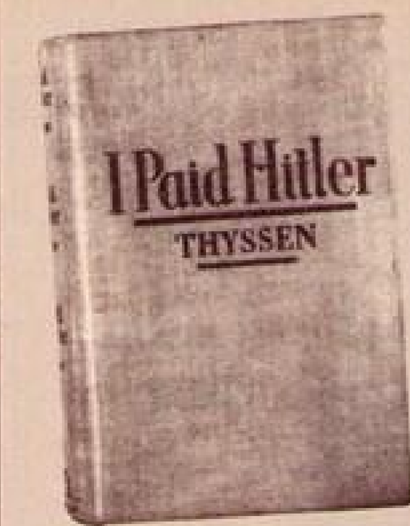
Kurs auf Aufrüstung

Ganz anders waren hier die Interessen der Schwerindustrie gelagert. Zum einen war sie von der Krise besonders scharf betroffen und hochverschuldet; das Wasser stand ihr im wahrsten Sinne des Wortes bis an den Hals. Flick beispielsweise mußte sein Aktienpaket an der „Gelsenberg" abstoßen, die über eine Sperrminorität im Stahltrust verfügte. Gekauft wurde das Paket von der Brüning-Regierung (wie es sich bei Flick von selbst versteht, zu einem völlig überhöhten Preis). Das Ergebnis dieses Handels war aber ein gesteigerter Einfluß der Regierung — und der hinter ihr stehenden Chemie-Elektro-Gruppe auf den Stahltrust, was wiederum die Konkurrenzkämpfe innerhalb des Monopolkapitals anheizte und dazu führte, daß Thyssen, Flick und die anderen Stahlbarone noch energischer ihr eigenes Programm vorantrieben.

Und das sah, wie könnte es anders sein, im wesentlichen eine Sanierung durch verstärkte Rüstungsproduktion vor. Um sich aber die dafür notwendigen gigantischen Staatsaufträge zu sichern, mußte diese Gruppe auch einen völlig anderen Kurs in der Außenpolitik betreiben: Sofortige und forcierte Aufrüstung ohne jegliche Rücksichtnahme auf die Siegermächte. Und dafür war eben auch die Schaffung der von Hitler geforderten „Volksarmee" notwendig, womit nichts anderes als die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gemeint war. So nahm die schwerindustrielle Monopolgruppe also bewußt die Konfrontation mit den westlichen Siegermächten (insbesondere mit Frankreich) in Kauf, um ihr weitgestecktes Rüstungsprogramm und die geplante Militarisierung der ganzen Wirtschaft durchzusetzen.

Und dieser Konfrontationskurs entsprach durchaus auch ihren langfristigen strategischen Zielen. Ebenso wie die Monopolbourgeoisie insgesamt wollte auch die Thyssen/Kirdorf-Gruppe Revanche für die Niederlage im ersten Weltkrieg. Aber ihre Orientierung dabei lag auf der Linie der von Hitler schon in „Mein Kampf" entwickelten Pläne: „Die Auseinandersetzung mit Frankreich wird nur einen Sinn erhalten, wenn sie die Rückendeckung bildet zu einer Vergrößerung des Lebensraums unseres Volkes in Europa." Will heißen: Zunächst sollte Frankreich in einem Überraschungsschlag niedergeworfen werden, und erst dann sollte — gestützt auf das französische Erz und die französische Kriegsindustrie — der Krieg gegen die Sowjetunion begonnen werden.

Schon anhand dieser groben Skizze ihrer Interessen wird deutlich, daß die Kohle- und Stahlbarone um Thyssen und Kirdorf einschließlich der mit ihnen verbundenen Großbanken tatsächlich die aggressivste Kraft des Finanzkapitals darstellten. Und ebenso deutlich wird die Tatsache, daß es diese Elemente waren, die planmäßig und zielbewußt die faschistische Diktatur vorbereiteten.



Ich bezahlte Hitler...
Das können viele Kapitalisten von sich behaupten. Fritz Thyssen schrieb sogar ein Buch darüber. Über seinen persönlichen Einsatz darin unter anderem: „... ich brachte tatsächlich die Verbindung zwischen Hitler und der Gesamtheit der rheinisch-westfälischen Industriellen zustande. Es ist allgemein bekannt, daß Adolf Hitler am 27. Januar 1932 (...) eine Rede vor dem Düsseldorfer Industriellenclub hielt. (...) Die Rede (...) hatte zur Folge, daß eine Anzahl großer Beträge aus den Mitteln der Schwerindustrie der nationalsozialistischen Parteikasse zufloß."

Harzburger Front

Im zweiten Jahr der Amtszeit von Reichskanzler Brüning verstärkt die Nazi-Gruppe ihre Aktivitäten. Im Juni 1931 wendet sich Emil Kirdorf an Carl Duisberg, Chef des Chemiemonopols IG Farben und zu jener Zeit Vorsitzender des Reichsverbands der Deutschen Industrie (RDI). Kirdorf wendet sich scharf gegen jede Unterstützung des RDI für das Brüning-Kabinett und fordert die Bildung einer „nationalen Regierung". Wenige Monate später, im Oktober, rottet sich die sogenannte nationale Opposition dann auch für die Öffentlichkeit sichtbar zu einem Treffen in Harzburg zusammen. Von Hugenberg, dem starken Mann der Deutsch-Nationalen Volkspartei, über Hitler, den Exreichsbankpräsidenten Schacht und die nun schon bekannten Figuren aus der Nazi-Gruppe des Monopolkapitals bis hin zu den Hohenzollern-Prinzen Eitel Friedrich und August Wilhelm ist hier alles versammelt, was Rang und Namen im Lager der äußersten Reaktion hat. Und Hitler wird in aller Öffentlichkeit als der natürliche Führer dieser „nationalen Opposition" gefeiert.

In Harzburg wird unverhüllt der Sturz der Brüning-Regierung, der Sturz der sozialdemokratisch geführten Regierung in Preußen und die Zerschlagung der Weimarer Republik gefordert. Das Treffen nimmt den Charakter einer offenen Verschwörung gegen die Republik an. Schacht erklärt in einer Rede, „auch die produktiv gerichtete Wirtschaft (würde jetzt) verzweifelt nach Rettung von diesem System verlangen."

Brünings Sturz

Aber innerhalb der Bourgeoisie entwickelt sich keinerlei Widerstand gegen diese offene Kampfansage an das „System". Im Gegenteil. Auch diejenigen Gruppen des Monopolkapitals, die Brüning an die Macht gebracht hatten, rücken nun immer offensichtlicher von „ihrem" Kanzler ab und suchen die Verständigung mit Hitler. Über diese Bewegungen innerhalb der Großbourgeoisie ist ein interessantes Dokument erhalten geblieben, das auch die Methoden erhellt, mit denen jetzt der Sturz Brünings auch von seinen ehemaligen Förderern betrieben wird. Der Flick-Manager Otto Steinbrinck (selbst Mitglied des faschistischen Keppler-Kreises) berichtet seinem Boß Friedrich Flick am 5. Oktober 1931 in einer vertraulichen Aktennotiz über Vorgänge innerhalb der Deutschen Volkspartei, die zu den Koalitionspartnern der Brüning-Regierung gehörte:

„Die der Volkspartei nahestehenden Kreise der rheinisch-westfälsichen Schwerindustrie haben am Sonnabend abend Herrn Dingeldey (Vorsitzender der DVP — RM) ein Ultimatum überreichen lassen, das in kurzen Worten folgende Forderungen für die am 13. Oktober beginnenden Reichstagswahlen enthält:

a) Aufgabe der bisherigen Stellung zur Regierung und Übertritt in die Opposition,

b) Schluß mit den einseitigen Notverordnungen,

c) Beteiligung an dem Mißtrauensvotum gegen die Regierung."

Noch bedeutsamer als dieses Ultimatum war freilich der Umstand, daß wenige Monate später auch die IG Farben ihren Direktor Warmbold, der unter Brüning als Wirtschaftsminister fungierte, aus der Reichsregierung abzog. Zur gleichen Zeit wurde auch Reichswehr-Minister Gröner zum Rücktritt gedrängt. Brüning hatte jeden Rückhalt im Großkapital verloren. Es konnte niemanden mehr verwundern, daß General Hindenburg, der Reichspräsident, den Kanzler Ende Mai 1932 auf die Straße setzte.

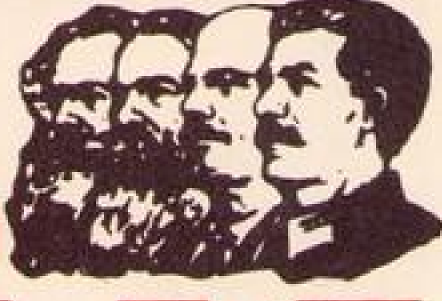
Brünings Partei, das katholische Zentrum, ging in die Opposition. Sein Nachfolger als Reichskanzler wurde Franz von Papen, der unmittelbar vor dem Amtsantritt seine Zielsetzung so beschrieb: „Das Zentrum hat sehr oft mit Stolz darauf hingewiesen, daß seine historische Mission nach der Revolution darin gelegen habe, die Sozialdemokratie in den Staat hereinzubringen, zu bourgeoisieren. Sollte nicht die gleiche historische Verpflichtung gegenüber der Bewegung vorliegen, die heute von rechts her das deutsche Land überflutet?"




Krupp, Thyssen, Siemens — Konkurrenzkampf zwischen den Gruppen des Monopolkapitals.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 7, 18 Şubat 1983 | Yıl: 17 | 1 DM

Hitler ve onu destekleyen büyük kapitalist güçler

5. Bölüm
Tekel gruplarının hakimiyet mücadelesi
Sayfa 2'de



Yabancı düşmanlığı

Kohl Hükümeti'nin sahte açıklamalarına, raporlarına karşın Alman faşistlerinin yabancı, özellikle biz Türkiyeli işçi ve ailelerimize karşı saldırıları giderek artıyor.

Şimdiye değin biz yabancılara karşı girişilen bu saldırılar halkasına bir yenisi ise Kaiserlautern'de eklendi. UZ adlı gazeteden edindiğimiz bilgiye göre 12'yi 13 Şubat'a bağlayan gece 20'ye yakın genç Alman faşisti, Türkiyelilerle evli olan Alman kadınlarının da oturduğu bir apartmana giriyorlar. "Aşağılık insanlar defolun" vb. sloganlar atan, jop, şişe, taş ve tabancayla donanmış faşist çete binada kalan Türkiyeli işçi ve ailelerine gözü dönmüşçesine saldırıyor. Türkiyelilerle evli olan Alman kadınlarına adice küfürler yapan Naziler, onlara tekme tokat girişiyorlar. Bu saldırı sonucunda bir Alman kadını çeşitli yaralar alıyor.

Bir Türkiyeli işçinin kolunu kırıyorlar faşistler, bir diğerini ise kafasından ağır bir şekilde yaralıyorlar.

Faşistlerin yabancılara, özellikle biz Türkiyeli işçilere karşı saldırılarını önümüzdeki dönemde daha da yoğunlaştıracakları açık olan bir gerçektir. Nitekim Kohl Hükümeti'nin aldığı kararlar da onları buna teşvik etmektedir. Bunun için artan yabancı düşmanlığına karşı yerli ve yabancı anti-faşistlerin, demokratların ortak bir cephede yer alarak mücadele sürdürmelerinin yakıcı önemi daha da artıyor.

Çıraklık yerleri

Federal Başbakan Helmut Kohl, kendisi tekrar seçilecek olursa, çıraklık yerleri yaratacağı vaadinde bulundu. Üstelikte az değil. Onun destekçileri işverenler hemen bir defade kendisine 30 bin çıraklık yeri teklif edecekleri sözünü verdiler. Eh, CDU matematikçilerine göre yalnızca 36 bin gencin (?!) çıraklık yeri olmadığına göre böylece bu sorunda çözümlenmiş olmaktadır! Nitekim CDU'nun seçim sloganı "birlikte başarırız" şeklinde.

Ve Stingl'in (CSU) Federal Çalışma Dairesi ile birlikte bunu başarabilir o, zenginlerin başbakanı. Çünkü Stingl gelecekte çıraklık yeri olmayan gençlerin rakamlarını açıklamak istemiyor. Çünkü bu rakamlar yalnızca "korku ve telaşa" yol açıyormuş...

Eh, gerçekleri örtbas ederek 150 bini aşkın gence birden bire çıraklık yeri yarattıkları gibi (?!) bunu da başarmaya çalışırlar. Ancak bunun için paniğe kapılmaya gerek yoktur!

Gizli bir eylem sonucunda

Türkiyeli işçi dernekleri kapatıldı!

Kapatma kararı derhal geri alınmalıdır!

Geçen hafta çarşamba günü Federal İçişleri Bakanlığı'nın emriyle "Dev Sol" ve onunla basit bir şekilde bağı kurulan "Halk Der" işçi dernekleri yasaklandı. Sabahın erken saatlerinde çeşitli eyaletlerdeki dernek lokallerini ve üyelerin evlerini basan polis derneğin mal varlığına, çeşitli belgelere el koydu. Bu yasaklama üzerine aşağıda partimiz, Almanya Komünist Partisi, KPD Sekreteryası'nın açıklamasını aynen yayınlıyoruz. Yasaklama olayı üzerine diğer bir yazı ise sayfa 3'te yer alıyor.

9 Şubat'ta Federal İçişleri Bakanı Zimmermann, tüm Federal Almanya'da Türkiyeli örgüt "Devrimci Sol"u ve bir çok Türkiyeli işçi derneklerini yasakladı. Polis sabah saat beş ile altı arasında Baden-Württemberg'te, Bayvera'da, Hamburg'ta, Aşağı Saksonya ve Kuzey Ren Westfalye'de dernek lokallerini ve dernek üyelerinin evlerini geçici olarak işgal etti. Dernek servetine, çeşitli belgelere, kitaplara vs. el konuldu. Bu yasakla yalnızca bir Türkiyeli sol örgüt gizlice bir eylemle dıştalanmadı. Zimmermann bu yasakla aynı zamanda işçi derneklerinden birine üye olan — ya da üyesi olarak görülen — herkesin hiç bir mahkeme duruşması yapılmadan Federal Almanya'dan sınır dışı edilebilmesi, Türkiye'ye gönderilebilmesi için de gerekeni yaptı.

Şüphesiz ki, bu yasak kararının Türk Dışişleri Bakanı İlter Türkmen'in Bonn'a yaptığı ziyaretten bir kaç gün sonra alınması tesedüfi bir şey değildir. Nitekim bu ziyarette Türk faşistleri ile İçişleri Bakanı Zimmermann arasında baş başa bir görüşme de yapıldı!



CDU/CSU 1977 yılında da Alman Komünist örgütlerinin yasaklanmasını talep etmişti. Bugün ise bu yönde bir başlangıç yaptı.

Sağ gözü kör!

Yasak kararında diğer şeylerin yanı sıra, örgütün siyasi faaliyeti ile Federal Almanya'nın İç güvenliğini ve kamu düzenini bozduğu belirtiliyor. Bununla kastedilen öncelikle işçi dernekleri üyelerinin geçen yıl katıldıkları ilgi çekici şu iki eylemdir: Türkiye'deki işkenceci rejimi protesto etmek için onlar nisan ayında Bonn'daki Türk Büyükelçiliği'nin önünde kendilerini

(Devamı sayfa 3'te)

Klöckner-Hütte İGM sendika temsilcileri:

Tüm çelik işletmelerinde mücadele önlemleri alınmalıdır!

BREMEN. — Çelik işyerlerini kökünden yok etmeyi amaçlayan yeni çelik planına karşı işçiler arasında sendikal mücadele önlemlerinin alınması yönünde talepler giderek yükseliyor. Geçen hafta Bremen'deki Klöckner-Hütte sendika temsilcileri tüm çelik sanayisi işletmelerinde mücadele önlemlerinin alınmasını talep ettiler.

Geçen hafta Bremen Klöckner-Hütte sendika temsilciler genel kurulu, çelik uzmanlarının "çelik krizini çözme" taslağını ele aldılar. Oy birliği aldıkları bir kararda işçi arkadaşlar, İG Metall Yönetim Kurulu'nu "uzmanların taslağını reddetmeye ve çelik sanayisi işletmelerinde mücadele önlemleri almaya" çağırdılar.

Aynı şekilde Klöckner işçileri, son haftalarda Hoesch, Mannesmann, Krupp, Thyssen ve Salzgitter İGM sendika temsilciler kurulunun da ileri sürdüğü çelik sanayisinin devletleştirilmesi talebini desteklediklerini bildirdiler.

Klöckner işçilerinin aldığı kararda diğer şeylerin yanı sıra şöyle yazıyor: "Şu andan itibaren işyeri garantisi verilmeksizin (çelik işletmelerine, KŞ) hiç bir devlet yardımı yapılmamalıdır. Devlet yardımlarının kullanlşının denetimi personel tarafından sağlanmalıdır. Çelik sanasinde işyerleri yok edildiğinde, işletmeler ek işyerlerinin yaratılmasına tabi kılınmalıdırlar."

Sendika temsilcileri devamla, yönetimde söz hakkına sahip olunan tüm kurumlarda, İG Metall temsilcilerinin "çelik uzmanlarının taslağını reddetmekle yükümlü tutulmalarını" talep etmekteler.

Klöckner işçileri ayrıca İGM Bremen Yerel Örgütü Yönetimine ve DGB Bremen örgütüne "tüm çelik işletmelerinde uyarı grevine çağrı yapma" talebi ile baş vurdular.

Çelik işletmelerindeki sendika çevrelerinin açıklamalarına göre, İG Metall bu hafta cuma günü Federal Almanya çapında bir uyarı grevi yapmak istiyor. Ancak gazetemiz baskıya verildiği ana kadar bu haberler resmi olarak doğrulanmadı. Kuşkusuz ki, Klöckner-Hütte sendika temsilcilerinin de talep ettiği yönde Federal Almanya çapında bir uyarı grevinin düzenlenmesi selamlanacak bir adımdır.

Türkiye'de

5 anti-faşist daha idam edildi

Faşist cuntanın Anayasa oylamasının ardından Avrupa'da sık sık sözü edilen "Türkiye'de demokrasiye geçildiğinin" ne olduğu her gün yurtdışına ulaşan haberlerle ortaya çıkıyor. Bir yandan ardı arkası kesilmeyen ve bir çok sanık hakkında idam kararlarının talep edildiği anti-faşistlerin, devrimcilerin, toplu davaları sürerken, diğer yandan ise faşist cuntanın "bağımsız" mahkemeleri ard arda idam kararları almaktalar. Bir bütün olarak Türkiye işçi sınıfı ve emekçi halkı üzerindeki baskıların artırıldığı, emekçi halk daha da büyük bir sefaletin içine itildiği bir dönemde, faşist generaller çetesi demokratları, devrimcileri idam sehpalarına göndererek halkta ve devrimcilerde korku yaratmaya çalışıyorlar, onların baskıya, sömürüye ve zulme karşı başkaldırmalarını önlemek istiyorlar.

Faşist cunta aralarında bir MHP'li faşist öldürmekle suçlanan TKP/ML Hareketi'nin üyesi Ali Aktaş'nda bulunduğu 5 demokrat ve devrimcinin idam kararını daha onayladı. Böylece son idamlarla birlikte faşist cuntanın idam sehpalarında katlettiği demokrat ve devrimcilerin sayısı 16'ya yükseldi. Ancak faşist cunta nın bugün koyu terör estirmesi bile er geç onun sonunda Samoza'nın ve Şah'ın akibeti gibi olmasını önleyemez.

26 ve 27 Şubat'ta „Bir daha ne faşizm, ne de savaş" şiarıyla düzenlenen

Krefeld Kongresine katılalım!

26 Şubat'ta Krefeld'de, tüm yerli ve yabancı anti-faşistlerin ve savaş karşıtlarının dikkatini kazanan bir kongre yapılacak. İki gün boyunca sürecek bu kongrede, çeşitli çalışma gruplarında anti-faşist mücadelenin ve barış mücadelesinin en önemli bölümleri üzerinde durulacak ve gelecekteki çalışmanın temel esasları hazırlanacak.

26 Şubat akşamı büyük bir kültür gecesi yapılacak. Bu gecede Latin Amerikalı Karumanta, İsviçreli Comedia Mundi, Kölnlü Zeitzünder grupları ve Melike Demirağ zengin bir program sunacaklar. Kongreyi hazırlayanlar arasında tanınmış, anti-faşistler, Heinrich Schirmbeck gibi ilerici yazarlar da yer alıyor. Tüm okuyucuları bu kongreye katılmaya çağırıyoruz.



Madde 218'e karşı yürüyüş

Kadının kendi kaderini tayin etme hakkı için!
Madde 218 kaldırılmalıdır!
8 yıl sonra madde 218 tekrar Federal Anayasa Mahkemesi'nin gündeminde. Bu kez de çocuk aldırmanın mansrafının hastalık sigortaları tarafından karşılanmasının yasalara aykırı olup olmadığı kararlaştırılmak isteniyor.
Bunun için talebimiz:
Çocuk aldırma gelecekte de hastalık sigorta belgesi üzerinden finanse edilmelidir!
Madde 218 kaldırılmalı!
Tarih: 26.2., saat 11'de
Yer: Adenauerring (üniversitenin önünde) Karlsruhe

Hitler ve onu destekleyen büyük kapitalist güçler

Tekel gruplarının hakimiyet mücadelesi

5. BÖLÜM

Faşistlerin iktidarı ele geçirmelerinin ardında yatan nedenler üzerine yazı diziminin bir önceki bölümünde; Alman ağır sanayisinin en önemli kesiminin daha 20'li yılların sonunda çıkarlarının temsilcisi olarak nasıl Hitler konusunda anlaştığını ve tekelci sermayenin bu grubunun daha 1930 yılında Alman Sanayisi İmparatorluk Birliği'nde (RDI) nasıl yönetmek istediğini dile getirdiğini ortaya koymuştuk.

Peki bu dönemde henüz kendi çıkarlarının bir temsilcisi olarak Hitler'i değil de, Reich Başbakanı Brünning'i gören tekel grupları (kimya, elektro sanayisi vs.) nasıl davrandılar? Onlar bu dönemde anti-faşist bir tavır mı aldılar? Ve bir yanda Hitler'i desdekleyen, Thyssen ve Kirchdorf'un yer aldığı ağır sanayiciler ile, diğer tarafta 1930 yılında henüz açıkca çoğunlukta olan öbür tekel grupları arasındaki başlıca çelişkileri hangi noktalar oluşturuyordu?

Soruna ilkin ortak yanları ile başlayalım: Tekelci sermaye bir bütün olarak 1929 yılında baş gösteren derin devirli kriz döneminde aktif bir şekilde birinci dünya savaşının ve Kasım Devrimi'nin sonuçlarını değiştirmeye çalışıyordu. Bunlar arasında temel hedefinde hem fikir oldukları, yani Doğu'ya doğru bir intikam alma savaş hazırlıkları da yer alıyordu. Tekelci sermayenin hedeflerinden birini de devrimci işçi hareketinin, özellikle de KPD'nin baskı altında tutulması, Kasım Devrimi döneminde kazanılan tüm reformların (İşçi Temsilciliği Sistemi, 8 saatlik iş günü vs.) ve parlamenter demokrasinin tasfiyesi, Weimar Cumhuriyeti'nin yıkılması oluşturuyordu.

Görüldüğü gibi tekelci sermaye içinde bir "anti-faşist kanat"tan söz edilemez; bu hiç bir zaman peyda olmadı da. Böylece tekel grupları arasındaki farklılıklar yalnızca ve yalnızca devlet cihazı üzerinde etkinlik kurma uğruna rekabet mücadelesi ve temel ortak çıkarların gerçekleştirilmesindeki taktiki varyantlar sonucunda ortaya çıkmaktadır.

"Sendikaların yok edilmesi"

Thyssen/Kirchdorf Grubu'nun başından itibaren kararlı bir biçimde faşist bir program izlediklerinden gerçekte hiç bir kimse tereddütlü olamaz. Bu konu üzerine olan sayısızca belgeden birini, Wilmhelm Keppler'in 24.9.1946 yılında Nürnberg Mahkemesi'nde yaptığı yeminli açıklamasını örnek olarak vermek istiyoruz. Hitler'in Ekonomi Danışması Keppler 1932 yılında bir "Dostluk Grubu" örgütlemişti. Bu grup daha sonraki dönemde haftada bir kere buluşuyordu ve Thyssen/Kirchdorf Grubu'nun hakimiyet kurma mücadelesi için bir ilişki adresi olarak görev görüyordu. Keppler açıklamasında, Hitler'in bu grupta yaptığı bir konuşma üzerine şöyle diyor:

"Hatırladığım kadarıyla bu dönemde Dostluk Grubu'nun üyesi olan tüm beyler gelmiştiler. Başbuğu kısa bir konuşma yaptı ve bu konuşmasında diğer şeylerin yanı sıra programının noktaları olan sendikaların ve NSDAP hariç tüm partilerin tasfiye edilmesini açığa vurdu. Hiç bir kimse buna itiraz etmedi. Başbuğun programının bu noktalarıyla Dostluk Grubu'nun üyeleri tam bir görüş birliği içindeydiler; ama onlar onun bu parlak fikirleri yaşama geçirmeyi başaramayacağı üzerine endişelerini dile getirdiler." Bilindiği gibi beylerin edişesi maalesef anlamsızdı.

Keppler Dostluk Grubu'nda yer alan sermaye sahiplerinin isimleri şöyle: Kurt von Schröder (Bankhaus Stein), Emil Meyer, (Dresdner Bank), Fritz Reinhart (Commerzbank), Albert Vögler (Vereingte Stahlwerke), Otto Steinbrinck (Flick) Ewald Hecker (Ilseder Hütte), August Rosterg (Wintershall), Emil Helfferich (Hapag) ve Reichsbank eski başkanı Schacht.

Sendikaların ve sosyal demokrasinin hemen yok edilmesini hedefleyen bu programa karşın, kimya ve elektro tekeli grupları ilkin farklı bir taktik uyguluyorlardı. Gerçi o, Merkez Katholik Partisi politikacısı Brünning'i 1930 yılında Reich Başbakanı yaptığında SPD'yi hükümetten düşürmüştü. Fakat buna rağmen bu grup henüz SPD ile (bununla birlikte sendikalarla) ve onun tarafından belirlenen politikayla bağlarını tamamen koparmaktan yana değildi. Kuşkusuz ki, SPD de bu emelleri göz önünde bulundurarak Reichstag'da (İmparatorluk Parlamentosu) Brünning Kabinesi'ni ve bununla birlikte gerici geçici karanameleri destekledi.

"Sokak çatışmasına karşı yeniden sigortalama primi"

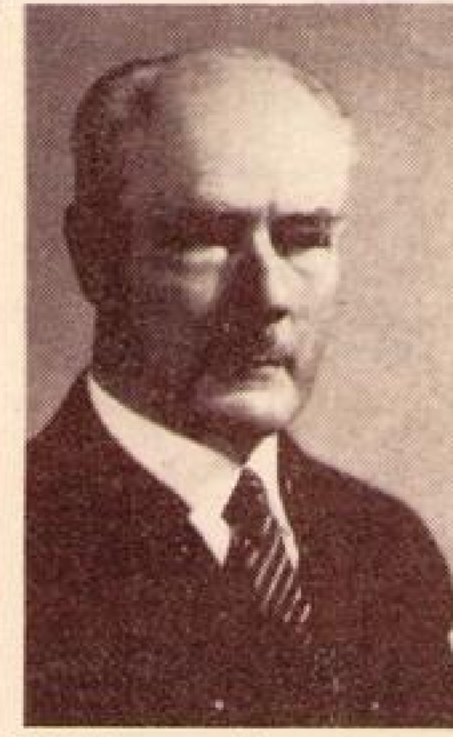
Daha 1930 yılında IG Farben kimya tekelinin patronu Carl Duisberg, İşveren Birlikleri ile sendikalar arasında merkezi işbirliğini yeniden canlandırmak için görüşler geliştirdi ve aynı yıl içerisinde Robert Bosch (Bosch tekelinin patronu) ve Hermann Bücher (AEG Yönetim Kurulu) sendika yöneticileri Theodor Leipart ve Fritz Tarnow ile ekonomiyi "yeniden ve ümitli olarak" — tabi ki, tekeller için ümit verici — biçimlendirebilmek için ortak bir araştırma enstitüsünün kurulması üzerine görüştüler.

Bu tür bir taktiğin anlamını o dönemde bir gazeteci Brünning Hükümeti'nden bir temsilci ile görüştükten sonra tam yerinde olarak şöyle özetlemişti: "Bu sosyaldemokrat dayanma duvarının sürekli sosyal demokrat taleplere taviz vererek desteklenmesi gerekliydi ki, bunların sokak çatışmasına karşı yeniden sigortalama primi olarak göze alınması zorunluydu."

Ancak bu tür tavizleri Thyssen/Kirchdorf Grubu daha başından vermek yanlısı değildi; ve daha sonra gelişmelerin de gösterdiği gibi, Duisberg, Siemens, Bosch ve şürekasının da "sosyal demokrat dayanma duvarını" yıkmaya hazır oldukları aşamaya kadar fazla sürmedi.

Mali sermayenin burada sözü geçen bu iki grubu arasındaki taktiki çelişkilerden biri de, dış politika üzerindeydi. Brünning'i destekleyen grup, Fransa ve İngiltere ile bir dengenin sağlanmasını savunuyordu. Alman Tamirat Ödemeleri ve silahlanma sorununun "anlaşma" yoluyla çözümlenmesinden yanaydı. Örneğin Brünning Hükümeti, birinci dünya savaşından galip çıkan güçlerle 100000 askerle sınırlandırılan Reichswehr'in (düzenli İmparatorluk Ordusu) gücünün çoğaltılması izini için sert görüşmeler sürdü. Kuşkusuz ki, kimya-elektro grubunun görüşmeye hazır olması hiç bir şekilde onun özel "barışçıllığı"yla uyumluluk içermiyordu. Belirleyici olan bu grubun daha ziyade ihracat çıkarlarından ötürü yabancıların çıkarlarını gözönünde bulundurmak zorunda olması ve aynı zamanda Fransa ile anlaşarak Doğu'ya karşı bir saldırganlık için arka cepheyi boş tutmayı amaçlayan stratejik düşüncelerdir.

Buna karşılık ağır sanayinin çıkarları ise tamamen başka yöndeydi. Birincisi o, krizden özellikle ağır bir şekilde etkileniyordu ve yüksek borcu vardı; kelimenin tam anlamıyla gırtlağına kadar suyun içine batmıştı. Örneğin Flick, çelik tröstünde azınlığa sahip olduğu "Gelsenberg" hisse senedini devretmek zorunda kaldı. Hisse senedi Brünning Hükümeti tarafından (tabi ki, Flick'te alışılagelmiş olduğu gibi, tamamen fahiş bir fiyatla) satın alındı.





Tekelci sermayenin grupları arasında rekabet mücadelesi. Resimde sırayla: Krupp, Thyssen ve Siemens



Düsseldorf'taki Sanayi Klubü'nde Hitler'i (solda) selamlayan Fritz Thyssen.

Silahlanma rotası

Bu ticaretin sonucu ise, hükümetin ve onun arkasında bulunan kimya-elektro grubunun çelik tröstü üzerinde etkisinin artmasıydı; bu ise diğer yandan tekelci sermaye içinde rekabet mücadelesini hızlandırdı ve Thyssen, Flick ve diğer çelik patronlarının kendi programlarını daha da enerjik bir biçimde sürdürmelerine yol açtı.

Bu ise başlıca yoğun silah üretimi aracılığıyla bir onarmayı öngörüyordu. Zaten başka türlü de olamazdı. Ancak ne var ki bunun için gerekli olan büyük devlet siparişlerini garantilemek amacıyla bu grub aynı şekilde dış politikada tamamen farklı bir rota izlemek zorundaydı: Galip güçler hiç bir şekilde göz önünde bulundurulmadan derhal ve zorla silahlanma. Ve bunun için de Hitler'in talep ettiği "halk ordusu"nun yaratılması gerekliydi ki, bununla genel askeri hizmet görevi uygulamasına geçilmesinden başka bir şey kastedilmiyordu. Görüldüğü gibi ağır sanayi tekel grubu, geniş kapsamlı silahlanma programını ve tüm ekonomiyi askerileştirme planını gerçekleştirmek için batılı galip güçleri (özellikle Fransa'yı) karşısına almayı bilinçli olarak hesaba kattı.

Şüphesiz ki, bu karşıya alma rotası onların uzun vaadeli stratejik hedefleriyle tam bir uyum içerisindeydi. Bir bütün olarak tekelci burjuvazide olduğu gibi, aynı şekilde Thyssen/Kirchdorf Grubu da birinci dünya savaşındaki yenilginin intikamını almak istiyordu. Fakat onların yönelimi Hitler'in "Kavgam" adlı kitabında geliştirdiği planlarla aynı çizgi de bulunuyordu: "Fransa ile uzlaşmanın ancak onun halkımızın, Avrupa'daki hayat sahasının genişlemesinde arka siperi oluşturmasıyla bir anlamı olabilir." Bununla kastedilen, Fransa'nın ilkin baskın harekatıyla teslim alınması ve ancak daha sonra — Fransız tunç ve savaş sanayisine dayanarak — Sovyetler Birliği'ne karşı savaşın başlatılmasıdır.

Onların çıkarlarının bu kaba krokisi aracılığıyla bile, Thyssen ve Kirchdorf etrafında birleşen kömür ve çelik patronlarının ve kendilerine bağımlı bulunan büyük bankaların gerçekten mali sermayenin en saldırgan gücünü oluşturduğu açığa çıkmaktadır. Aynı şekilde faşist diktatörlüğü bu unsurların planlı ve hedefe uygun olarak hazırladıkları gerçek olgusu da berrak bir şekilde ortaya çıkmaktadır.

Harzburg Cephesi (1)

Reich Başbakanı Brünning'in ikinci görev yılında Nazi Grupları faaliyetlerini yoğunlaştırdılar. Haziran 1931 yılında Emil Kirchdorf, IG Farben kimya tekelinin şefi ve o dönemde Alman Sanayi İmparatorluk Birliği (RDI) başkanı Carl Duisberg ile görüştü. Kirchdorf, RDI'nin Brünning kabinesine verdiği her türlü desteğine sert bir şekilde karşı çıktı ve bir "milli hükümet"in kurulmasını talep etti. Bundan bir kaç ay sonra, ekim ayında sözümona milli muhalefet kamuoyu için de görülebilen bir şekilde Harzburg'ta bir buluşma için toplandı. Bu toplantıya Alman Milliyetçi Halk Partisi'nin (DNVP) güçlü adamı Hugenberg'ten tut, Hitler'e, Reichsbank Başkanı Schacht'a, mali sermayenin artık bilinen Nazi Grubu figürlerine, Hohenzollern prensleri Eitel Friedrich ve August Wilhelm'e kadar, aşırı gericiliğin kampında rütbeye ve isime sahip olan herkes katılmıştı. Ve Hitler ise alenen "milli muhalefet"in tabii önderi olarak kutlanıyordu.

Harzburg'ta açıktan açığa Brünning Hükümeti'nin, sosyal demokrasinin yönettiği Prusya Hükümeti'nin yıkılması ve Weimar Cumhuriyeti'nin tasfiyesi talep edildi. Bu buluşma cumhuriyete karşı açık bir komplo niteliğini alıyordu. Aynı şekilde Schacht da bir konuşmada "(Şimdi) verimliliğe yönelik ekonomi de ümitsiz olarak bu sistemin kurtarılmasını talep edecektir" dedi.

Brünning'in düşürülmesi

Ancak burjuvazi arasında "düzeni" hedefleyen bu açık savaş ilanına karşı hiç bir direniş gelişmiyor. Aksine, Brünning'i işbaşına getiren tekelci sermayenin grupları da "başbakanları"ndan giderek uzaklaşıyor ve Hitler ile anlaşmaya çalışıyorlar. Büyük burjuvazi içindeki bu gelişmeler üzerine ilgi çekici bir belge var. Bu belge, bir zamanlar kendisini destekleyenlerin Brünning'in yıkılmasını hangi metodlarla sağladıklarını açığa kavuşturuyor. Flick Müdürü, Otto Steinbrink (kendisi de faşist Keppler, Grubu'nun üyesi) 5 Ekim 1931'de patronu Friedrich Flick'e Brünning Hükümeti'nin koalisyon ortağı olan Alman Halk Partisi (DVP) (2) içindeki gelişmeler üzerine geçici bir gizli notunda şunları bildiriyor:

"Volkspartei'sine (DVP, KŞ) yakın olan Ren-Westfalye ağır sanayisi kesimleri, cumartesi akşamı bay Dingeldey'e, (DVP Başkanı, KŞ) 13 Ekim'de başlayacak olan Reichtag seçimleri üzerine kısaca şu talepleri kapsayan bir ültimatom ilettiler:

a)Şimdiye değin hükümete olan tavrın terkedilmesi ve muhalefete geçilmesi;

b)Tek yanlı geçici kararnamalere son;

c)Hükemete karşı güvensizlik oylamasına katılma."

Bu ültimatomdan daha da önemli olan, şüphesiz ki bir kaç ay sonra IG Farben'in de Brünning Hükümeti'nde Ekonomi Bakanlığı görevini yapan müdürü Wormbold'u Reich Hükümeti'nden geri çekmesi olayıdır. Aynı dönemde Reich Savunma Bakanı Gröner de istifa etmeye zorlandı. Brünning büyük sermaye içinde her türlü desteği kaybetmişti. Böylece Reich Cumhurbaşkanı general Hindenburg'un Mayıs 1932 yılı sonunda başbakanı görevden almasına artık hiç bir kimse şaşmamıştı.

Brünning'in partisi, Katholik Merkez Partisi muhalefete geçti. Onun yerine Reich Başbakanı Franz von Papen oldu ve o göreve başlamadan hemen önce hedefini şöyle tanımlamıştı: "Merkez, (Katholik Merkez Partisi. KŞ) devrimden sonra tarihi misyonunun sosyal demokrasiyi devletin içine almak, burjuvalaştırmak olduğuna sık sık gururla işaret etti. Aynı tarihi görevin bugün sağdan (NSDAP, KŞ) Alman ülkesine akın eden hareket için de geçerli olması gerekmez ki?"

(Devamı var)

Açıklayıcı notlar

(1) Harzburg Cephesi: Brünning Hükümeti'ni düşürmek amacıyla 11.10.1931'de Bad Harzburg'ta Alman Milliyetçi Halk Partisi'nin (DNVP), Alman Milliyetçi Sosyalist İşçi Partisi'nin (NSDAP) ve Stahlhelm'in birlikte kurduğu cephe.

(2) Alman Halk Partisi (DVP): 1918 yılında Alman politikacısı Gustav Stresemann'ın önderliğinde kurulan ve 1933'te dağıtılan liberal bir parti.

Gizlice bir eylem sonunda
Türkiyeli işçi dernekleri yasaklandı!

(Baştarafı sayfa 1'de)

zincirlediler. Kasım ayında ise Köln'deki Türk Başkonsolosluğu'nu işgal ettiler. Ayrıca her iki eylemde de hiç bir kimse zarar görmedi. Demek ki, Federal İçişleri Bakanlığı için bu tür iki eylem bir küçük sol örgütü "İç güvenliği ve kamu düzenini bozduğu" gerekçesi ile yasaklamak için yetiyor. Buna karşılık faşist örgütler, örneğin Türkiyeli demokratlara, sendikacılara vs. karşı girişilen bir çok siyasi katliamın, sayısızca saldırıların sorumlusu olduğu ispatlanan Türk "Bozkurtları" hakkında bir tek önlem dahi alınmamamaktadır. Eh, Zimmermann'ı Türkiyeli demokratların Federal Almanya'da can güvenliğinin olup olmadığı ne ilgilendirir ki?

Yasaklama gerekçesi: "Alman politikası"na karşı muhalefet

Türkiyeli işçi derneklerinin yasaklanması ile ilintili olarak Federal İçişleri Bakanlığı basına şu açıklamada bulundu: "Güvenliği tehlikeye düşüren faaliyetler başlıca aşırı örgütler tarafından sürdürüldü ki, bunların ajitasyonları giderek Alman politikasının şu bölümlerini hedefliyor; Türkiye'nin NATO müttefiki olan Federal Almanya'ya karşı, Almanya'nın Ankara'ya yaptığı askeri ve ekonomik yardıma ve yabancılar politikasına karşı." (10. 2.1983 tarihli Süddetsche Zeitung)

Bunlar açık olan sözlerdir. Böylece Türk faşist cuntasının Federal Hükümet tarafından desteklenmesini savunanların, Federal Hükümet'in "Yabancılar dışarı!" politikasından yana olanların Zimmermann'dan ve onun İçişleri Bakanlığı'ndan korkması için hiç bir neden yoktur. Ya peki bunlara karşı olan? O, "Alman politikasının bölümlerini" tehlikeye düşürüyor. O, tehlikeye düşmekle karşı karşıya ve aynı şekilde Zimmermann'ın İçişleri Bakanlığı'nın saldırı alanına giriyor.

Bu yasak tüm solcuları ilgilendirir!

"Devrimci Sol"un ve onun işçi derneklerinin yasaklanmasının yalnızca kendi taraftarlarını ilgilendirdiğini düşünmek tehlikeli bir yanılgı olur. Bu yasakla Zimmermann soruna giriş yaptı. Federal İçişleri Bakanlığı tarafından üzerine basıla basıla yasakla, Federal Hükümet'in "siyasi aşırıcılığa" karşı durmak istediğine bir sinyal vermenin amaçlandığı vurgulandı. Zimmermann'ın ve partisinin aşırı sağ örgütlerle olan olumlu ilişkisini bilen herkes, bu açıklamanın tam Almancayla, yasağın izole edilmiş bir eylem olmadığını anlar. Bu tüm — yabancı ve Alman — sol örgütlerinin takip edilmesini yoğunlaştırmanın bir başlangıcıdır. Bunun için bu yasağa — "Devrimci Sol"un politikasını nasıl görüp görmediklerinden tamamen bağımsız olarak — Federal Almanya'daki tüm sol güçler karşı durmalıdırlar. Çünkü direnmekte geçikilmemelidir.

KPD Sekreteryası

KPD ve BWK'nın ortak seçim toplantıları

BİELEFELD:
18 Şubat, Cuma günü, saat 19.30'da
"Altes Gasthaus", Detmolderstr. 87
"Alaya alınmamıza izin vermeyiz!"
Programda konuşma, tartışma ve "Bremer Stadtguerulanten"in gösterisi var.

DÜSSELDORF:
18 Şubat, Cuma günü, saat 19.00'da
"Haus Niederrhein", Bilker Alle/Kronenstr.
"Seçimler üzerine tavrımız"
Konuşmacılar: Kuzey Ren Westfalye Eyalet listesi adayları ve "Kızıl Şafak" baş yazarı Helmut Weiss.
Ayrıca "Zeitzünder" kaberası seçim programını sunacak.

LÜNEBURG:
18 Şubat, Cuma günü, saat 20.00'de
"Hotel Scheffler", Bardowickerstr.

HAMELN:
19 Şubat, Cumartesi günü, saat 18.00'de
"Alternative Wählergemeinschaf"ın bürosunda, Neue Marktstr. 17
Konuşmacı: Eyalet listesi adayı Christiane Scheider.

KÖLN:
20 Şubat, Pazar günü, saat 15-22 arasında
Severinstorburg, Chlodwigplatz
Programda kültürel gösteri, bilgi, adaylarla konuşma vs. var.
Konuşmacı; KPD Politbüro üyesi Horst Dieter Koch (saat 18'de)

OSNABRÜCK:
20 Şubat, Pazar günü, saat 10.30'da
"Balkankrug", Bremer Str.

BOCHUM:
20 Şubat, Pazar günü saat 11'de
Gaststätte "Olympia", Hattinger Str. 80
"KPD'ye verilen oy, kayıp olan bir oy mudur?"

NOT: KPD ve BWK'nın diğer ortak seçim toplantılarının tarihleri için Almanca bölüm sayfa 3'e bakınız!

"Dev Sol"un yasaklanması ve basında sürdürülen kışkırtma kampanyası
Zimmermann kapatma kararıyla neyi amaçlıyor?

Federal İçişleri Bakanı Zimmermann'ın "Dev Sol"un ve onunla birlikte basit bir şekilde ilişkisi kurulan "Halk Der" işçi derneklerinin yasaklanması için örgütlediği baskın gizli bir baskın eylemiydi. Bunun sadece ön gelişmesi değil, aynı zamanda etkileri de mevcut.

Birincisi şunu belirtelim ki, "Dev Sol"un "terörizminin delili" olarak gösterilen iki eylem — bu eylemlerin biçimi ile hem fikir olup olmadığımız bir yana — yani Bonn Büyükelçiliğinin önünde yapılan izinsiz gösteriden ve Köln Konsolosluğu'nun işgalinden bu yana hayli bir zaman geçti.

O zaman doğal olarak şu soru gündeme geliyor: Madem ki, yasaklanma gerekçesi olarak özellikle bu iki eylem gösteriliyorsa, neden o dönemde değil de, bugün yasaklanma kararı alındı?

Ayrıca bu yasaklama eylemi faşist cuntanın Dışişleri Bakanı İlter Türkmen'in finansmanlarına yaptığı ve isteklerini dile getirdiği ziyaretin hemen ardındaki bir döneme raslamaktadır.

Bu yasaklama kararı aynı zamanda Türkiye'de "Dev Sol" örgütü taraftarlarına karşı yoğun bir şekilde toplu tutuklamalara gidildiği ve sanıkların üçte biri hakkında idam cezalarının talep edildiği dönemde alındı.

Tüm bu gerçekler, yasaklanma kararının şimdi alınmasının Türkiye'deki faşist cunta ile Bonn Hükümeti'nin ortak koordine edilen bir eyleminin olduğunu gün ışığına çıkarmaktadır.

Peki bu açık olan ortak adımının ardında hangi amaç ve çıkarlar yatmaktadır? Kuşkusuz ki, Kenan Evren faşist cuntası açısından, tüm sol örgütlerin "tamamen dağıtıldı" iddiasını en azından ileri sürebilmek için ard arda örgütlerin tek tek "yok edildiğini" açıklamak ya da gerçekten yok etmek amacı yatmaktadır. Tabi ki, bu adımın ardında aynı zamanda hem Türkiye'deki faşist cuntanın iktidarı, hem NATO'nun hem de yatırım yapan batılı emperyalist devletlerin taktiği için önemli olan Türkiye'de "mezar sessizliği"nin sağlanması çıkarı bulunuyor. Ve Türkiye'ye yapılan yabancı yatırımların en önemli sahiplerinden biri Batı Alman kapitalistleridir.

Bu çıkarlardan bir diğerini de, yurt dışında, özellikle de Federal Almanya'da faşist cuntaya karşı gelişen muhalefetin dağıtılması oluşturuyor. Kuşkusuz ki, bu noktada Türkiyeli işçi ve emekçilerin en yoğun oturdukları ülke Federal Almanyadır ve dolayısıyla da buradaki muhalefetin güçlü olmasından ötürü Federal Almanya özel bir öneme sahiptir.

Ancak yabancı sol örgütlere saldırının ardında yalnızca bu çıkarlar da yatmıyor. **Federal Hükümet'in bu noktada özel bir çıkarı vardır. Nitekim bir Türkiyeli sol örgütün, bir kaç Türkiyeli işçi derneğinin yasaklanması bir rastlantı değildir.** Bunu bugünkü hükümetin politikasıyla ilintili olarak da değerlendirmek lazım.

Federal Hükümet'in "yeni yabancılar politikası" planları hazırda bulunuyor. Ve bu planların neler olduğuna Kohl Hükümeti'nin iş başına gelişinin ardından yer vermiştik. Bugün "Dev Sol"u yasaklama kararının mimarı olan Zimmermann bu planları savunanların başını çekmektedir. Kohl Hükümeti'nin yeni yabancılar politikası Federal Almanya'da çalışan ve yaşayan yabancı, özellikle biz Türkiyeli işçi ve ailelerimizi hedefliyor. Bir zamanlar faşist NPD'nin ortaya attığı ve bugün yeni hükümetin de yönelimini belirlediği ve gerçekleştirmek istediği "Türkler dışarı" politikası biz yabancıların örgütsüz bırakılmasıyla — bu örgütlenmelerin doğru olup olmadığı bir yana — yılgınlığa kaptırılmamızla ve tehdit edilmemizle daha kolay bir şekilde gerçekleştirilebilir.

Ve bu darbenin hedefini yalnızca bir tek Türkiyeli sol örgütün yasaklanması da oluşturmuyor. Nitekim bu noktayı yasaklama kararının ardından gazetelerde, özellikle basında oluşan atmosfer açık bir şekilde göstermektedir. Böylece mümkün olduğunca direnişin kapsamının genişlemesini önlemek için görüldüğü gibi Bonn'da yasaklama listesinin başına oldukça küçük ve belki de oldukça "az ilgi duyulan" bir örgütün geçirilmesi doğrultusunda çaba sarf edilmiştir.

Ne var ki, bu yasak kararının ardından — yerli ve yabancı, özellikle Türk basınında — sürdürülen basın kampanyası amacın geniş kapsamlı olduğunu gösteriyor. Örneğin bu tür yasaklamalarda alışıla geldiği gibi, "Dev Sol"un birden bire büyük ve etkisi geniş olan bir örgüt olarak gösterilmesiyle amaçlanan şudur: Onun legal varlığı ile "büyük bir tehlike mevcuttu, bunun için de şimdi ve erken adım atılması gerekliydi" iddiasının sağlam bir temele oturtulması.

Basında çıkan bir dizi yazıda, Türkiyeli Sol"un çetrefil bir şekilde "kaynaştığına", "Dev Sol" hemen hemen bütün Türkiyeli sol örgütlerle bağının olduğuna işaret edilmektedir. Tabi ki, ilk planda "Dev Yol" ve "TKP" ile olan "bağı" gösterilmektedir. Buna ilişkin olarak, "Dev Sol"un Hannover'de 3000 taraftarının olduğu tespitinin yapılması, diğer örgütler için de doğrudan bir tehdit olarak kavranmalıdır. **Nitekim, örneğin şu ya da bu protesto listesine imza atan insanların evleri yalnızca Osnabrück'te de arandı.**

Hatta bazı muhabirler daha da ileri giderek Federal İçişleri Bakanlığı'nın açıklamalarının aksine, 7 eyalette yapılan ev aramalarında silah bulunduğunu ileri sürdüler. İçişleri Bakanlığı'nın resmi açıklamasında ise yalnızca "gerilla savaşı" üzerine yayının bulunduğu belirtildi ki, bugün bu tür yayın Federal Almanya'da yalnızca solcuların evlerinde değil, bunun ötesinde bir çok sıradan insanın evinde de bulunabilir. Yapılan bu açıklamalarla "solcular zorbacı eylemler örgütlüyorlar" basın kampanyası yönlendirilmektedir ki, bunu bugün özellikle Bonn Hükümeti'ne yakınlığı ile tanınan Springer basını, örneğin "Bild" gazetesi vb. yapmaktadır.

"Dev Sol"un faaliyetlerinin "Alman politikasının bölümlerini" tehlikeye soktuğu yasaklama tanıtı ve siyasi gerekçelendirilmesi ile Batı Alman Solu da dahil, tüm yerli ve yabancı sol örgütlere karşı harekete geçebilmenin siyasi yolu izlenmektedir. Çünkü Alman politikasının bölümlerine karşı çıkan birisinin yasaklanması gerektiği açıklaması, sadece bir bütün olarak CSU devletinin amaçlarını dile getirmekle kalmıyor, bundan öte, bununla prensip olarak uygun görülmeyen her şey kısa yoldan yasaklanabilir. Ayrıca Alman politikasının bölümlerine karşı gelme gerekçesinin, etkilenenlerinin sözümona bir şiddet eylemi planladıkları iddiasıyla bağı kurulması ani yasak kararının alınması imkanını sağlamaktadır.

Diğer yandan uzun zamandan beri "yabancı aşırı örgütlerin Federal Almanya topraklarına anlaşmazlıklarını taşıdıklarına" dair yoğun bir kışkırtma kampanyası sürdürülmekte ve bundan dolayı da bunun muhakkak önlenmesi gerektiği belirtilmektedir. Nitekim Anayasa Koruma Örgütü raporunda buna defalarca yer verildi.

Ayriyeten "Dev Sol"un ve işçi derneklerinin yasaklanmasına karşı bir tek kelimenin dahi bulunmadığı açıklamasında Alman Sendikalar Birliği, DGB de ve aynı şekilde bir dizi liberal muhabir, örneğin Frankfurter Rundschau gazetesinde de olduğu gibi, resmi makamların aynı nakaratını, yani aşırı güçlerin yasaklanması gerektiğini tekrarladı. Örneğin DGB "aşırı sağcı ve dinci Türk örgütleri"nin de kapatılmasını talep etti.

Ancak bu tür açıklama ile yalnızca "her türlü aşırıcılığa" karşı şiarı yönünde bir politika (ki, bu da farklı derecede olsa bile, Türkiye'de olduğu gibi Federal Almanya'da da pratikte yalnızca sola karşı sürdürüldü, sürdürülüyor) izlenmemektedir, ki buna karşı çıkılmalı, bunun reddedilmesi gereklidir. Aynı şekilde bu tür bir açıklama ile açık olan özellikle şu iki gerçek nokta da göz ardı edilmektedir:

Birincisi, sanki Bozkurtlar da diğerleri arasında bir aşırı grupmuş gibi, onların yasaklanması "Dev Sol"un yasaklanmasına "ek" olarak talep ediliyor. Tüm farklı siyasi olguları gözardı edecek olsak bile, bu tanımlama tamamen yanlıştır, gerçekten oldukça uzaktır. Nitekim durum yalnızca Türkiye'de — MİT ve Kontr-gerilla ile birlikte — tezgahlanan katliamların büyük çoğunluğuyla MHP ve onun terör gruplarının sorumlu olduğundan ibaret değildir. Aynı şekilde faşistlerin bu grubunun çeşitli kılıflar altında Federal Almanya'da da yalnızca Türkiyeli aktif sendikacıları tehdit etmekle, saldırmakla kalmayıp, aynı zamanda burada da katliama giriştikleri, terör estirdikleri ispatlandı.

Faşistlerin Türkiye'de giriştikleri katliamları solcuların üzerine atabilmek için defalarca belgeleri tahrif ettikleri biliniyor. Ve Almanya'da da sık sık sözü edilen Federal Almanya'da "yabancı aşırıların çatışmaları" pratikte, demokratların ve devrimcilerin kendilerini MHP'li faşistlerin ve onların Türk Konsoloslukların'daki yandaşlarının saldırılarına karşı kendilerini savunmalarından ibaretti.

İkinci olarak ise, soruna, sanki Federal makamların uzun zamandan beri ve oldukça verimli bir temelde faşist türden "yabancı aşırılarla" ortak çalışmaları yokmuş gibi yaklaşılmaktadır. Ve buna ilişkin olarak — Strauss, MHP ile bir ilişkisinin olmadığı üzerine şu günlerde yemin billah etmesine rağmen — ilk planda İçişleri Bakanı "kibar" bay Zimmermann'ın partisinin, CSU'nun Federal Almanya'da da MHP'li faşistlerle sıkı bir ilişki sürdürdüğünü hatırlatmak gerekir. Nitekim ister Şilili subaylarla, ister Salvador polisleri ile, ister İtalyan faşistleri ile isterse de Strauss'un "samimi dostu" olarak nitelediği MHP'li faşistlerin başbuğu Türkeş ile olsun, CSU sıkı bir temelde birlikte çalıştı, çalışıyor.

Tüm bu nedenden dolayı "Dev Sol ve işçi dernekleri yasağı kaldırılmalıdır" talebi, Nürnberg KOMM gençlik merkezi toplu tutuklamasında yaşanan olayları giderek yalnızca yabancı muhalefetin değil, aynı şekilde Federal Alman muhalefetinin de yaşaması tehlikesine karşı çıkan herkesin sloganı olmalıdır. Bugün yasaklama, keyfice toplu tutuklama ve çok yönlü ihbarcılık politikasının genişlemesine karşı mücadele etmek her demokratın, anti-faşistin ve devrimcinin görevi olmalıdır.



Çıktı

CDU/CSU'nun ve yeni Federal Hükümet'in yabancılar politikası üzerine "Kızıl Şafak"nın 41-45/1982 sayılarında "Yabancılar dışarı" resmi hükümet politikası mı olacak? başlağı altında yayınladığımız yazı dizisi şimdi özel baskı olarak çıktı. Fiyatı 10 Pfg. olan özel baskı şu adresten istenebilir:
Verlag Roter Morgen
Postfach 300526
46 Dortmund 30